

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

1979

JANUAR

FEBRUAR

MÄRZ

APRIL

MAI

JUNI

JULI

AUGUST

SEPTEMBER

OKTOBER

NOVEMBER

DEZEMBER



INHALT

Volkszählung 1981	205 Voraussichtlich mit Stichtag 20. Mai 1981 findet die nächste Volkszählung statt. Diesmal ist die Volks- und Berufszählung nicht nur, wie bereits seit 1950, mit einer Arbeitsstättenzählung, sondern auch mit einer Gebäude- und Wohnungszählung gekoppelt.
Industrie 1950 bis 1978	212 Zur Wahrung der Kontinuität der Ergebnisse wurde in Rheinland-Pfalz während der Umstellungsphase der Statistiken des produzierenden Gewerbes auf ein neues Berichtssystem der alte Berichtskreis fortgeführt. Damit besteht für 1978 letztmalig die Möglichkeit, Ergebnisse des Bereichs Industrie darzustellen.
Jahresverdienste 1978	218 Die Bruttojahresverdiensterhebung in Industrie und Handel ergänzt die vierteljährliche Verdiensterhebung, bei der einmalige Zahlungen unberücksichtigt bleiben.
Verbrauch und Preise von Grundnahrungsmitteln 1950 bis 1978	223 Der Trend zu hochwertiger Qualität der Nahrungsmittel führte seit 1950 bei teilweise überdurchschnittlich gestiegenen Preisen für Grundnahrungsmittel zu einer Verdoppelung des Verbrauchs an Fleisch und Fleischwaren, während der Verzehr von Brot und Kartoffeln stark eingeschränkt wurde.
LIS-Unternehmens- und Betriebsdatei	226 Nachdem mit der Gemeindedatei und der Datei für kurzfristige Verlaufsanalysen der Grundstock für das Landesinformationssystem gelegt worden ist, sollen nunmehr diese Dateien mit aggregierten Angaben durch Dateien mit Einzelangaben ergänzt werden. Besonders günstig sind die Ausgangsbedingungen und das Kosten-Nutzen-Verhältnis einer Unternehmens- und Betriebsdatei für den Bereich des Bergbaus und des verarbeitenden Gewerbes.
Anhang	65* Zahlenpiegel von Rheinland-Pfalz 71* Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Weniger ABC-Schützen angemeldet

Zum Schuljahr 1979/80 wurden nur 39 696 ABC-Schützen an den rheinland-pfälzischen Grund- und Hauptschulen angemeldet. Im Vorjahr waren es noch 44 686 Anmeldungen gewesen.

Nach Beendigung der Vollzeitschulpflicht wurden zum Ende des Schuljahres 1978/79 aus den Grund- und Hauptschulen 37 096 Schüler entlassen. Das sind rund 800 weniger als im Vorjahr. 84% dieser Schulentlassenen gingen mit einem Abschlußzeugnis der Hauptschule ab, nur 12% verließen die Grund- und Hauptschulen mit einem Abgangszeugnis. Im Schuljahr 1977/78 hatte der Anteil der Schulabgänger ohne Abschlußzeugnis noch bei fast 15% gelegen.

Gleich geblieben ist der Anteil der Schulabgänger, die mit einem qualifizierten Sekundarabschluß I, der früheren Mittleren Reife, die Grund- und Hauptschulen verließen. Er lag in den Schuljahren 1977/78 und 1978/79 bei 3,5%. Insgesamt erreichten 1 286 Schüler diesen Abschluß. ke

Volkszählung 1981 zeichnet sich ab

Entsprechend den Empfehlungen der Vereinten Nationen und des Rates der Europäischen Gemeinschaften findet in der Bundesrepublik und in West-Berlin voraussichtlich im Mai 1981 die nächste Volkszählung statt, elf Jahre nach der letzten von 1970. Die für die eigentliche Volks- und Berufszählung aufzubauende Erhebungsorganisation (allein in Rheinland-Pfalz werden rund 45 000 Zähler benötigt) wird dabei genutzt, um zugleich wie in früheren Jahren eine Zählung der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten, darüber hinaus aber auch eine Gebäude- und Wohnungszählung durchzuführen. Diese Bestandsaufnahme ist wegen des von Jahr zu Jahr gewachsenen Informationsbedarfs an aktuellen Daten, namentlich auf unterer regionaler Ebene, dringend erforderlich geworden. So wurde der Wohnungsbestand zuletzt 1968, der gesamte vorhandene Gebäudebestand zuletzt 1950 ermittelt.

Bei dieser Ballung von drei Großzählungen war es geboten, die Erhebungsprogramme für die drei Zählungsteile so zu begrenzen, daß eine Überbelastung der Gemeinden, der Zähler und der auskunftspflichtigen Bürger vermieden wird. Dieser Forderung ist man in der bisherigen Vorbereitungsphase auf zwei Wegen weitgehend gerecht geworden: Auf gesetzgeberischer Ebene durch Streichung zahlreicher Konsumentenwünsche zum Erhebungsprogramm und durch Verlagerung einer ganzen Reihe von Erhebungstatbeständen in Stichproben (Mikrozensus, Wohnungsstichprobe 1978); von der organisatorisch-methodischen Seite her durch Verbesserung der Fragenbogentechnik und Vereinfachung der Fragenformulierung. Mit der Verabschiedung des Volkszählungsgesetzes, die Voraussetzung für die weitere termingerechte Vorbereitung ist, wird Ende dieses Jahres gerechnet. ku
Mehr über dieses Thema auf Seite 205

Zahl der Apotheken weiter gestiegen

Anfang 1979 gab es in Rheinland-Pfalz 937 Apotheken, von denen jede im Durchschnitt 3875 Personen versorgte. Zehn Jahre zuvor hatte die Apothekenzahl bei 675 und die durchschnittlich je Apotheke zu versorgende Personenzahl bei 5 439 gelegen. Durch die Zunahme der Apotheken innerhalb dieses Zeitraumes um 39% verminderte sich der bevölkerungsmäßige Versorgungsanteil pro Apotheke um 28,8%.

Läßt man die kreisfreie Stadt Zweibrücken einmal außer acht, welche unter allen Verwaltungsbereichen des Landes die geringste Apothekenzahl (8) aufweist, so ist ein Gefälle in der Versorgungsdichte zwischen den Stadt- und Landkreisen festzustellen. Während sich in den kreisfreien Städten die je Apotheke zu versorgende Personenzahl zwischen 2 039 (Landau) und 3 444 (Ludwigshafen) bewegt, liegen die Durchschnittszahlen für die Landkreise zwischen 3 707 (Mainz-Bingen) und 6 126 (Trier-Saarburg) Personen. Die meisten Apotheken gibt es in den Städten Mainz (56), Ludwigshafen (47) und Koblenz (46), die wenigsten in den Landkreisen Daun (10), Cochem-Zell (14) und in der Stadt Speyer (14). Es kann davon ausgegangen werden, daß eine bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit Arzneimittel vollauf gewährleistet ist, selbst in weniger dicht besiedelten Gebieten, in welchen die Apotheken schon aus ökonomischen Gründen räumlich verhältnismäßig weit gestreut sind.

Erheblich zugenommen hat auch die Zahl der berufstätigen Apotheker, und zwar zwischen 1969 und 1979 um 400 auf 1 467 (+ 38%). Die pharmazeutisch-technischen Assistenten verzeichneten gleichzeitig eine Zunahme um mehr als das Fünffache auf 371. zi

Kapazität der Justizvollzugsanstalten 3 055 Plätze

In Rheinland-Pfalz gab es Ende 1978 zehn Justizvollzugsanstalten für den geschlossenen Strafvollzug. Dazu zählen die Jugendstrafanstalt in Wittlich und die sozialtherapeutische Anstalt in Ludwigshafen. Der offene Strafvollzug erfolgte in Zweigstellen der Justizvollzugsanstalten Trier, Wittlich und Zweibrücken. Die Gesamtbelegungskapazität betrug 3 055 Plätze, von denen drei Viertel für eine Einzelunterbringung vorgesehen waren.

Im Jahre 1978 wurden in den Anstalten 24 371 Zu- und 24 441 Abgänge von Strafgefangenen verzeichnet. Im Vergleich zum Vorjahr stieg damit die Zahl der Zügänge um 1 463, die der Abgänge um 1 785. Wiederum war der Anteil der weiblichen Gefangenen mit 3,4% gering. Ursache dafür ist eine Verwaltungsvereinbarung mit dem Land Hessen über die Bildung einer Vollzugsgemeinschaft für Frauen in der Justizvollzugsanstalt Frankfurt am Main.

Außer den in den Justizvollzugsanstalten einsitzenden Gefangenen waren aufgrund strafrechterlicher Entscheidung 204 Personen in Anstalten außerhalb der Justizverwaltung (Nervenkliniken) untergebracht. nö

kurz + aktuell

Hohe Rückfallquote bei den Strafgefangenen

Am 31. März 1979 waren in den Strafvollzugsanstalten des Landes insgesamt 2 501 Strafgefangene inhaftiert, darunter zwei Frauen. 2 326 Delinquenten befanden sich in geschlossenem, 175 in offenem Vollzug. Eine Freiheitsstrafe verbüßten 2 124 Gefangene - darunter 140 zu Jugendstrafe Verurteilte, die gemäß § 92, 2 JGG aus dem Jugendstrafvollzug ausgenommen waren -, weitere 377 eine Jugendstrafe.

Bei fast drei Fünftel der Gefangenen mit Freiheitsstrafe betrug die voraussichtliche Straf dauer mehr als ein Jahr. Hierunter befanden sich 59 Männer mit lebenslangem Freiheitsentzug. Drei Viertel der zu Freiheitsstrafe Verurteilten standen im Alter zwischen 21 und 40 Jahren. Unter den Inhaftierten, die eine Jugendstrafe verbüßten, waren ebenfalls drei Viertel noch nicht 21 Jahre alt.

Rund 81% der Inhaftierten waren vorbestraft. Fast zwei Fünftel von ihnen hatten fünf oder mehr Vorstrafen. An 1 371 Vorbestraften war bereits eine Freiheits- oder Jugendstrafe vollzogen worden. Hierunter befanden sich 849 Gefangene (62%), die schon im ersten oder zweiten Jahr nach der Entlassung wieder in eine Vollzugsanstalt eingewiesen wurden.

Wie in den Vorjahren saßen die meisten (936) wegen Diebstahl und Unterschlagung ein, gefolgt von den wegen Raub oder Erpressung Verurteilten (298). Straftaten gegen das Leben sühnten 189 Personen, darunter 118 wegen eines vollendeten oder versuchten Mordes. Es folgen die wegen eines Vergehens im Straßenverkehr (169) Verurteilten. Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung wurden 159 der Inhaftierten zur Last gelegt. nö

Industrieumsätze von 1950 bis 1978 auf das 14fache angestiegen

Aufgrund der seit dem Jahresende 1978 verstärkten Auftriebstendenzen in der rheinland-pfälzischen Wirtschaft ist im vergangenen Jahr insgesamt wieder eine geringe Produktionssteigerung der Industrie gegenüber dem Vorjahr um 1,1% festzustellen. Aus dem gleichzeitigen Rückgang der Zahl der geleisteten Arbeiterstunden um 1,8% ergibt sich eine weitere Erhöhung der Arbeitsproduktivität. Der Anstieg der Umsätze lag allerdings mit + 1,7% noch deutlich unter der Rate von 1977 (+ 4,5%), was jedoch zum Teil mit der wesentlich geringeren Preissteigerungsrate zu erklären ist.

Da kurzfristig die Entwicklung von der Konjunkturlage stark beeinflußt wird, wird der eigentliche Trend erst bei langfristiger Betrachtung sichtbar. Seit 1950 erhöhte sich der in der Industrie erzielte Umsatz auf das 14fache von 3,6 Mrd. DM auf 50,7 Mrd. DM. Zum starken Wachstum trug unter anderem die zunehmende Verflechtung der rheinland-pfälzischen Wirtschaft mit dem Ausland bei. mc

Mehr über dieses Thema auf Seite 212

Jahresverdienste der Industrie arbeiter 27 400 DM, der Industrieangestellten 38 500 DM

Der durchschnittliche Bruttojahresverdienst aller Arbeiter der rheinland-pfälzischen Industrie einschließlich Energie und Wasserversorgung sowie Hoch- und Tiefbau, ist von 1977 auf 1978 um 5,4% auf 27 400 DM gestiegen. Am meisten wurde in der Energiewirtschaft und Wasserversorgung verdient (34 600 DM). Die niedrigsten Arbeitseinkommen wurden in der Verbrauchsgüterindustrie mit 23 400 DM ermittelt. Erstmals seit vielen Jahren übertraf die Bauindustrie im vergangenen Jahr mit Lohnsteigerungen von 5,6% den Durchschnitt der gesamten Industrie.

Der durchschnittliche Bruttojahresverdienst der Angestellten in der Industrie nahm um 4% auf 38 500 DM zu. In den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien wurden die höchsten Jahresverdienste gezahlt.

Der prozentuale Verdienstzuwachs der Angestellten im Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe lag zwar etwas über dem der Industrieangestellten, der absolute Betrag blieb mit 27 200 DM um 31 bzw. 29% unter dem für Industrieangestellte.

Die einmaligen Zahlungen (vor allem Weihnachtsgratifikationen und zusätzliches Urlaubsgeld) machten bei den Angestellten im Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe 14% des Bruttojahresverdienstes aus, bei den Industrieangestellten waren es 12% und bei den Industriearbeitern (ohne Bauarbeiter) 9,8%. wr

Mehr über dieses Thema auf Seite 218

Produktionsaufschwung im verarbeitenden Gewerbe hält an

Der Ferienmonat Juli 1979 brachte erwartungsgemäß einen Produktionsrückgang im verarbeitenden Gewerbe um 14% gegenüber dem Vormonat. Im Vergleich zu Juli 1978, der gleichfalls Ferienmonat war, konnte hingegen eine Zunahme um 4%, für den Zeitraum Januar bis Juli sogar um 6,5% festgestellt werden. Diese Zuwachsraten lassen einen weiterhin anhaltenden Produktionsaufschwung erkennen.

Zur Aufwärtsentwicklung von Januar bis Juli 1979 trugen alle Hauptgruppen bei. Die größten Steigerungen erzielten das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe mit + 8,3% sowie die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie mit + 8%. Aber auch der Investitionsgüterbereich (+ 4,5%) und der Verbrauchsgütersektor (+ 4,4%) konnten ihr Ausstoßvolumen beachtlich ausweiten.

Die chemische Industrie, die in der rheinland-pfälzischen Wirtschaft eine dominierende Stellung einnimmt, lag mit einer Produktionszunahme um 6,3% in Höhe des Landesdurchschnitts. Ein besonders günstiges Produktionsergebnis unter den für Rheinland-Pfalz bedeutenden Wirtschaftszweigen erzielte der Straßenfahrzeugbau einschließlich Reparatur von Kraftfahrzeugen mit einem Zuwachs um nahezu 12%. fn

7,6% weniger Bewilligungen im sozialen Wohnungsbau

Im ersten Halbjahr 1979 wurden in Rheinland-Pfalz 2 982 Wohnungen in die Förderung mit öffentlichen Mitteln einbezogen. Das sind 7,6% weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahrs, jedoch gut 20% mehr als in den ersten sechs Monaten des Jahres 1977. Ausschlaggebend für den Rückgang der Bewilligungen im ersten Halbjahr 1979 war die Entwicklung beim Zweiten Förderungsweg, über den Aufwendungs-zuschüsse und Aufwendungsdarlehen im Rahmen des als steuerbegünstigt anerkannten Wohnungsbaus gewährt werden. Die Zahl der hier geförderten Wohnungen verminderte sich um 11% auf 1 786, die fast ausschließlich auf den Hauptträger dieses Programms, das Regionalprogramm des Bundes, entfielen. Auch im traditionellen öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau (Erster Förderungsweg) für Personen mit relativ niedrigem Einkommen fiel die Zahl der geförderten Wohnungen gegenüber den ersten sechs Monaten 1978 um 2,5% auf 1 196 Wohnungen.

Die Bewilligungen für Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern verringerten sich um 38 auf 2 291, die für Mehrfamilienhäuser um 63 auf 475.

Die Finanzierungsmittel überschritten dagegen mit 605 Mill. DM das entsprechende Vorjahresergebnis um 24 Mill. DM. Auf öffentliche Mittel entfielen 8,5% und auf Kapitalmarktmittel 57% ne

Hoher Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe

Im zweiten Quartal 1979 erbrachten die 72 700 Beschäftigten des rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbes eine Arbeitsleistung von 34 Mill. Stunden. Die Lohn- und Gehaltssumme stellte sich in diesem Zeitraum auf 538 Mill. DM, der Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer) auf 1,5 Mrd. DM. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhten sich die Zahl der Beschäftigten um 3,5%, die Arbeitsleistung um 12%, die Lohn- und Gehaltssumme um 18% und der Gesamtumsatz um 55%. Die Steigerung des Gesamtumsatzes ist zum Teil durch die zum 1. Juli 1979 erfolgte Anhebung des Mehrwertsteuersatzes und die damit verbundenen vorgezogenen Rechnungsstellungen bedingt. Auch die Werte für das erste Halbjahr 1979 zeigen gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum für Beschäftigte (+ 2,9%), geleistete Arbeitsstunden (+ 5,9%), Lohn- und Gehaltssumme (+ 11%) und Umsatz (+ 32%) positive Resultate.

Der Auftragseingang der Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten steigerte sich im zweiten Vierteljahr 1979 auf fast 1,2 Mrd. DM und lag damit um 7,7% über dem Ergebnis des Vorjahresquartals. Der Auftragsbestand am 30. Juni 1979 von nahezu 2,5 Mrd. DM war um 24% höher als Ende März 1979 und sogar um 51% höher als Mitte 1978. Er weist damit ein bisher im Bauhauptgewerbe noch nicht erreichtes Volumen auf, das bis weit in das Jahr 1980 hinein Vollbeschäftigung in diesem Wirtschaftsbereich garantieren dürfte. br

kurz + aktuell

Export + 11%, Import + 25%

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft exportierte von Januar bis Juni 1979 Güter im Werte von 8,9 Mrd. DM. Das sind 11% mehr als im ersten Halbjahr 1978. Überdurchschnittlich expandierte der Export von Halbwaren (+ 35%), Vorerzeugnissen (+ 16%) und von Produkten der Ernährungswirtschaft (+ 18%). Neun Zehntel der ausgeführten Güter waren Fertigwaren (+ 9%). Überdurchschnittliche Zuwachsraten zeigten insbesondere Lederschuhe (+ 34%), Metallwaren (+ 33%), Glaswaren (+ 32%) und Kunststoffe (+ 26%), während der Export von Maschinen, welche zu rund 15% am Ausfuhrvolumen beteiligt sind, um 2% abnahm.

Im ersten Halbjahr 1979 wurden Waren für 6,3 Mrd. DM eingeführt. Das sind 25% mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Mehr als ein Viertel aller eingeführten Güter waren Enderzeugnisse, die um 19% expandierten. Besonders ausgeprägte Steigerungen verzeichneten Eisenwaren (+ 36%), Werkzeuge einschließlich landwirtschaftlicher Geräte (+ 35%), Kraftfahrzeuge (+ 30%) und Maschinen (+ 22%).

Die Einfuhr von Rohstoffen nahm mit + 55% am stärksten zu. Allein die Rohölimporte, die mehr als ein Siebentel der rheinland-pfälzischen Einfuhr ausmachen, stiegen um 78%. Aus den in der OPEC zusammengeschlossenen 13 Erdölförderländern kamen nahezu 15% der Importe, und zwar fast ausschließlich Rohöl. Gabun (+ 99%), der Iran (+ 91%), Nigeria (+ 90%) und Saudi-Arabien (+ 32%) erhöhten ihre Lieferungen am stärksten. pe

Einzelhandelsumsätze um 6,8% gestiegen

Im ersten Halbjahr 1979 sind die rheinland-pfälzischen Einzelhandelsumsätze um 6,8% gestiegen. Zu Preisen von 1970 gerechnet, ergab sich im Vergleich zum ersten Halbjahr 1978 eine Steigerung um 3,5%. Die Entwicklung entspricht der im Bundesgebiet.

Am stärksten stiegen die Umsätze im Einzelhandel mit Kohlen und Mineralölerezeugnissen (+ 31%) sowie mit Fahrzeugen, Maschinen und Büroeinrichtungen (+ 11%). Auch bei Metallwaren, Hausrat und Wohnbedarf zeigte sich eine überdurchschnittliche Entwicklung (+ 8,2%). Nur vergleichsweise schwach wuchsen die Umsätze im Einzelhandel mit Elektro- und optischen Erzeugnissen einschließlich Uhren (+ 3,5%).

Die Beschäftigtenzahl des rheinland-pfälzischen Einzelhandels ging im ersten Halbjahr 1979 gegenüber dem Vergleichszeitraum um 0,3% zurück. Mit — 0,8% wurde für die Vollzeitbeschäftigte eine noch stärkere Minderung verzeichnet. Gleichzeitig ist die Zahl der Teilzeitbeschäftigte um 1% gewachsen. Im Einzelhandel mit Fahrzeugen, Maschinen und Büroeinrichtungen (+ 2,3%) sowie mit Metallwaren, Hausrat und Wohnbedarf (+ 2%) hat die Zahl der Vollzeitbeschäftigte zugenommen. pe

Volkszählung 1981

Konzeption und Stand der Vorbereitung des Großzählungsvorhabens

Voraussichtlich im Mai 1981 steht der Bevölkerung des Bundesgebietes und West-Berlins eine Großzählung ins Haus, wie sie die Geschichte der deutschen amtlichen Statistik in diesem Umfang noch nicht kennt. Möglich macht ein solches Vorhaben die sprunghafte Entwicklung im technischen Bereich der Datengewinnung und -verarbeitung. Hier gibt es kaum mehr unlösbare Aufgabenstellungen, lösbar auch in akzeptabler Zeit. Die Probleme für die geplante Volkszählung 1981 finden sich im Vorfeld der Erhebung: Wie kann dem auskunftspflichtigen Bürger die Beantwortung, und zwar die richtige Beantwortung der gestellten Fragen erleichtert werden? Wird es den Gemeinden ohne größere Schwierigkeiten möglich sein, die Vielzahl der ehrenamtlichen Zähler (allein in Rheinland-Pfalz rund 45 000) zu mobilisieren? Wie einfach oder kompliziert muß das Ordnungssystem beschaffen sein, damit Personen ihrem Haushalt, Haushalte ihrer Wohnung, Wohnungen und Arbeitsstätten ihrem Gebäude, Grundstücke ihrer Straße und ihrem Bezirk, Gemeindeteile ihrer Gemeinde, Gemeinden ihrem Kreis, Regierungsbezirk und Land richtig zugeordnet werden können, wenn die Millionen ausgefüllter verschiedenartiger Fragebogen zum Zähler zurückfließen und über die Gemeinden in die Lesemaschinen der Statistischen Landesämter? Wie arbeitsaufwendig müssen die Fragebogen geprüft werden, bevor sie ins Lesegerät gehen? Wie schließlich soll das Riesenunternehmen finanziert werden? Welche Zuschüsse erhalten die Länder vom Bund, die Kommunen von den Ländern? Was kann den Zählern von den Gemeinden als Entschädigung für ihren ehrenamtlichen Einsatz gezahlt werden?

Warum die Lösung dieser und anderer, mit dem externen Erhebungsgeschäft zusammenhängender Fragen so wichtig ist, ist leicht erklärlich: Die Qualität des Urmaterials bestimmt letztlich die Qualität der Ergebnisse. Nur eine lückenlose Organisation sichert eine vollständige Erfassung. Allein ein exakt verzahntes Ordnungssystem garantiert eine reibungslose maschinelle Weiterverarbeitung, die Kombination von Daten aus den verschiedenen Fragebogen und saubere regionale Abgrenzungen. Und - der Kreis schließt sich - nicht zuletzt wird die Qualität des Urmaterials auch von der Höhe der Zählerentschädigung beeinflußt.

Bleibt die Frage, wozu der ganze Aufwand nützen soll. Eine berechtigte Frage, die sich jedoch schon

diejenigen gestellt haben, die eine solche Zählung anordnen (Bundesregierung, Bundestag, Bundesrat) und die sie finanzieren sollen (Bund, Länder, Gemeinden). Aber es geht hierbei keineswegs nur um Datengewinnung für Verwaltungsmaßnahmen, sondern für die Gesamtheit und für einzelne Bereiche der den Staat bildenden Gesellschaft und der Volkswirtschaft. Wenn schon keine Familie (Was ist noch im Kühlschrank, in der Vorratskammer? Was muß eingekauft werden?) und kein Betrieb ohne gelegentliche Inventur auskommt, weil Fortschreibungen mit zunehmendem Abstand vom Ausgangszeitpunkt erfahrungsgemäß wachsende Unstimmigkeiten aufweisen, um wieviel weniger kann ein so kompliziertes und stetigen Wandlungen unterworfenes Gebilde wie der moderne Staat auf gelegentliche Bestandsaufnahmen verzichten.

Teil einer weltweiten Zählung

Die bei uns zu erwartende Volkszählung 1981 ist eingebettet in das Mosaik einer Weltzählung, wie sie erstmals 1950 stattgefunden hat. Und zwar aufgrund einer Empfehlung der Vereinten Nationen, jeweils in den Jahren mit der Endziffer Null oder in einem Jahr davor oder danach einen Weltensus durchzuführen. Mit dem vorgesehenen Zählungsjahr 1981 entspricht die Bundesrepublik sowohl dieser Empfehlung als auch der Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften Nr. 73/403 vom 22. November 1973, zwischen dem 1. März und 31. Mai 1981 allgemeine Volkszählungen anzuordnen. Die Koordinierung der früher sehr unterschiedlichen Zählungsjahre auf internationale Ebene ist eine naheliegende Konsequenz aus der immer enger werdenden politischen und wirtschaftlichen Verflechtung der Einzelstaaten. Für die Vergleichbarkeit von Daten ist die zeitliche Übereinstimmung ebenso wichtig wie eine Abstimmung über die zu erhebenden Tatbestände und das zu erstellende Tabelleprogramm, wozu die Empfehlungen der Vereinten Nationen und der Europäischen Gemeinschaften ebenfalls Vorschläge enthalten.

Aber auch ohne die internationalen Empfehlungen hätte die Bundesrepublik auf eine Volkszählung zehn Jahre nach der letzten von 1970 schwerlich verzichten können (die USA haben Volkszählungen im Zehnjahresabstand sogar verfassungsmäßig verankert). Zu groß ist zwischenzeitlich der Informationsbedarf an aktuellen Daten, namentlich auf unterer regionaler

Ebene geworden. Erinnert sei nur an die gravierenden Veränderungen der letzten Jahre auf dem Arbeitsmarkt und in der Struktur der Bevölkerung. Noch dringlicher ist das Bedürfnis nach neueren Daten auf dem Bau- und Wohnungsmarkt. Der Wohnungsbestand wurde zuletzt 1968, der gesamte vorhandene Gebäudebestand sogar letztmals 1950 ermittelt.

Drei Totalzählungen - eine Erhebungsorganisation

Alle Volks- und Berufszählungen nach dem Krieg waren in Deutschland mit einer Basiszählung der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten gekoppelt (die völlig anders gearteten landwirtschaftlichen Betriebe werden mit einem eigenen Frageprogramm gesondert erfaßt, derzeit in der Landwirtschaftszählung 1979); darüber hinaus waren die Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählungen 1950 und 1961 auch mit Gebäude- und Wohnungszählungen verbunden (separate Gebäude- und Wohnungszählungen fanden außerdem 1956 und 1968 statt). Eine solche Koppelung verschiedenartiger Großzählungen liegt auf der Hand, weil so nur einmal die arbeitsintensive und finanzaufwendige Zählerorganisation aufgebaut werden muß. Allerdings führt eine solche Ballung leicht zu einer Überbelastung und Überforderung der Zähler und Befragten, so daß zwangsläufig die Erhebungsprogramme für die einzelnen Zählungsteile auf das Notwendigste begrenzt werden müssen. Aufgewogen wird dieser Informationsverlust auf regionaler Ebene durch den Gewinn der unmittelbaren Kombinationsfähigkeit beispielsweise von bevölkerungs- und wohnungsstatistischen Daten sowie auf Länder- und Bundesebene durch die Möglichkeit zur Verlagerung von Fragenkomplexen, deren Beantwortung nicht unbedingt in kleinräumlicher Tiefe erforderlich ist, in billigere und schneller abzuwickelnde Stichproben wie den Mikrozensus oder die 1%-Wohnungsstichprobe 1978. Die Bedeutung totaler Großzählungen, deren Arbeits- und Finanzaufwand eine Durchführung nur in längeren Zeitabständen erlaubt, als Teil des gesamten Arbeitsprogramms der amtlichen Statistik wird hierbei erkennbar. Ihre wesentlichen Aufgaben liegen zum einen in der Gewinnung aktueller Bestands- und Strukturdaten, namentlich in tiefer regionaler Gliederung, zum anderen in der Funktion ihrer Ergebnisse als Basis für Fortschreibungen, Stichprobenauswahlen und spezielle Bereichszählungen.

Die Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung 1981 schließt auch Gebäude- und wohnungsstatistische Fragen ein. Anders jedoch als bei den Zählungen der Jahre 1956, 1961 und 1968, als lediglich Wohnzwecken dienende Gebäude erhoben wurden, verbirgt sich diesmal hinter dieser Formulierung auch die Erfassung der nicht Wohnzwecken dienenden Gebäude und Bauwerke, über die seit 1950 keinerlei Angaben mehr vorliegen. Das Fehlen solcher Kenntnisse stellt für städte-, regions- und landschaftsplanerische Vorhaben eine erhebliche Informationslücke dar, die ursprünglich durch eine für 1975 geplante Gebäude- und Wohnungszählung geschlossen werden sollte. Das Vorhaben scheiterte in der damaligen Finanzsituation jedoch, nach bereits weit fortgeschritten Vorbereitung, an den Kosten. Es war deshalb ein naheliegender Gedanke, diese Erhebung von der anstehenden Volks-

zählungsorganisation gewissermaßen im Huckepackverfahren mit durchziehen zu lassen.

Zählungsstichtag 20. Mai 1981

Unabhängig von den EG-Richtlinien ist 1981 das für die Bundesrepublik günstigste der drei in Frage kommenden Zählungsjahre. Während 1979 außer der Europawahl in fünf Bundesländern und West-Berlin, 1980 neben der Bundestagswahl in drei Ländern Landtags- und/oder Kommunalwahlen stattfinden, stehen für 1981 nur zwei Kommunalwahlen an, und zwar im März in Hessen und im Oktober in Niedersachsen. Damit wird eine Überbelastung der Gemeinden, denen ja die unmittelbare organisatorische Abwicklung von Wahlen und Volkszählungen übertragen ist, größtenteils vermieden. Der Qualität des Urmaterials dürfte dies ebenso zugute kommen wie dem termingerechten Ablauf der Erhebung.

Für die Wahl des Zählungsstichtags 20. Mai waren sowohl methodische als auch organisatorische Überlegungen maßgebend. Der Stichtag sollte zum einen im Interesse des Zeitvergleichs der Ergebnisse möglichst nahe dem der letzten Zählung am 27. Mai 1970 liegen. Zum anderen durfte er mit Rücksicht auf die Gemeinden keinesfalls die Wahltermine des Jahres 1981 tangieren. Schließlich mußte unbedingt vermieden werden, daß er in Ferien- oder Haupturlaubszeiten fällt, in denen sich Erwerbstätige, Studenten und Schüler zum großen Teil nicht an dem Ort aufhalten, der für ihre Zuordnung zur Wohnbevölkerung maßgebend ist, und in denen der Aufbau einer Zählerorganisation zusätzlich erschwert wird. Der 20. Mai 1981 erfüllt alle diese Bedingungen.

Stand der Vorbereitungen

Mit der Vorbereitung des Großzählungsvorhabens wurde bereits 1975/76 begonnen. Zugute kam der Ausarbeitung eines ersten Konzepts und den sich daran anschließenden Beratungen zwischen den zuständigen Bundesministerien, den statistischen Ämtern des Bundes und der Länder, den Verbänden der Städte und Gemeinden, den Organisationen der freien Wirtschaft und Vertretern wissenschaftlicher Institute die bei der Zählung 1970, bei der erstmals ein Strichmarkierungsleser eingesetzt wurde, und bei der Vorbereitung der für 1975 geplanten Zählung gesammelten Erfahrungen. Hauptanliegen in dieser ersten Besprechungsphase war die Reduzierung der 70er und 75er Erhebungsprogramme auf ein gemeinsam realisierbares Maß. Dies nicht zuletzt unter dem Zwang, das vom Abteilungsleiterausschuß Statistik des Bundes (ALAStat) festgelegte Kostenlimit für die Gesamtzählung (290 Mill. DM nach dem Stand vom 1. Januar 1975) nicht zu überschreiten. In den Rahmen dieser Bemühungen fällt auch die Entscheidung, einige der zu erhebenden Tatbestände nur in einer zehnprozentigen Repräsentation aufzubereiten (zweistelliger Wirtschaftszweig, ausgeübte Tätigkeit/Beruf, Hauptfachrichtung des letzten Abschlusses, praktische Berufsausbildung/erlernter Beruf) sowie die Entwicklung ausfüllungsfreundlicher und zugleich überwiegend maschinenlesbarer Fragebogen (zur Einsparung sehr aufwendiger Signierarbeiten), die Formulierung leichtver-

ständlicher Erläuterungen und der Entwurf übersichtlicher Organisationspapiere. Zwei kleinere Tests auf freiwilliger Basis im Mai 1978 und Januar 1979 haben auf diesem Gebiet weitere Verbesserungen gebracht. Zur Zeit wird ein dritter freiwilliger Test der überarbeiteten Fragebogen für September/Oktober 1979 vorbereitet. Abgeschlossen wird dieses Stadium der Planung mit der schon zum Frühjahr 1979 vorgesehenen, jedoch erst nach Vorliegen des Gesetzes voraussichtlich Anfang 1980 möglichen Probezählung, mit der auch noch offene Erfassungs- und Organisationsprobleme zu lösen sind (Erhebung in geschlossenen Industriekomplexen, Erfassung von Wochenendhäusern und Anstalten, Pendlererfassung nach Stadtteilen u. a.).

Die Vorbereitung der Zählung für den internen Bereich der Aufbereitung ist ebenfalls schon weit gediehen. Abgeschlossen sind praktisch die Arbeiten an den verschiedenen Tabellenprogrammen und den manuellen und maschinellen Datenflußplänen. Auf dieser Basis wurde schon vor Monaten mit der Erstellung der Bandsätze für die Datenerfassung begonnen sowie mit der Ausarbeitung maschineller Lese- und Plausibilitätskontrollen, die den manuellen Prüfaufwand, verglichen mit früheren Verfahren, drastisch senken.

Bei diesem Stand der Vorbereitungen ist es undenkbar, im Verlauf der abschließenden Beratungen des Volkszählungsgesetzes die Erhebungskataloge der drei Zählungsteile, wie sie im Gesetzentwurf nach dem letzten Stand fixiert und nachstehend dargestellt sind, noch wesentlich zu ändern. Begrüßt würde allerdings aus der Sicht der Mehrheit der Länder die vom Bundesrat im ersten Durchgang vorgeschlagene Streichung einzelner Erhebungstatbestände (Telefonanschluß, Zahl der Sprechstellen, Eröffnungsjahr der Arbeitsstätte, Zahl der mobilen Arbeitskräfte, Umsatz). Die Bundesregierung vermochte sich diesem mit dem Ziel der Entlastung des Erhebungsprogramms vorgelegten Anträgen bisher nicht anzuschließen, ist umgekehrt jedoch der Anregung des Bundesrats gefolgt, die Arbeitszeit der Erwerbstätigen und die Zahl der Teilzeitbeschäftigen zusätzlich ins Erhebungsprogramm aufzunehmen. Der Bundestag hat in Erster Lesung am 15. Februar 1979 den Gesetzentwurf mit der Stellungnahme des Bundesrats und den Gegenäußerungen der Bundesregierung in die betroffenen Ausschüsse überwiesen. Sollte der Entwurf im Anschluß an die Sitzung des federführenden Innenausschusses am 10. Oktober unmittelbar in Zweiter und Dritter Lesung vor den Bundestag kommen (bis zum 19. Oktober), dann wäre der zweite Durchgang im Bundesrat am 9. November, die Behandlung im Vermittlungsausschuß am 30. November denkbar. Andernfalls wären die nächsten Termine im Bundestag Ende November und damit im Bundesrat erst Anfang 1980.

Da es die Bundesregierung abgelehnt hat, das von ihr maßgeblich bestimmte große Zählungswerk mitzufinanzieren, wie dies bei früheren Zählungen der Fall war, kann die Anrufung des Vermittlungsausschusses als sicher gelten. Insofern muß bezweifelt werden, ob die ohnehin gegenüber der ursprünglichen Zeitplanung um ein Jahr überzogene Verabschließung des Gesetzes bis Ende 1979 erfolgen kann. Das aber würde den Zählungstichtag 20. Mai in Frage stellen,

weil von der rechtzeitigen Verabschließung des Gesetzes und damit der Bereitstellung von Haushaltsmitteln nicht nur die bereits auf den zeitlich letztmöglichen Termin verschobene Probezählung abhängt, sondern, was wesentlich gravierender ist, auch die Vergabe der Druckaufträge für die Millionenauflagen der Erhebungspapiere und die Anmietung der nur langfristig zu liefernden Strichmarkierungsleser.

Volks- und Berufszählung

Demographische Grundmerkmale

Das Erhebungsprogramm der Volks- und Berufszählung gliedert sich in mehrere Merkmalskomplexe. An alle Personen richten sich die klassischen Fragen nach Alter, Geschlecht, Familienstand, Religion, Staatsangehörigkeit, Hauptwohnsitz, Stellung zum Erwerbsleben und nach den Quellen des überwiegenden Lebensunterhalts (Erwerbs-/Berufstätigkeit, Arbeitslosengeld/-hilfe, Rente/Pension, Unterhalt durch Angehörige, Einkünfte aus Vermögen, soziale Mittel); Personen, die in Anstalten wohnen, werden außerdem danach gefragt, ob sie zum Personal gehören oder Insasse sind. Diese demographischen Grundmerkmale dienen - teils unmittelbar, teils in Kombination untereinander oder mit weiteren Erhebungstatbeständen - vielfältigen Zwecken, angefangen von ihrer Basisfunktion für die Bevölkerungsfortschreibung und -vorausschätzung und als Auswahlgrundlage für Stichproben bis hin etwa zur Berechnung der Stimmenzahl der Länder im Bundesrat, der Zahl und Größe der Wahlkreise, der Zahl der Sitze in den kommunalen Parlamenten, der Besoldung der Bürgermeister, des Länder- und kommunalen Finanzausgleichs, des Lehrerbedarfs, von Erwerbsquoten, Heirats-, Sterbetafeln und Fruchtbarkeitsziffern.

Erwerbs- und Berufstätigkeit

Auf die Darstellung der Erwerbs- und Berufstätigkeit der Bevölkerung zielt der zweite Merkmalsblock mit Fragen an die Erwerbstätigen nach Voll- und Teilzeitbeschäftigung, Stellung im Beruf (Facharbeiter, Arbeiter, Angestellter usw.), Geschäftszweig der Firma, der hier ausgeübten Tätigkeit und nach einer eventuellen weiteren (zweiten) Erwerbstätigkeit. Die Angaben hierüber liefern Unterlagen über Umfang und voraussichtliche Weiterentwicklung des Arbeitskräftepotentials, für Analysen des Arbeitsmarktes und - in Verbindung mit den demographischen und Ausbildungsmerkmalen - über gesellschaftliche Strukturen und Tendenzen. Mit der Streichung der ursprünglich wie 1970 vorgesehenen Frage nach dem Einkommen (Einkommensgruppen) ist zwar ein wichtiges sozio-ökonomisches Kriterium entfallen, doch durch Aufgliederung der großen Gruppen der Arbeiter (Fach- und sonstige Arbeiter), der Beamten (Laufbahngruppenbildung über die erfragte Amtsbezeichnung) und der Selbstständigen (mit und ohne Beschäftigte) einerseits, der Möglichkeit zur Verknüpfung mit den Angaben über Arbeitszeit, Nebentätigkeit, überwiegenden Lebensunterhalt und Ausbildung andererseits dürfte ein hinreichend feines Raster der sozialen Bevölkerungsschichtung gewonnen werden.

Ausbildungsfragen

Aus den bisherigen Hinweisen ergibt sich bereits die Bedeutung der Ausbildungsfragen, der dritten Merkmalsgruppe. Ausgewertet werden die jeweils höchsten Abschlüsse an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen oder Hochschulen, bei den beiden letztgenannten auch die Hauptfachrichtung, sowie Art und Dauer einer praktischen Berufsausbildung (Lehre usw.). Es werden hieraus Aufschlüsse erwartet über das allgemeine Ausbildungsniveau und die berufliche Qualifikation der Bevölkerung, welche für die Bildungsplanung ebenso bedeutsam sind wie für arbeitsmarktpolitische Entscheidungsprozesse durch Kenntnis beispielsweise der qualitativen Zusammensetzung des Arbeitskräftepotentials oder der zu erwartenden Altersabgänge in einzelnen Berufsgruppen.

Pendelwanderung

Der letzte Erhebungskomplex hat ein seit Jahren zunehmend kritischer werdendes Phänomen zum Gegenstand, nämlich die Pendelwanderung der Erwerbstätigen, Auszubildenden, Schüler und Studenten. Wirtschaftliche Ballungsräume und Zentralisierungen im schulischen Bereich auf der einen Seite, der Trend eines großen Teils der Bevölkerung zum Wohnen im Grünen auf der anderen (begünstigt durch die stetig wachsende Mobilität des einzelnen vom Mofa bis zum PKW) bilden den Hintergrund dieser Erscheinung einer modernen Gesellschaft, die auch soziologische und arbeitsphysiologische Probleme zeitigt. Mit den Fragen nach der Arbeits- bzw. Ausbildungsstätte, nach dem hauptsächlich benutzten Verkehrsmittel und dem Zeitaufwand für den Weg zwischen Wohn- und Zielort sollen jedoch nicht nur verkehrsmäßige und wirtschaftliche Verflechtungen aufgezeigt, sondern auch Ansatzpunkte zur Lösung der hiermit zusammenhängenden Probleme gewonnen werden (Entschärfung des Berufsverkehrs, Bau von Fahrradwegen, Planung von Industrieansiedlungen in Gebieten mit schwacher Infrastruktur, Feststellung der Einzugsbereiche von Realschulen und Gymnasien seien als einige von vielen möglichen verkehrs- und regionalplanerischen Beispielen genannt). Für Rheinland-Pfalz ist vorgesehen, neben den Pendlerströmen zwischen den Gemeinden auch solche nach Gemeindeteilen für bestimmte Einpendlerzentren nachzuweisen. Außerdem wird in Zusammenarbeit mit einigen Städten des Landes für diese die innerstädtische Pendelwanderung aufbereitet.

Gebäude- und Wohnungszählung

Der Erhebungsteil Gebäude- und Wohnungszählung hat ebenfalls verschiedene Aspekte. Im wesentlichen basiert das Programm auf dem Konzept der für 1975 geplanten separaten Zählung. Dabei blieb es im gebäudestatistischen Bereich bei der Konzeption, erstmals nach 1950 auch nicht Wohnzwecken dienende Gebäude und Bauwerke zu erfassen sowie erstmals in einer Totalzählung überhaupt für Grundstücke und Gebäude Flächen- und Nutzungsangaben zu erfragen, um zu globalen und detaillierten Aussagen über die Bebauungsverhältnisse zu gelangen. Es soll damit - den steigenden Anforderungen von Stadt-, Regional- und Landesplanung Rechnung tragend - eine Gesamt-

darstellung der im Bundesgebiet vorhandenen städtebaulichen Substanz erreicht werden, die zugleich regionale und örtliche Vergleiche erlaubt.

Gebäudestatistische Fragen

Nach dem Gesetzentwurf erstrecken sich die gebäudestatistischen Fragen auf Gebäude und auf andere Bauwerke, die mit diesen lage- oder nutzungsmäßig in Zusammenhang stehen oder die für Wohnzwecke genutzt werden bzw. eine Arbeitsstätte enthalten. Diese globale Formulierung im Gesetzentwurf ist jedoch eingeschränkt auf städtebaulich relevante Gebäude und andere Bauwerke. Die Fixierung auf die städtebauliche Relevanz schließt damit - glücklicherweise für die Praxis des Erhebungsgeschäfts - die Erfassung etwa einzelstehender Feldscheunen, Gewächshäuser, Transformatorenhäuser, Wasserreservoirs, Futtersilos, Bunkerbauten und ähnlicher sogenannter anderer Bauwerke mit ihren Grundstücken aus. Solche Bauten außerhalb von zusammenhängenden Siedlungsflächen fallen nur dann in die Erhebung, wenn sie mit Gebäuden unmittelbar lagemäßig in Zusammenhang stehen, für Wohnzwecke genutzt werden oder eine regelmäßig besetzte Arbeitsstätte enthalten.

Fragen zum Grundstück

Die Fragen zum Grundstück, auf dem die zu erfassenden Gebäude oder andere Bauwerke stehen, beschränken sich auf Angaben über Grundstücksgröße, überbaute Fläche, Zahl der Kfz-Stellplätze einschließlich Garagen, Vorhandensein eines Erbbaurechts und Eigentümer (Einzelperson, Personengemeinschaft, Wohnungsunternehmen, Gebietskörperschaft).

Fragen zum Gebäude

Auch der Katalog der Fragen zum Gebäude ist gegenüber dem 75er Konzept gekürzt und zum Teil in die 1%-Wohnungsstichprobe 1978 übernommen worden. Übrig geblieben sind die Fragen nach Gebäudeart (Wohngebäude, Nichtwohngebäude, bewohnte Unterkunft; unterirdisches Gebäude), Baujahr, Zahl der Vollgeschosse, Nutzfläche und Nutzungsart, nach öffentlich geförderten Wohnungen (Erster und/oder Zweiter Förderungsweg) sowie nach dem Vorhandensein von Anstalten oder Heimen (Art und Bettenzahl).

Wohnungsstatistische Fragen

Wie von den gebäudestatistischen sind auch von den wohnungsstatistischen Fragen des 75er Konzepts eine ganze Reihe in die 1%-Wohnungsstichprobe 1978 verlagert worden, so daß sich das Erhebungsprogramm für 1981 im wesentlichen auf die traditionellen Merkmale stützt, die auch auf unterer regionaler Ebene eine Beurteilung von Umfang, Struktur und Veränderung des Wohnungsbestandes sowie seine Fortschreibung in Übereinstimmung mit den Merkmalen der ab 1979 geltenden reformierten Bautätigkeitsstatistik erlauben. Im Zusammenspiel mit den bevölkerungsstatistischen Angaben werden darüber hinaus Aussagen über die quantitative und qualitative Wohnungsversorgung und die Belastung der Mieter sowie einzelner Bevölkerungsgruppen gewonnen. Die Ermittlung leerstehender Wohnungen, nicht ständig bewohnter Freizeitwohnungen und der Wohnungen, die von Angehörigen ausländischer Streitkräfte oder diplomatischer Vertretun-

gen privatrechtlich gemietet sind, dient einer exakteren Einschätzung der Lage auf dem Wohnungsmarkt. Im einzelnen werden für jede Wohnung Fragen gestellt nach Besitzverhältnis (Eigentümer, Haupt-, Untermieter), Einzugsjahr (fünf Jahresgruppen), Ausstattung (Küche, Kochnische, Bad/Dusche, Toilette, Heizung), Wohnungsfläche, Zahl, Größe und Nutzungsart der Zimmer, Monatsmiete sowie danach, ob die Wohnung von einem Angehörigen ausländischer Streitkräfte oder Vertretungen gemietet ist, ob sie Telefonanschluß hat, ob sie eine Freizeitwohnung oder eine Wohnung mit besonderen Mietkonditionen (Dienst-, Werkwohnung) ist, ob sie - falls Eigentumswohnung - öffentlich gefördert wurde und wie lange - falls ungenutzt - die Wohnung bereits leersteht (vier Zeitgruppen). Es versteht sich von selbst, daß für Freizeit- und leerstehende Wohnungen nur ein Teil der Fragen zu beantworten ist.

Arbeitsstättenzählung

Die Arbeitsstättenzählung erstreckt sich auf alle Wirtschaftsbereiche mit Ausnahme der Land- und Forstwirtschaft. Ihr Erhebungsprogramm beschränkt sich im großen und ganzen auf Tatbestände, die sich aus ihrem Charakter als Basiszählung und Auswahlgrundlage für nachfolgende, ausnahmslos postalisch abzuwickelnde Erhebungen in bestimmten Bereichen (produzierendes Gewerbe, Handel und Gastgewerbe, Handwerk) ergeben. Zugleich fallen hierbei jedoch Grunddaten für solche Bereiche an, über die keine oder nur lückenhafte Statistiken vorliegen (Dienstleistungsbereich, Organisationen ohne Erwerbscharakter). Zusätzlich zum Standardprogramm von Arbeitsstättenzählungen werden 1981 nur wenige Angaben verlangt, weil ihnen besondere Aktualität zukommt. So die Angabe der mobilen, das heißt nicht am Betriebsstandort tätigen Arbeitskräfte zur Gewinnung städtebaulicher Grunddaten; ferner Angaben über Eröffnungsjahr der Arbeitsstätte und Grund der Eröffnung (Neuerrichtung oder Standortverlagerung) für Zwecke der Raumordnung und Regionalplanung sowie über die Handwerkseigenschaft wegen der bis zum Vorliegen der Ergebnisse bereits veralteten Daten aus der Handwerkszählung 1977. Kritisch zu betrachten ist im Rahmen einer Großzählung die erstmals seit 1950 wieder gestellte Frage nach dem Gesamtumsatz, deren Aufnahme in das Erhebungsprogramm mit ihrer Bedeutung als wichtiges Kriterium für den Beitrag der einzelnen Bereiche zum Sozialprodukt begründet wird sowie mit dem Informationsgewinn zwischen den künftig in den auf Fünf endenden Jahren geplanten Bereichszensens. Der aus der Arbeitsstättenzählung 1981 erwartete Überblick über Zahl, Größe und strukturelle Zusammenhänge der Arbeitsstätten, über ihre Beschäftigten und die gezahlten Lohnsummen in tiefer regionaler Gliederung dient demnach sowohl allgemeinen Zwecken der Landes- und Regionalplanung, der Wirtschaftsstruktur- und Verkehrspolitik als auch der Lösung ganz spezieller Probleme wie - neben den bereits erwähnten - dem der Ausländerbeschäftigung oder des künftigen Ausbaus der Fernmeldenetze bei Einsatz neuer Techniken.

Das Frageprogramm gliedert sich in mehrere Abschnitte, von denen einzelne nur im zutreffenden Fall

auszufüllen sind. Erfragt werden sollen außer Name, Bezeichnung und Anschrift der Arbeitsstätte oder des Unternehmens, die für Anschluß-Erhebungen benötigt werden, folgende Tatbestände: Art der ausgeübten Tätigkeit bzw. des Aufgabengebiets (Branche, Wirtschaftszweig); Träger der Arbeitsstätte (nur bei Anstalten und Einrichtungen von Behörden, der Sozialversicherung, von Kirchen, Verbänden und sonstigen Organisationen); Niederlassungsart (einige, Haupt-, Zweigstellenniederlassung); Zahl der im Betrieb tätigen Inhaber, Familienangehörigen, Angestellten, Arbeiter (sieben Gruppen), der mobilen und Teilzeitbeschäftigte sowie der Ausländer; Lohn- und Gehaltssumme des Jahres 1980; Handwerkseigenschaft und Rechtsform des Unternehmens (nur bei einzigen und Hauptniederlassungen); bei Hauptniederlassungen außerdem für jede Zweigniederlassung Name, Bezeichnung, Anschrift, Art der ausgeübten Tätigkeit oder des Aufgabengebiets, Zahl der tätigen Personen sowie Lohn- und Gehaltssumme 1980.

Überwiegend maschinell lesbare Fragebogen

Bei der Volkszählung 1970 war erstmals, nachdem man in sechs vorausgegangenen Probezählungen das Verfahren getestet hatte, in einer Großzählung mit ihren Millionen von Fragebogen ein Lesegerät eingesetzt worden, ein sogenannter Belegleser, der auf Bleistiftstriche an vorgegebenen Stellen reagiert. Dieses Strichmarkierungsverfahren erfordert nicht nur besonderes, hochwertiges Papier für die Fragebogen, sondern auch eine neue Technik der Fragestellung, das heißt eine weitere Verfeinerung der Fragetechnik gegenüber dem erstmals für die Großzählung 1961 entwickelten Kreuzungsverfahren. Während früher eine Frage im Klartext zu beantworten war (der dann für die weitere Bearbeitung verschlüsselt wurde), muß beim Strichmarkierungsverfahren zu jeder Frage ein voller Katalog der Antwortmöglichkeiten vorgegeben werden, um die jeweils zutreffende Antwort markieren zu können. Die Vorteile dieses Verfahrens sind augenfällig: einfacheres Ausfüllen der Fragebogen durch den auskunftspflichtigen Bürger, leichteres Prüfen auf Vollständigkeit und Richtigkeit der Angaben durch Zähler und Bearbeiter (eine Aufgabe, die zum großen Teil sogar vom Belegleser wahrgenommen werden kann), Einsparung vor allem der arbeitsintensiven und finanzaufwendigen Signierarbeiten und Magnetbanderfassung und damit verkürzte Aufbereitungszeiten in den Statistischen Landesämtern bei wesentlich umfangreicherer und ergiebigerer Ergebnisdarstellung. Die mit dem Verfahren verbundenen Nachteile wie hohe Papier- und Maschinenkosten und ein komplizierteres Ordnungssystem werden dadurch aufgewogen.

Nach den guten Erfahrungen im Erhebungs- wie im Aufbereitungssektor der Volkszählung 1970 und der Probeerhebungen zur geplanten Gebäude- und Wohnungszählung 1975 war es selbstverständlich, das Strichmarkierungsverfahren auch bei der Volkszählung 1981 anzuwenden, soweit dies überhaupt möglich ist. Nach den nunmehr vorliegenden Entwürfen für den dritten Fragebogentest im September/Oktober dieses Jahres scheint das optimal gelungen.

Grundstücks- und Gebäudebogen

Im Grundstücks- und Gebäudebogen sind die grundstücks- und gebäudebezogenen Fragen auf drei Seiten zusammengefaßt, während die wohnungsstatistischen wegen der engen Beziehung zwischen Haushalt und Wohnung und der meist gegebenen Identität des Auskunftspflichtigen für beide Zählungsteile in einem gemeinsamen Papier mit den bevölkerungsstatistischen Fragen untergebracht sind. Mit wenigen Ausnahmen (Flächenangaben, Zahl der Kfz-Stellplätze, Anstaltsart und Bettenzahl) sind alle Fragen zum Grundstück und Gebäude durch Strichmarkierungen zu beantworten. Im übrigen ist der Bogen so konzipiert, daß auch eine Magnetbanderfassung der Angaben möglich ist, wenn eine größere Anzahl der Bogen vom Belegleser zurückgewiesen wird und - was zeitaufwendiger wäre - neu angelegt werden müßte.

Um einen organisatorisch reibungsfreien Erhebungsablauf zu sichern, ist eine sogenannte Gebäudevorerhebung notwendig. Vom angenommenen Zählungstichtag 20. Mai 1981 zurückgehend, wird sie im Herbst 1980 anlaufen müssen. Ob diese Vorerhebung total oder nur partiell erfolgt, hängt wesentlich von der Siedlungsstruktur ab und liegt daher in der Entscheidung der einzelnen Länder. Für Rheinland-Pfalz ist derzeit, wie schon bei früheren Zählungen, nur an eine partielle Vorerhebung gedacht, weil die meisten rheinland-pfälzischen Gebäudeeigentümer auch in ihren Häusern wohnen und deshalb für den Zähler normalerweise am Zählungstichtag erreichbar sind. Anders liegt die Situation bei privatem Mehrfachhausbesitz, in Wochenend- und Ferienhausgebieten oder bei Gebäuden im Eigentum von Wohnungsunternehmen. Hier bleibt den betroffenen Gemeinden keine andere Wahl, wollen sie später nicht in Organisations- und Termschwierigkeiten geraten, als den oft nicht einmal am Ort wohnenden Eigentümern frühzeitig die erforderliche Anzahl von Grundstücks- und Gebäudebogen zur Ausfüllung zuzustellen. Das gilt namentlich für die großen Wohnungsunternehmen, die für Tausende von Gebäuden die geforderten Angaben machen müssen. Für die Gesamtorganisation der Zählung bedeutet dies, daß mit dem Druck der Grundstücks- und Gebäudebogen nicht länger als bis zum Frühjahr 1980 gewartet werden kann.

Wohnungs- und Haushaltsbogen

Der Wohnungs- und Haushaltsbogen, der die wohnungs- (eine Seite) und bevölkerungsstatistischen Fragen (zwei Seiten) enthält, wurde ebenfalls weitestgehend als Strichmarkierungsbeleg gestaltet, wobei der Haushaltsbogen im Gegensatz zur Volkszählung 1970 (Individualbogen für jede Person) für maximal fünf zum Haushalt gehörende Personen angelegt ist. Während der Wohnungsboen noch drei zu signierende Fragen enthält (Fläche der Wohnung, Zahl der Zimmer, Miete; dazu öffentliche Förderung aus dem Gebäudebogen), die vor der Eingabe in den Belegleser manuell in den Lesebereich zu übertragen sind, ist es gelungen, die erste Seite des Haushaltsbogens als reinen Lesebeleg zu entwickeln, so daß sie maschinell aufbereitet werden kann, bevor die unvermeidbaren Signierarbeiten auf der zweiten Seite (Klartextangaben zur Hauptfachrichtung, zum Lehrberuf, zum Geschäft-

zweig, zur ausgeübten Tätigkeit sowie Anschrift der Arbeitsstätte oder Schule) abgeschlossen sind.

Die ursprüngliche Absicht, wie bei früheren Zählungen für Anstalten, Heime und ähnliche Einrichtungen einen eigenen Anstaltsbogen in Listenform zu verwenden, wurde aufgegeben. Das in solchen Einrichtungen wohnende Personal mit seinen Angehörigen und die Insassen werden mit dem normalen Wohnungs- und Haushaltsbogen erfaßt, wobei diejenigen Personen, die keinen eigenen Haushalt führen - das sind im allgemeinen nur die Insassen - die Fragen im Wohnungsbogen nicht zu beantworten brauchen.

Arbeitsstättenbogen

Der vierseitige Arbeitsstättenbogen mit seiner Mehrzahl von Fragen, die Klartextantworten und Zahlenangaben verlangen, eignet sich nicht für das Strichmarkierungsverfahren. Er hat daher die herkömmliche Form eines Ablochbelegs behalten.

Erhebungsorganisation und Ordnungssystem

Erhebungsorganisation

Eine Großzählung steht und fällt mit der Erhebungsorganisation und dem Ordnungssystem für die verschiedenenartigen Erhebungspapiere. Der Aufbau der Erhebungsorganisation und das eigentliche Zählgeschäft werden, wie stets bisher, verantwortlich in den Händen der Gemeinden liegen. Das Statistische Landesamt kann in seiner Leitungsfunktion hierbei nur vorbereitende und unterstützende Hilfe geben. Im einzelnen ist es Aufgabe der Gemeinden, Zählungsdienststellen einzurichten, das Gemeindegebiet bzw. die verschiedenen Gemeindeteile in Zählbezirke aufzugegliedern, die erforderliche Anzahl von Zählern zu gewinnen, zu schulen und zur Geheimhaltung zu verpflichten, die Erhebungspapiere an die Zähler auszugeben, die Rückgabe der ausgefüllten Fragebogen zu überwachen und diese, auf Vollzähligkeit und vollständige Ausfüllung geprüft, zur Aufbereitung an das Statistische Landesamt weiterzuleiten. In Rheinland-Pfalz werden voraussichtlich, wie 1970 bewährt, nur die kreisfreien Städte sowie Verbandsgemeinden und kreisangehörigen Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern in direkter Verbindung mit dem Statistischen Landesamt stehen, während für die übrigen kreisangehörigen Gemeinden als Zwischenstation Kreiszählungsdienststellen bei den Landratsämtern eingerichtet werden.

Aufgabe der Zähler ist es - 1970 waren in Rheinland-Pfalz 40 000 im Einsatz - die von der Zählungsdienststelle erhaltenen Fragebogen anhand von Leitpapieren (Zählbezirksbeschreibung, Adressenliste) in ihrem Bezirk zu verteilen, hierbei die Vollständigkeit der Leitpapiere zu kontrollieren und sie gegebenenfalls zu ergänzen, beim Ausfüllen der Fragebogen zu helfen, diese wieder einzusammeln, zu prüfen und - vor Ablieferung bei der Zählungsdienststelle - die Ordnungsangaben der einzelnen Fragebogen in die Zählerliste zu übertragen.

Ordnungssystem

Letzteres ist eine der wichtigsten Aufgaben des Zählers, denn die Zählerliste ist das zentrale Papier

des Ordnungssystems. Eingedruckt bzw. von der Zählungsdienststelle schon vorgegeben sind im Kopf die Zählerlisten-Nummer und der achtstellige Gemeindeschlüssel, gegebenenfalls außerdem die Schlüssel für Gemeindeteil (dreistellig), Blockseite (vierstellig) und Straße (fünfstellig). Vom Zähler sind - in aufsteigender Folge der Hausnummern - die verschiedenen Ordnungsangaben aus den einzelnen Fragebogen in die einzelnen Zeilen der Zählerliste zu übertragen, beginnend mit der Nummer des Grundstücks- und Gebäudebogens über die laufenden Nummern des Gebäudes auf dem Grundstück, der Wohnung bzw. Arbeitsstätte im Gebäude und des Haushalts in der Wohnung bis zu der Nummer des Wohnungs- und Haushalts- bzw. des Arbeitsstättenbogens. Alle diese Eintragungen werden auf Magnetband erfaßt und gespeichert, so daß jederzeit die Zusammenführung der anonymisierten Angaben zu den Grundstücken, Gebäuden, Wohnungen, Haushalten, Personen und Arbeitsstätten gesichert ist.

Die gespeicherten Angaben der Zählerliste dienen primär dem Abgleich mit den eingelesenen Nummern der einzelnen Fragebogen (maschinelle Vollzähligkeitskontrolle). Bei diesem Arbeitsgang werden sogenannte unpaarige Fälle - Fragebogen ohne entsprechende Kennziffern in der Zählerliste oder umgekehrt in der Zählerliste festgestellte Bogennummern ohne dazugehörige Erhebungspapiere - maschinell herausgeschrieben und anschließend manuell geklärt. Darüber hinaus hat die Zählerliste die Funktion eines Leitpapiers, das die für alle zugehörigen Erhebungsbogen geltenden regionalen und kleinräumlichen Ordnungsangaben enthält. Gerade diesen Angaben kommt vor dem Hintergrund der abgeschlossenen territorialen Verwaltungsreform besondere Bedeutung zu, weil nur über sie vergleichbare Ergebnisse für ehemals selbständige Gemeinden bereitgestellt werden können, die zwischenzeitlich eingemeindet oder mit anderen Gemeinden zusammengelegt worden sind. Schließlich erleichtert die Zählerliste zu einem späteren Zeitpunkt das Ziehen von Flächenstichproben (Mikrozensus, Wohnungsstichproben).

Neue Formen der Ergebnisdarstellung

Seit der Volkszählung 1970 ist die Entwicklung und der Aufbau von Informationssystemen im Rahmen der automatischen Datenverarbeitung entscheidend weitergekommen. Die heute gegebene Möglichkeit, Daten in kleinräumlicher Aggregation zu speichern und gewissermaßen auf Knopfdruck für spezielle Auswertungen und in beliebiger regionaler, auch nichtadministrativer Verdichtung per Bildschirm oder Ausdruck dem Konsumenten zugänglich zu machen, hat die Zahlenfriedhöfe der herkömmlichen Archivtabellen überflüssig gemacht und den Umfang der nach wie vor zu veröffentlichten Grunddaten stark reduziert. So ist beispielsweise beabsichtigt, künftig auf die Herausgabe umfangreicher Bände mit Gemeindeergebnissen aus den Großzählungen in der bisherigen Form zu verzichten (die Gemeindestatistik von Rheinland-Pfalz 1970 umfaßte sechs Bände mit zusammen rund 1 700 Tabellenseiten, hinzu kam ein Band über die Pendlwanderung mit nochmals über 500 Seiten Gemeinde- und Kreisergebnissen). Abgesehen von dem Arbeits-

und Finanzaufwand für die Erstellung solcher Quellenbände hat sich gezeigt, daß sie die Informationen vielfach nicht in der benötigten räumlichen Verdichtung und gewünschten Merkmalskombination bringen, weil sie sonst noch umfangreicher würden. Die gleichen Daten können heute problembezogen und einfacher über das Landesinformationssystem (LIS) beim Statistischen Landesamt abgerufen werden. Um jedoch dem Konsumentenkreis, der keine direkte Zugriffsmöglichkeit zum LIS hat (Studenten, Schüler), zumindest mit den wichtigsten Grunddaten zu versorgen, wird eine Gemeindestatistik 1981 im Rahmen des gemeinsam mit den übrigen Ländern auszuarbeitenden Mindestveröffentlichungsprogramms herausgegeben werden.

Tabellenprogramm der Volks- und Berufszählung 1981

Anders als 1970 unterscheidet das Tabellenprogramm der Volks- und Berufszählung 1981 nicht mehr zwischen einem Kernprogramm (Veröffentlichungstabellen) und einem Ergänzungsprogramm (Archivtabellen), sondern faßt beide Teile zu einem sogenannten Standardprogramm zusammen. Dieses Standardprogramm ist infolge des Verzichts auf die Erfassung einer Reihe von Tatbeständen und auf die Tabellierung einiger Archivtabellen etwa um die Hälfte seines ursprünglich geplanten Umfangs geschrumpft. Damit wurde eine Auflage des Abteilungsleiterausschusses Statistik im Zusammenhang mit der Limitierung der Zählungskosten erfüllt. Unabhängig davon lehnt sich das Standardprogramm soweit wie möglich an die Tabellen der 70er Zählung an, um den Zeitvergleich zu sichern. Darüber hinaus ist die Möglichkeit zu Sondertabellierungen gegeben, wenn zu einem späteren Zeitpunkt Daten zur Lösung spezieller, heute noch nicht erkennbarer Probleme benötigt werden. Aufgeteilt ist das Standardprogramm in zwei große Tabellengruppen, das Regionalprogramm der Länder mit vergleichsweise nur wenigen Merkmalskombinationen einerseits und die sogenannten Sachgebietstabellen für Bund und Länder mit sehr weit aufgefächerten Kombinationsdarstellungen andererseits.

Gemeindeblatt

Das Regionalprogramm setzt sich zusammen aus dem sogenannten Gemeindeblatt, den Gemeindetabellen, den Kreistabellen und den Pendlerstabellen auf Gemeinde- und Kreisbasis. Es wird zu Länder- und Bundesergebnissen konzentriert und kann auch Ergebnisse für nichtadministrative Einheiten liefern. Das Gemeindeblatt, erstmals bei der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 („Bürgermeisterblatt“) und der Volkszählung 1970 erstellt, enthält rund 90 ausgewählte Strukturdaten über die Bevölkerung jeweils nur einer Gemeinde, für einen Teil der Daten bereits mit Prozentwerten. Es wird als erste Information über das Ergebnis der Zählung unmittelbar den einzelnen Gemeindeverwaltungen zur Verfügung gestellt, und zwar nach dem derzeitigen Zeitplan 18 Monate nach dem Erhebungsstichtag. Die Daten des Gemeindeblatts stellen zugleich das sogenannte Blockprogramm dar, das heißt sie können bis zur untersten innergemeindlichen Gliederungsstufe (Blockseite) aufbereitet werden.

Gemeindetabellen

Die Gemeindetabellen unterscheiden sich vom Gemeindeblatt zunächst einmal dadurch, daß sie Ergebnisse für nicht nur eine Gemeinde, sondern für alle Gemeinden enthalten (Gemeindenamen in der Vorspalte). Inhaltlich bieten sie mehr Merkmale und mehr Kombinationen als das Gemeindeblatt. Ein Auszug der Gemeindetabellen soll als Gemeindestatistik veröffentlicht werden.

Kreistabellen

Die Kreistabellen basieren im wesentlichen auf den schon in Gemeindeblatt und Gemeindetabellen enthaltenen bevölkerungs- und erwerbsstatistischen Merkmalen, jedoch stärker aufgegliedert und miteinander kombiniert. Drei zusätzliche Tabellen enthalten Angaben über die in Anstalten und Wohnheimen lebende Bevölkerung. Ein Auszug auch dieser Tabellen ist zur Veröffentlichung als Kreisstatistik vorgesehen.

Pendlertabellen

Die Pendlertabellen schließlich werden einen Überblick vermitteln sowohl über Zahl und soziale Struktur der Berufs- und Ausbildungspendler als auch über die Hauptrichtungen der Pendlerströme. Dabei werden neben den zwischengemeindlichen auch die Pendler über die Kreisgrenzen sowie für bestimmte Städte auch innergemeindliche Pendlerströme nachgewiesen.

Sachgebietstabellen

Die Konzentrationstabellen des Regionalprogramms für Länder und Bund werden ergänzt durch die sogenannten Sachgebietstabellen, die Daten in tiefer sachlicher Gliederung für folgende fünf bevölkerungsstatistische Themenkreise darbieten: Unterhaltsquellen und Religionszugehörigkeit; Beteiligung am Erwerbsleben sowie wirtschaftliche, berufliche und soziale Gliederung; Ausbildungsstand einschließlich praktischer Berufsausbildung; Pendelwanderung; Haushalte und Bevölkerung in Anstalten und Wohnheimen. Hinzu kommen als sechste Gruppe Tabellen für den internationalen Vergleich.

Tabellenprogramm der Gebäude- und Wohnungszählung

Dem Tabellenprogramm der Gebäude- und Wohnungszählung liegt die gleiche Konzeption zugrunde wie dem der Volks- und Berufszählung (Standardprogramm mit Regional- und Bund/Länder-Teil, Möglichkeit zu Sonderabellierungen). Das Regionalprogramm umfaßt wie dort Gemeindeblatt, Gemeindetabellen und Kreistabellen, ergänzt um eine Tabellengruppe mit Daten für die Fortschreibung des Gebäude- und Wohnungsbestandes. Das Gemeindeblatt mit rund 140 gebäude- und wohnungsstatistischen Grunddaten wird unmittelbar im Anschluß an das Gemeindeblatt der Volkszählung ausgedruckt und jeder Gemeinde zugeleitet. Vergleichszahlen der Zählung 1968 im Regionalprogramm werden nach dem Gebietsstand vom 7. November 1970 ausgewiesen, als die territoriale Verwaltungsreform weitgehend abgeschlossen war. Das Bund/Länder-Programm sieht neben den Konzentrationstabellen aus dem Regionalprogramm ebenfalls weitere sachlich tief gegliederte Tabellen vor, die auf Bundesebene in vollem Umfang, auf Länderebene auszugsweise veröffentlicht werden sollen. Sie sind unterteilt in die drei sachbezogenen Gruppen Städtebautabellen, Gebäude- und Wohnungstabellen, Haushaltstabellen.

Tabellenprogramm der Arbeitsstättenzählung

Beim Tabellenprogramm der Arbeitsstättenzählung kommt dem Regionalprogramm vom Umfang her nicht die gleiche Bedeutung zu wie in den beiden anderen Zählungsteilen. Immerhin werden aus dem Standardprogramm auch auf Gemeinde- und Kreisebene Angaben über Arbeitsstätten und Beschäftigte in bestimmter wirtschaftssystematischer Gliederung anfallen. Das Standardprogramm setzt sich zusammen aus drei Tabellengruppen mit Ergebnissen für die Arbeitsstätten insgesamt, für Ein- und Mehrbetriebsunternehmen zusammen sowie für Mehrbetriebsunternehmen allein. Über das Standardprogramm hinaus sind auch hier Sonderabellierungen für einen späteren Zeitpunkt vorgesehen, so für Zwecke der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und für Untersuchungen über die Konzentration in der gewerblichen Wirtschaft.

Diplom-Volkswirt F. Kuch

Industrie 1950 bis 1978

Mit dem Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe vom 6. November 1975 (BGBl. I S. 2779) wurde für die kurz-, mittel- und langfristigen Statistiken des produzierenden Gewerbes, das die Bereiche Energie- und Wasserversorgung, Bergbau und verarbeitendes Gewerbe sowie Baugewerbe umfaßt, eine einheitliche gesetzliche Grundlage geschaffen. Damit bot sich die Gelegenheit, die einzelnen Statistiken so aufeinander abzustimmen, daß ein in sich konsistentes Erhebungs- und Aufbereitungssystem entstand. Als wesentliche Neuerungen gegenüber dem alten Berichtssystem

sind die Neuabgrenzung des Berichtskreises sowie die Einführung einer neuen Systematik im produzierenden Gewerbe zu nennen. Stellte der alte Berichtskreis auf den funktionellen Bereich Industrie ab, der mit dem industriellen Betrieb bzw. Betriebsteil identisch ist, so bildet nunmehr die Gesamtheit der Unternehmen mit wirtschaftlichem Schwerpunkt im produzierenden Gewerbe den Berichtskreis (institutionelle Abgrenzung). In den Betriebsergebnissen sind daher auch die nicht-industriellen Betriebsteile enthalten, andererseits also auch die industriellen Betriebe nichtindustrieller Un-

Jahr	Be-triebe 1)	Beschäftigte 1)			Ge-leistete Ar-bei-ter- stunden	Lohn- und Gehaltssumme		Lohn- summe je Ar- beite- runde	Umsatz 2)			Aus- lands- umsatz	Ex- port- quote
		ins- gesamt	Ar- beiter	Ange- stellte		ins- gesamt	Anteil am Umsatz		ins- gesamt	je ge- leisteter Ar- beite- runde	je Be- schäf- tigten		
		Anzahl	1 000	%	Mill.	Mill.DM	%	DM	Mrd.DM	DM	1 000 DM	Mrd.DM	%
1950	2 391	218	183	16,1	418	661	18,3	1,19	3,6	8,64	17	0,4	10,7
1951	2 741	247	208	16,0	467	872	17,5	1,42	5,0	10,67	20	0,6	12,9
1952	2 739	256	214	16,5	481	956	18,2	1,50	5,3	10,91	21	0,6	11,3
1953	2 855	267	222	16,8	498	1 052	18,2	1,57	5,8	11,58	22	0,7	12,4
1954	2 925	281	233	17,0	526	1 148	17,7	1,62	6,5	12,34	23	0,9	13,5
1955	2 986	306	254	16,9	577	1 326	17,4	1,71	7,6	13,17	25	1,1	14,3
1956	3 093	328	272	17,3	603	1 526	18,3	1,88	8,3	13,82	25	1,2	14,4
1957	3 046	338	278	17,7	589	1 647	17,8	2,06	9,3	15,72	27	1,5	15,8
1958	2 933	336	274	18,4	563	1 730	18,3	2,22	9,5	16,81	28	1,5	15,9
1959	2 892	340	275	19,0	572	1 873	18,3	2,36	10,2	17,90	30	1,6	16,0
1960	2 902	355	286	19,2	589	2 172	18,9	2,64	11,5	19,46	32	1,8	16,0
1961	3 036	366	294	19,9	591	2 485	20,5	2,99	12,1	20,55	33	1,9	15,3
1962	3 101	368	292	20,7	575	2 736	21,2	3,36	12,9	22,44	35	2,0	15,3
1963	3 222	364	285	21,7	554	2 920	20,9	3,67	14,0	25,17	38	2,2	16,0
1964	3 213	368	287	22,1	561	3 314	21,3	4,10	15,5	27,70	42	2,6	16,4
1965	3 229	379	294	22,4	571	3 635	21,4	4,40	16,9	29,66	45	2,8	16,3
1966	3 148	384	296	23,0	566	3 950	21,5	4,76	18,4	32,50	48	3,4	18,2
1967	3 106	364	274	24,6	517	3 866	19,7	4,92	19,7	38,05	54	4,1	20,7
1968	3 022	368	278	24,5	531	4 201	19,7	5,23	21,3	40,07	58	4,9	23,0
1969	2 995	388	294	24,3	563	4 860	19,8	5,73	24,5	43,51	63	5,5	22,3
1970	3 005	407	306	24,7	581	5 895	21,1	6,79	28,0	48,19	69	6,0	21,6
1971	3 059	408	304	25,4	564	6 496	21,1	7,60	30,8	54,60	75	6,4	20,9
1972	3 059	404	298	26,2	547	7 089	21,0	8,43	33,8	61,77	84	7,6	22,6
1973	2 997	407	299	26,6	548	8 033	21,4	9,50	37,5	68,42	92	9,1	24,2
1974	2 909	398	289	27,5	514	8 797	20,2	10,87	43,6	84,82	109	12,8	29,4
1975	2 780	374	267	28,6	464	8 907	20,9	11,84	42,7	92,08	114	12,2	28,6
1976	2 649	365	262	28,3	470	9 502	19,9	12,54	47,7	101,46	131	13,7	28,7
1977	2 706	364	262	28,1	468	10 237	20,5	13,54	49,8	106,51	137	14,5	29,0
1978	2 684	362	260	28,2	460	10 788	21,3	14,43	50,7	110,31	140	14,2	28,0

1) Monatsschnitt. - 2) Ab 1968 ohne Mehrwertsteuer.

ternehmen weiterhin einbezogen. Zudem wird die Berichterstattung entsprechend internationaler Gepflogenheiten auf das produzierende Handwerk ausgedehnt.

Da die Umstellung auf das neue Berichtssystem stufenweise über mehrere Jahre erfolgte, wurde in Rheinland-Pfalz zum Zwecke der Wahrung der Kontinuität der Ergebnisse der alte Berichtskreis bis Ende des Jahres 1978 fortgeführt. So besteht für 1978 letztmalig die Möglichkeit, Ergebnisse des Funktionsbereichs Industrie darzustellen und zu analysieren.

Weitere Erhöhung der Arbeitsproduktivität

Aufgrund der seit Jahresende 1978 verstärkten Auftriebstendenzen in der rheinland-pfälzischen Wirtschaft ist im vergangenen Jahre insgesamt wieder eine geringe Produktionssteigerung der Industrie gegenüber dem Vorjahr um 1,1% festzustellen. Diese positive Entwicklung des industriellen Outputs war trotz des Rückgangs der Zahl der erfaßten Industriebetriebe mit zehn und mehr Beschäftigten um 22 auf 2 684 und der Zahl der Beschäftigten um 0,6% auf 363 000 im Jahresdurchschnitt möglich. Auch die Arbeitsleistung, gemessen an der Zahl der geleisteten Arbeiterstunden, reduzierte sich in dieser Zeit um 1,8%. Aus diesem Vergleich wird eine weitere Erhöhung der Arbeitsproduktivität sichtbar, zu der die Unternehmen bei einer Versteuerung des Produktionsfaktors Arbeit in der Zeit einer relativ schwachen wirtschaftlichen Entwicklung gezwungen sind. Die ausgezahlte Lohn- und Gehalts-

summe erhöhte sich nämlich gleichzeitig um 5,4% auf 10,8 Mrd. DM (Vorjahr + 7,7%). Der Anstieg der von den Industriebetrieben erzielten Umsätze lag mit + 1,7% noch deutlich unter der ohnehin schon relativ niedrigen Rate des Jahres 1977 (+ 4,5%), was jedoch zu einem großen Teil mit einer beträchtlichen Verringerung des Preisanstiegs zu erklären ist. Zogen die Erzeugerpreise industrieller Produkte im Bundesgebiet 1977 noch um 2,6% an, so lag die Rate 1978 nur noch bei 1,2%.

Betriebe durchschnittlich eineinhalb mal so groß wie 1950

Das Ausmaß der kurzfristigen Veränderung der wirtschaftlichen Daten gegenüber dem Vorjahr ist überwiegend von der jeweiligen Konjunkturlage abhängig. Der eigentliche Trend der wirtschaftlichen Entwicklung wird dagegen erst bei einer langfristigen Betrachtung sichtbar. Da durch die oben beschriebenen methodischen Veränderungen ein Bruch entstanden ist, der durch Verknüpfung der neuen mit der alten Reihe nur teilweise überbrückt werden kann, soll in der folgenden Darstellung der langfristigen Betrachtungsweise der Vorzug gegeben werden.

Mit dem Ende der Aufbauphase der Nachkriegszeit, die durch ein außerordentlich starkes Wachstum der Industrie geprägt war, setzte etwa ab Mitte der 60er Jahre bedingt durch die wachsende Konkurrenz ein Rückgang in der Zahl der Industriebetriebe ein. Hat sich die Zahl der Betriebe mit zehn und mehr Be-

Industriezweig	1950	1955	1960	1965	1966	1967	1968	1969
	Monatsdurch-							
<u>Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien</u>	13	26	40	63	68	73	82	92
Mineralölverarbeitung
Industrie der Steine und Erden	31	54	60	77	80	73	80	90
Natursteinindustrie	.	.	44	71	74	74	79	90
Sand- und Kiesindustrie	.	.	56	77	77	69	83	93
Gewinnung und Aufbereitung von Rohton, Farberden, Schiefer und sonstigen Mineralien	.	.	89	93	86	79	85	93
Zementindustrie	.	.	47	75	84	82	82	86
Kalkindustrie	.	.	68	84	86	89	95	91
Ziegelindustrie	.	.	182	146	135	118	105	100
Herstellung von feuerfesten grob-keramischen Erzeugnissen	.	.	75	84	73	68	78	87
Betonsteinindustrie	.	.	29	64	69	67	79	94
Bims- und Bimssteinindustrie	.	.	131	123	119	101	99	96
Sonstige Industrien der Steine und Erden	.	.	.	50	60	53	65	84
Eisenschaffende Industrie; NE-Metall-industrie	27	39	54	63	67	69	79	93
Gießereiindustrie	39	79	80	82	74	63	75	89
Ziehereien und Kaltwalzwerke	21	32	45	58	65	69	92	101
Chemische Industrie (einschl. Kohlenwertstoffindustrie)	7	18	33	59	66	73	83	93
Sägewerke und Holz bearbeitende Industrie	46	58	78	95	97	92	90	98
Säge-, Hobel- und Furnierwerke; Holzimprägnieranstalten	.	.	86	97	100	94	93	99
Sperrholz-, Holzfaser- und Holzspan-plattenwerke	.	.	57	87	85	85	82	93
Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe erzeugende Industrie	31	49	64	80	80	84	93	101
Gummi und Asbest verarbeitende Industrie	10	18	20	35	35	44	64	86
<u>Investitionsgüterindustrien</u>	12	21	31	46	55	64	72	88
Stahl- und Leichtmetallbau	38	71	75	85	84	78	81	96
Maschinenbau; Büromaschinen und Daten-verarbeitung	19	32	39	47	64	79	79	92
Straßenfahrzeugbau	1	3	6	19	32	48	65	84
Elektrotechnische Industrie	8	20	36	57	57	52	61	82
Feinmechanische und optische Industrie	52	75	79	84	88	90	91	98
Stahlverformung	.	.	24	49	48	44	61	85
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie	.	.	36	61	63	60	72	87
Werkzeugindustrie
Stahlblechwarenindustrie	.	.	33	64	65	60	69	84
NE-Metallblechwarenindustrie
Feinblechpackungsindustrie	.	.	50	60	65	68	83	91
Schlöß- und Beschlagindustrie
Metallwaren- und Metallkurzwarenindustrie	.	.	34	60	62	63	75	89
<u>Verbrauchsgüterindustrien</u>	20	33	54	76	78	76	86	98
Feinkeramische Industrie	34	67	82	91	85	82	88	99
Glasindustrie	10	18	34	66	69	70	80	97
Holz verarbeitende Industrie	15	24	54	67	79	73	82	91
Schmuckwaren- und Edelsteinindustrie	.	.	63	73	76	81	86	101
Schmuckwarenindustrie	.	.	69	75	75	82	88	102
Edelsteinindustrie	.	.	59	71	77	81	84	101
Papier und Pappe verarbeitende Industrie	16	30	47	68	68	70	78	90
Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie	28	39	55	71	74	77	86	96
Kunststoff verarbeitende Industrie	1	7	28	61	68	72	84	97
Leder erzeugende Industrie	102	136	101	95	83	80	93	125
Leder verarbeitende Industrie	23	49	63	92	87	83	89	99
Schuhindustrie	38	54	85	106	101	91	102	108
Textilindustrie	29	45	50	61	67	68	82	109
Bekleidungsindustrie	11	30	49	77	80	67	78	85
<u>Nahrungs- und Genußmittelindustrien</u>	19	36	50	79	82	84	90	95
Ernährungsindustrie	15	29	46	77	81	84	90	95
Obst und Gemüse verarbeitende Industrie	.	.	48	58	63	62	73	83
Molkereien und Milch verarbeitende Industrie	.	.	95	96	98	104	109	103
Brauereien und Mälzereien	.	.	64	84	90	91	92	98
Spirituosenindustrie	.	.	53	87	67	77	89	94
Wein verarbeitende Industrie	.	.	30	100	94	87	88	96
Mineralwasser- und Limonadenindustrie	.	.	41	64	74	80	82	92
Tabak verarbeitende Industrie	85	174	116	125	105	75	88	90
Industrie insgesamt	14	27	41	62	68	72	81	93

1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	Industriezweig
schnitt 1970 = 100								
106	118	127	126	113	126	123	125	Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien
114	136	163	180	180	183	165	174	Mineralölverarbeitung
105	114	112	100	93	100	95	97	Industrie der Steine und Erden
105	122	115	106	105	93	102	99	Natursteinindustrie
95	93	80	73	65	71	70	82	Sand- und Kiesindustrie
								Gewinnung und Aufbereitung von Rohton, Farberden, Schiefer und sonstigen Mineralien
95	94	108	110	95	123	131	133	Zementindustrie
106	114	105	85	81	85	79	79	Kalkindustrie
91	92	121	123	117	129	122	120	Ziegelindustrie
115	119	110	94	97	102	110	124	Herstellung von feuerfesten grob-keramischen Erzeugnissen
90	93	92	97	79	75	67	68	Betonsteinindustrie
123	138	149	137	132	145	143	133	Bims- und Bimssteinindustrie
109	116	102	69	62	65	59	66	Sonstige Industrien der Steine und Erden
117	132	139	125	121	152	130	134	Eisenschaffende Industrie; NE-Metallindustrie
103	105	117	131	110	129	129	133	Gießereiindustrie
91	83	94	90	86	96	94	90	Ziehereien und Kaltwalzwerke
102	109	104	70	87	93	82	88	Chemische Industrie
107	121	131	129	113	129	126	129	(einschl. Kohlenwertstoffindustrie)
105	102	112	113	110	122	128	128	Sägewerke und Holz bearbeitende Industrie
102	100	106	104	92	101	109	109	Säge-, Hobel- und Furnierwerke; Holzimprägnieranstan
112	107	124	131	148	165	168	166	Sperrholz-, Holzfaser- und Holzspanplattenwerke
100	109	124	125	109	126	122	124	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe erzeugende Industrie
108	140	156	155	136	154	157	153	Gummi und Asbest verarbeitende Industrie
102	109	120	121	120	126	131	130	Investitionsgüterindustrien
118	122	119	113	120	125	132	115	Stahl- und Leichtmetallbau
								Maschinenbau; Büromaschinen und Datenverarbeitung
102	108	115	124	115	122	135	139	Straßenfahrzeugbau
91	91	108	102	130	134	139	136	Elektrotechnische Industrie
105	121	145	153	135	132	132	130	Feinmechanische und optische Industrie
92	92	116	115	93	105	104	79	Stahlverformung
91	94	109	117	118	126	126	117	Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie
102	106	113	105	108	129	123	122	Werkzeugindustrie
104	110	119	114	116	149	144	145	Stahlblechwarenindustrie
105	104	108	102	103	126	116	117	NE-Metallblechwarenindustrie
90	98	97	102	103	103	110	100	Feinblechpackungsindustrie
100	103	106	107	109	128	123	110	Schloß- und Beschlagindustrie
105	110	132	120	147	190	197	213	Metallwaren- und Metallkurzwarenindustrie
101	107	112	104	98	108	103	97	
106	114	120	111	106	116	116	117	Verbrauchsgüterindustrien
101	102	108	114	103	113	116	112	Feinkeramische Industrie
114	130	151	162	131	158	164	168	Glasindustrie
113	128	145	110	114	119	111	103	Holz verarbeitende Industrie
92	92	89	78	73	70	71	61	Schmuckwaren- und Edelsteinindustrie
96	93	90	83	83	79	84	77	Schmuckwarenindustrie
90	91	87	74	65	64	61	50	Edelsteinindustrie
112	114	118	127	122	135	149	156	Papier und Pappe verarbeitende Industrie
102	115	118	115	109	114	124	136	Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie
116	135	162	151	132	148	159	170	Kunststoff verarbeitende Industrie
64	38	25	20	21	38	45	47	Leder erzeugende Industrie
103	107	94	92	89	99	95	88	Leder verarbeitende Industrie
97	92	80	72	68	68	65	63	Schuhindustrie
108	120	128	112	144	168	159	154	Textilindustrie
101	114	107	96	87	81	74	67	Bekleidungsindustrie
110	109	120	125	124	139	132	139	Nahrungs- und Genussmittelindustrien
111	111	122	119	119	131	118	126	Ernährungsindustrie
123	167	205	140	117	133	114	103	Obst und Gemüse verarbeitende Industrie
								Molkerei und Milch verarbeitende Industrie
99	107	111	114	117	121	117	125	
103	103	108	108	113	114	110		Brauereien und Mälzereien
124	92	109	125	120	136	89	106	Spirituosenindustrie
102	130	134	123	140	154	171	195	Wein verarbeitende Industrie
114	119	138	136	147	159	148	152	Mineralwasser- und Limonadenindustrie
110	97	106	156	151	191	222	217	Tabak verarbeitende Industrie
106	114	123	122	114	125	124	126	Industrie insgesamt

beschäftigten von 1950 bis 1965 um rund 800 auf 3 229 erhöht (+ 35%), so verringerte sie sich zwischen 1965 und 1978 wieder um 545 auf 2 684 (– 17%). Während in den 50er Jahren neben der Zunahme der Betriebszahl auch ein Wachstum der Betriebsgröße von durchschnittlich 91 Beschäftigten im Jahre 1950 auf 122 Beschäftigte pro Betrieb im Jahre 1960 zu beobachten war, setzte in den Jahren 1965 bis 1970 ein verstärkter Konzentrationsprozeß ein. Bei einem Rückgang der Betriebszahl um 6,9% erhöhte sich die durchschnittliche Betriebsgröße in dieser Zeit von 117 auf 135 Beschäftigte. Diese Zahl blieb in den folgenden Jahren weitgehend konstant.

Während die Zahl der in der rheinland-pfälzischen Industrie geleisteten Arbeiterstunden von 1950 bis 1978 nur um 10% auf 460 Mill. im Jahr zunahm, erhöhte sich die Summe der ausgezahlten Löhne und Gehälter in dieser Zeit auf das 16fache. Kostete 1950 die Arbeiterstunde den Unternehmer noch 1,19 DM, so belief sich dieser Betrag im Jahre 1978, allein bezogen auf die Lohn- und Gehaltssumme, auf 14,43 DM.

Zunehmende Auslandsverflechtung

Einen nahezu gleich starken Anstieg wie die Lohn- und Gehaltssumme verzeichnete im Berichtszeitraum der Gesamtumsatz der Industrie, der sich in den 28 Jahren auf das 14fache des im Jahre 1950 erzielten Wertes erhöhte. Setzten die Industriebetriebe mit zehn

und mehr Beschäftigten 1950 insgesamt 3,6 Mrd. DM um, so belief sich der Gesamtumsatz im vergangenen Jahr auf 50,7 Mrd. DM.

Zu dem starken Wachstum trug die zunehmende Verflechtung der rheinland-pfälzischen Wirtschaft mit dem Ausland bei. Belief sich der Auslandsumsatz 1950 noch auf nur 400 Mill. DM, so konnte er in den folgenden 28 Jahren um das 35fache auf 14,2 Mrd. DM gesteigert werden, was einer Exportquote von 28% entspricht (1950: 11%). Wegen der geographischen Lage im Zentrum Europas setzte die verstärkte Verlagerung der Aktivitäten der rheinland-pfälzischen Wirtschaft vom Inlands- auf den Auslandsmarkt in der Zeit ein, als sich die Vorteile der neugegründeten Wirtschaftsgemeinschaft auszuwirken begannen. So erfuhr der Export zwischen 1965 und 1970 mehr als eine Verdoppelung. Die Exportquote erhöhte sich in dieser Zeit um 5,3 Punkte auf 21,6%. In den folgenden Jahren stieg sie nahezu ständig an und erreichte 1974 mit 29,4% ihren vorläufigen Höhepunkt. Die Ausfuhr in die Länder der Europäischen Gemeinschaft erhöhte sich zwischen 1965 und 1978 daher auch besonders stark, und zwar um 434% auf 7,3 Mrd. DM. Das sind 45% der gesamten rheinland-pfälzischen Ausfuhr.

Vom Beginn der 70er Jahre an trat ein neuer Faktor hinzu, der die Entwicklung der Umsätze stark beeinflußte. In dieser Zeit nahmen die Preissteigerungen für Industriegüter auf den in- und ausländischen

1) Umsätze der Industriehauptgruppen und ausgewählter Industriezweige 1950 – 1978
(Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten, ohne Energiewirtschaft und Bauhauptgewerbe)

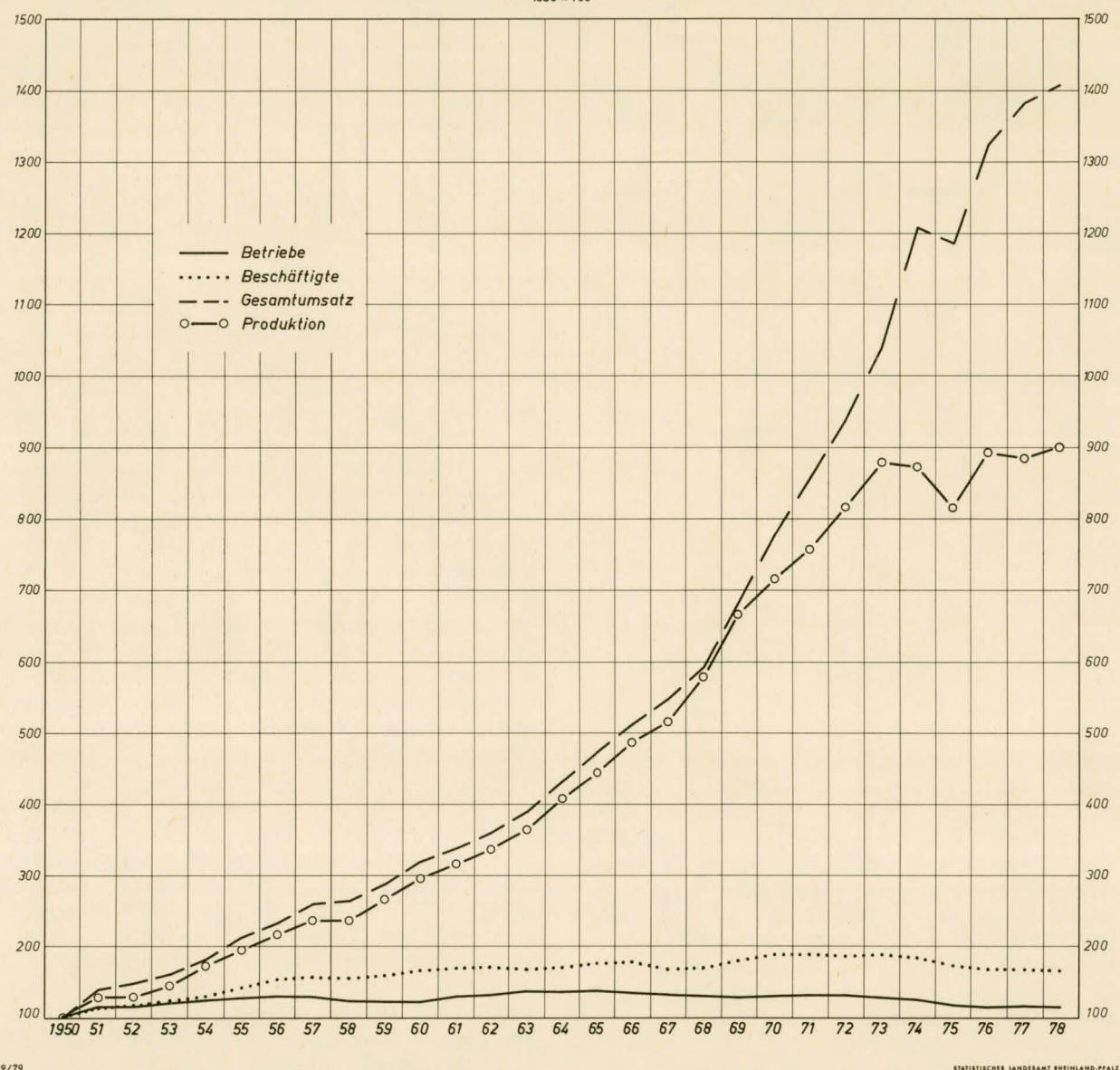
Industriezweig	1950	1955	1960	1965	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978
	Mill. DM												
<u>Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien</u>	1 550	3 644	5 471	7 665	11 118	11 927	13 036	15 125	19 247	17 293	19 800	19 557	19 996
Industrie der Steine und Erden	254	600	777	1 200	1 514	1 728	1 952	1 989	1 989	1 840	1 970	1 896	2 045
Eisenschaffende Industrie; NE-Metallindustrie	217	533	661	781	1 090	1 088	1 108	1 344	1 851	1 506	1 819	2 047	2 111
Chemische Industrie einschl. Mineralölverarbeitung	740	1 762	3 170	4 495	6 907	7 398	8 150	9 589	12 959	11 530	13 368	12 942	13 168
<u>Investitionsgüterindustrien</u>	458	953	1 781	2 936	8 015	8 981	10 004	10 583	11 935	13 044	14 207	16 208	15 991
Maschinenbau	266	513	814	1 214	2 940	3 241	3 978	3 775	4 343	3 893	4 426	5 810	5 548
Straßenfahrzeugbau	12	18	117	288	2 639	2 952	3 020	3 396	4 008	5 519	5 703	6 094	6 207
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie	95	156	372	715	1 187	1 277	1 345	1 529	1 551	1 667	1 993	2 056	2 083
<u>Verbrauchsgüterindustrien</u>	865	1 640	2 482	3 850	5 563	6 131	6 831	7 294	7 623	7 403	8 226	8 739	9 156
Holz verarbeitende Industrie	96	167	275	435	708	898	1 156	1 284	1 155	1 089	1 238	1 334	1 383
Kunststoff verarbeitende Industrie	3	77	215	459	663	794	988	1 154	1 302	1 172	1 353	1 480	1 577
Schuhindustrie	326	464	662	980	1 233	1 250	1 248	1 175	1 167	1 227	1 352	1 431	1 453
<u>Nahrungs- und Genußmittelindustrien</u>	699	1 300	1 651	2 479	3 269	3 722	3 893	4 488	4 731	4 915	5 459	5 316	5 540
Ernährungsindustrie	503	921	1 380	2 199	3 092	3 539	3 718	4 323	4 548	4 716	5 197	5 033	5 250
Industrie insgesamt	13 608	7 600	11 469	16 947	27 977	30 775	33 776	37 503	43 561	42 680	47 719	49 845	50 704

1) Ab 1968 ohne Umsatzsteuer.

Betriebe, Beschäftigte, Umsatz und Produktion der Industrie 1950-1978

(Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten)

1950 = 100

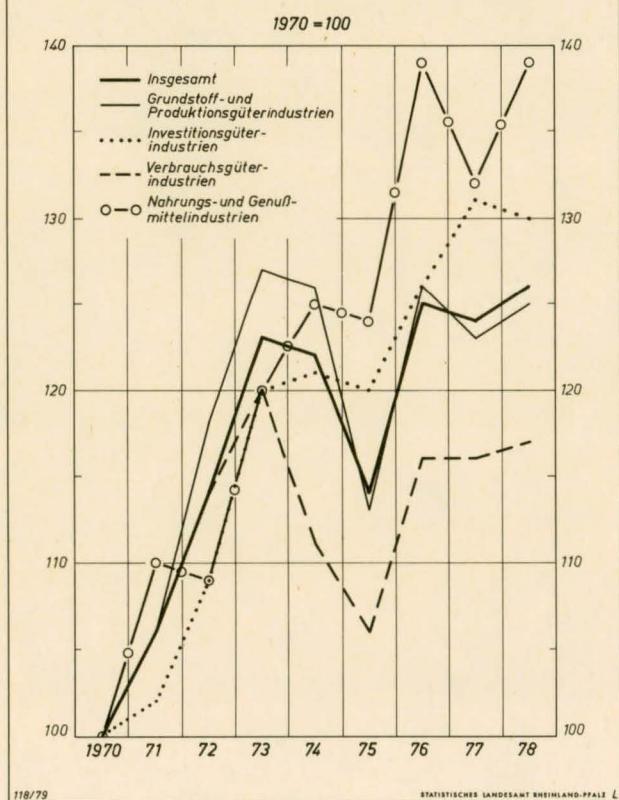


Märkten Ausmaße an, die weit über die erreichten Qualitätsverbesserungen hinausgingen. Dies wird bei einer Gegenüberstellung der Entwicklung der Umsätze und der industriellen Nettoproduktion besonders deutlich. Bei der letzteren handelt es sich um den von Preisschwankungen bereinigten Output der Industriebetriebe. Ist von 1950 bis 1970 zwischen beiden Entwicklungsreihen eine weitgehende Parallelität zu beobachten, so bleibt ab 1971 das Wachstum des Index der industriellen Nettoproduktion deutlich hinter demjenigen des Umsatzes zurück. Die stärkste Diskrepanz ergab sich zwischen 1973 und 1974 mit einem Umsatzanstieg von 16% bei einer Schrumpfung der Nettoproduktion um 1,5%. Die Erzeugerpreise industrieller Produkte zogen in diesem Zeitraum um 13% an.

Einen Eindruck von dem Ausmaß der Umsatzexpansion vermittelt auch die Entwicklung der zehn im Jahre 1978 umsatzstärksten Industriezweige, die zusammen

vier Fünftel des Umsatzes der rheinland-pfälzischen Industrie erzielten. Auf sie entfielen allein 82% der zwischen 1950 und 1978 für die gesamte Industrie ermittelten Umsatzausweitung von 47,1 Mrd. DM. Daran hatte mit einem Zuwachs von 12,4 Mrd. DM die chemische Industrie einschließlich Mineralölverarbeitung, bei der es sich sowohl 1950 als auch 1978 mit 21 bzw. 26% des Gesamtumsatzes um den bedeutendsten rheinland-pfälzischen Industriezweig handelte, den weitaus größten Anteil. Danach folgen der Straßenfahrzeugbau (6,2 Mrd. DM), der Maschinenbau einschließlich Datenverarbeitung (5,3 Mrd. DM) und die Ernährungsindustrie (4,7 Mrd. DM). Die relativ größte Expansion konnte die Kunststoff verarbeitende Industrie verbuchen, die 1950 nur 3 Mill. DM umsetzte gegenüber 1,6 Mrd. DM im Jahre 1978. Eine ähnliche Entwicklung zeigte der Straßenfahrzeugbau, der ebenso wie die Kunststoffindustrie erst in der Nachkriegs-

Entwicklung der industriellen Produktion in den Industriehauptgruppen 1970-1978



zeit stark an Bedeutung gewann. Hier belief sich der Umsatz auf das 527fache des 1950er Wertes. Überdurchschnittlich hohe Wachstumsraten erzielten außerdem noch die Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie (22fache), der Maschinenbau einschließlich Datenverarbeitung (21fache) sowie die chemische Industrie und Mineralölverarbeitung (18fache). Die geringste Ausweitung unter den zehn stärksten Branchen, und zwar das vierfache, wurde für die Schuhindustrie ermittelt, die 1950 noch mit einem Umsatzanteil von 9% nach der Chemie und der Ernährungsindustrie an dritter Stelle gestanden hatte.

Ab 1971 Produktionssteigerung wesentlich geringer als Umsatzwachstum

Da die Umsatzentwicklung von den Veränderungen der nationalen und internationalen Preise beeinflußt

wird, soll hier der Verlauf der Produktion - gemessen am Index für die industrielle Nettoproduktion - näher betrachtet werden. Die Entwicklung beider Reihen wies in den Jahren 1950 bis 1970 nur geringfügige Abweichungen auf. Insofern konzentriert sich die folgende Untersuchung auf die Jahre 1970 bis 1978. Stiegen in diesem Zeitraum die Umsätze um 81% an, so konnte der mengenmäßige Output nur um 26% erhöht werden. Diese Expansion vollzog sich jedoch mit relativ starken Schwankungen. Während die Ausweitung im wesentlichen bereits bis 1973 (+ 23%) erzielt werden konnte, folgte 1974/75 eine Phase mit schrumpfenden Produktionsmengen, die 1975 mit einem Rückgang um 6,1% ihren Höhepunkt erreichte. Im Jahre 1976 wurde diese Entwicklung mit einem Wachstum des industriellen Outputs um 9,8% wieder mehr als kompensiert, mündete 1977 und 1978 jedoch wieder in eine Stagnationsphase ein.

Unter den Industriehauptgruppen wiesen in den letzten acht Jahren die Nahrungs- und Genußmittelindustrien mit + 39% die größte Produktionssteigerung auf. Dieser Bereich erlebte von 1970 bis 1976 eine nahezu ununterbrochene Expansion. Die Produktionseinbuße von 5% im Jahre 1977 konnte im vergangenen Jahr wieder ausgeglichen werden. An zweiter Stelle sind die Investitionsgüterindustrien zu nennen, deren Output sich zwischen 1970 und 1978 um 30% erhöhte. Hierzu trugen die nach der chemischen Industrie bedeutendsten Industriezweige des Landes, der Straßenfahrzeugbau und der Maschinenbau einschließlich Datenverarbeitung, wesentlich bei. Diese Industriezweige weiteten in den letzten acht Jahren ihr Produktionsvolumen um 36 bzw. 39% aus. Als von der Konjunkturlage wesentlich abhängiger erwiesen sich die Hauptgruppen Grundstoff- und Produktionsgüter- sowie Verbrauchsgüterindustrien. Beide Bereiche erlebten in den Jahren 1974 und 1975 starke Produktionsrückgänge. Während der Grundstoff- und Produktionsgüterbereich, dessen Produktionsentwicklung vor allem von der chemischen Industrie bestimmt wird, im Jahre 1975 mit - 10% (chemische Industrie - 12%) die größte Einbuße hinnehmen mußte, verzeichnete der Verbrauchsgüterbereich bereits 1974 mit - 7,2% seinen größten Rückgang, der sich 1975 mit - 4,1% in abgeschwächter Form weiter fortsetzte. Zu dieser Entwicklung trug die Situation in der Schuhindustrie, die seit 1970 eine ständig abnehmende Produktionstätigkeit erlebte, maßgeblich bei.

Diplom-Volkswirt H.-H. Meincke

Jahresverdienste 1978

Die Durchführung der Bruttojahresverdiensterhebung, welche die laufenden und einmaligen Zahlungen (namentlich Urlaubsgeld und Weihnachtsgratifikationen) in einer Summe erfaßt, erfolgt nach der gleichen Stichprobenmethode und mit dem gleichen Berichtsfirmenkreis wie die vierteljährliche Lohnstatistik. Die Jahresverdienste werden repräsentativ in Form einer geschichteten Stichprobe bei 1 780 rheinland-pfälzischen Betrieben erhoben. Damit ist etwa jeder

siebente Betrieb in die Erhebung einbezogen; unberücksichtigt bleiben alle Betriebe mit weniger als zehn Beschäftigten (im Hoch- und Tiefbau sowie im Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe mit weniger als fünf Beschäftigten). Erfaßt sind die Jahresverdienste solcher Personen, die das ganze Jahr über als Vollbeschäftigte im gleichen Betrieb tätig waren. Zur Vereinfachung des Erhebungsverfahrens wurde auf die Trennung des Jahresverdienstes in laufende und einmalige

Bruttojahresverdienste der Arbeiter nach Wirtschaftsbereichen 1976 – 1978

Wirtschaftsbereich	1976			1977			1978		
	ins- gesamt	männ- lich	weib- lich	ins- gesamt	männ- lich	weib- lich	ins- gesamt	männ- lich	weib- lich
	DM								
Energiewirtschaft und Wasserversorgung	30 498	30 862	20 978	32 969	33 369	22 619	34 578	35 035	23 657
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	28 226	29 022	21 209	29 833	30 624	22 589	31 520	32 351	23 722
Investitionsgüterindustrien	24 532	25 945	18 025	26 483	28 039	19 550	27 699	29 329	20 779
Verbrauchsgüterindustrien	20 441	23 975	15 556	21 951	25 792	16 463	23 396	27 300	17 793
Nahrungs- und Genußmittelindustrien	23 559	25 821	16 229	25 076	27 296	17 533	26 303	28 820	18 178
Bauindustrie (nur Hoch- und Tiefbau)	22 113	22 113	–	23 294	23 294	–	24 610	24 610	–
Industrie einschl. Hoch- und Tiefbau	24 319	26 021	17 105	25 975	27 755	18 301	27 379	29 217	19 544
ohne Hoch- und Tiefbau	24 661	26 798	17 105	26 392	28 641	18 301	27 814	30 144	19 544

Zahlungen, auf die Gliederung nach Leistungsgruppen und bei Angestellten auf den Nachweis nach Beschäftigungsarten verzichtet.

Bruttojahresverdienste der Arbeiter stiegen um 5,4%

Der durchschnittliche Bruttojahresverdienst aller Arbeiter in der rheinland-pfälzischen Industrie einschließlich Energiewirtschaft, Wasserversorgung sowie Hoch- und Tiefbau ist 1978 um 5,4% auf 27 400 DM gestiegen.

Kennzeichnend für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Rheinland-Pfalz im vergangenen Jahr war ein allmähliches Stabilisieren der konjunkturellen Auftriebskräfte. Nach vorläufigen Ergebnissen bezifferte sich 1978 die nominale Zuwachsrate des rheinland-pfälzischen Bruttoinlandsprodukts auf 5,9%. Die sich nach Ausschaltung der Preiseinflüsse ergebende reale Zuwachsrate betrug 2%. Am meisten wurde in der Energiewirtschaft und Wasserversorgung verdient (34 600 DM), denn dieser Wirtschaftsbereich ist durch einen besonders hohen Anteil männlicher Arbeiter gekennzeichnet, von denen der größte Teil als Facharbeiter eingestuft ist. Die niedrigsten Arbeitseinkommen wurden in der Verbrauchsgüterindustrie ermittelt (23 400 DM). Obwohl hier die Steigerungsraten in den letzten drei Jahren überdurchschnittlich hoch ausfielen, vergrößerte sich infolge der niedrigen Ausgangsbasis der Abstand zu den durchschnittlichen Jahresverdiensten in der Energiewirtschaft und Wasserversorgung. Erstmals seit vielen Jahren blieb die

Bauindustrie im vergangenen Jahr mit Lohnsteigerungen von 5,6% über dem Durchschnitt der gesamten Industrie. Wie in den Vorjahren wurden auch 1978 die höchsten Beträge für Industriearbeiter in der Elektrizitätserzeugung und -verteilung gezahlt, und zwar 36 400 DM für Männer und 24 700 DM für Frauen. Danach folgen die chemische Industrie (35 400 DM bzw. 24 600 DM) und der Straßenfahrzeugbau (31 400 DM bzw. 23 200 DM). Am Ende der Lohnskala stehen die zur Verbrauchsgüterindustrie zählende lederverarbeitende Industrie, wo ein männlicher Arbeiter im Schnitt jährlich 21 000 DM und eine Arbeiterin 15 400 DM verdiente, und die Bekleidungsindustrie (25 000 DM bzw. 16 200 DM). Daß in einzelnen Bereichen bei den Bruttoverdiensten der Arbeiter von 1977 auf 1978 im Gesamtdurchschnitt eine höhere Verdienstzuwachsrate erzielt wurde als jeweils für Männer und Frauen allein deutet auf eine Strukturverschiebung zugunsten der im Schnitt besser verdienenden männlichen Arbeiter hin.

Bruttojahresverdienste der männlichen Industriearbeiter erstmals über 30 000 DM

Der durchschnittliche Bruttojahresverdienst der männlichen Industriearbeiter (einschließlich Hoch- und Tiefbau) stieg im vergangenen Jahr um 5,3% auf 29 200 DM. Die Steigerungsraten war in den beiden vorherigen Jahren mit 8,2% (1976) und 6,7% (1977) noch wesentlich höher ausgefallen. Ohne die im Hoch- und Tiefbau beschäftigten Bauarbeiter überschritt der

Entwicklung der Bruttojahresverdienste der Arbeiter nach Wirtschaftsbereichen 1976 – 1978

Wirtschaftsbereich	1976			1977			1978		
	ins- gesamt	männ- lich	weib- lich	ins- gesamt	männ- lich	weib- lich	ins- gesamt	männ- lich	weib- lich
	Veränderung zum Vorjahr in %								
Energiewirtschaft und Wasserversorgung	6,6	6,9	- 0,2	8,1	8,1	7,8	4,9	5,0	4,6
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	8,9	8,6	10,4	5,7	5,5	6,5	5,7	5,6	5,0
Investitionsgüterindustrien	8,9	8,5	10,6	8,0	8,1	8,5	4,6	4,6	6,3
Verbrauchsgüterindustrien	9,8	10,7	7,9	7,4	7,6	5,8	6,6	5,8	8,1
Nahrungs- und Genußmittelindustrien	7,9	7,8	7,2	6,4	5,7	8,0	4,9	5,6	3,7
Bauindustrie (nur Hoch- und Tiefbau)	4,5	4,5	–	5,3	5,3	–	5,6	5,6	–
Industrie einschl. Hoch- und Tiefbau	8,5	8,2	8,9	6,8	6,7	7,0	5,4	5,3	6,8
ohne Hoch- und Tiefbau	9,1	8,9	8,9	7,0	6,9	7,0	5,4	5,2	6,8

Bruttojahresverdienste der Angestellten nach Wirtschaftsbereichen 1976 – 1978

Wirtschaftsbereich	1976			1977			1978		
	ins- gesamt	männ- lich	weib- lich	ins- gesamt	männ- lich	weib- lich	ins- gesamt	männ- lich	weib- lich
	DM								
Energiewirtschaft und Wasserversorgung	35 088	37 745	26 674	38 081	40 779	29 256	38 999	42 496	27 955
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	38 846	41 864	29 179	40 876	44 087	30 838	41 977	44 977	32 671
Investitionsgüterindustrien	33 328	36 906	22 153	35 904	39 620	24 205	37 514	41 374	25 546
Verbrauchsgüterindustrien	29 163	33 051	20 718	31 442	35 782	22 295	33 398	37 829	23 883
Nahrungs- und Genußmittelindustrien	30 130	33 263	22 031	32 219	35 618	23 773	34 721	38 227	26 035
Bauindustrie (nur Hoch- und Tiefbau)	33 648	36 339	21 409	34 995	37 911	22 620	37 217	40 705	23 368
Industrie einschl. Hoch- und Tiefbau ohne Hoch- und Tiefbau	34 694 34 749	38 088 38 188	24 578 24 695	37 054 37 163	40 648 40 805	26 479 26 630	38 535 38 604	42 171 42 253	27 940 28 124
Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	23 533	29 186	18 639	25 400	31 443	20 088	27 186	33 468	21 507
Industrie, Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	29 901	35 256	20 918	32 087	37 723	22 585	33 653	39 343	24 028

durchschnittliche Bruttojahresverdienst der männlichen Industriearbeiter im Jahre 1978 sogar die Grenze von 30 000 DM; das entspricht einem Bruttomonatsverdienst von mehr als 2 500 DM. In den letzten drei Jahren erhielten die männlichen Arbeiter der Verbrauchsgüterindustrien etwas über dem Durchschnitt liegende prozentuale Verdienstaufbesserungen, während sie bei den Bauarbeitern am deutlichsten darunter lagen.

Industriearbeiterinnen verdienen ein Drittel weniger als ihre männlichen Kollegen

Die Industriearbeiterinnen kamen 1978 auf einen durchschnittlichen Bruttojahresverdienst von 19 500 DM (+ 6,8%). Das entspricht einem Bruttomonatsverdienst von 1 625 DM. Damit erhielten sie im Schnitt zwei Drittel des Jahresverdienstes ihrer männlichen Kollegen. Am niedrigsten fielen die Jahresverdienste der weiblichen Arbeiter in den Verbrauchsgüterindustrien mit 17 800 DM aus, während sie in den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien mit 23 700 DM am

höchsten waren. Der Abstand zwischen diesen beiden Wirtschaftszweigen betrug 5 900 DM und war somit deutlich geringer als die für Industriearbeiter ermittelte Differenz der durchschnittlichen Jahresverdienste in den Wirtschaftsbereichen mit den höchsten bzw. niedrigsten Löhnen (7 700 DM). Industriearbeiterinnen haben oft nur eine geringe berufliche Qualifikation und sind überwiegend in Wirtschaftszweigen beschäftigt, die ein relativ niedriges Lohnniveau aufzuweisen haben.

Jahresverdienste der Industriangestellten stiegen auf 38 500 DM

Der durchschnittliche Bruttojahresverdienst der Angestellten in der Industrie (einschließlich Hoch- und Tiefbau) erhöhte sich 1978 auf 38 500 DM, was einer Einkommensverbesserung um 4% entspricht (1976 + 9,3%, 1977 + 6,8%). Über den Zeitraum von mehreren Jahren hinweg ist der prozentuale Anstieg der Gehälter und der Löhne annähernd gleich hoch ausgefallen.

Entwicklung der Bruttojahresverdienste der Angestellten nach Wirtschaftsbereichen 1976 – 1978

Wirtschaftsbereich	1976			1977			1978		
	ins- gesamt	männ- lich	weib- lich	ins- gesamt	männ- lich	weib- lich	ins- gesamt	männ- lich	weib- lich
	Veränderung zum Vorjahr in %								
Energiewirtschaft und Wasserversorgung	6,4	6,1	7,4	8,5	8,0	9,7	2,4	4,2	- 4,4
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	9,9	9,1	11,4	5,2	5,3	5,7	2,7	2,0	5,9
Investitionsgüterindustrien	9,8	9,3	9,9	7,7	7,4	9,3	4,5	4,4	5,5
Verbrauchsgüterindustrien	8,1	7,7	7,7	7,8	8,3	7,6	6,2	5,7	7,1
Nahrungs- und Genußmittelindustrien	8,4	8,9	7,3	6,9	7,1	7,9	7,8	7,3	9,5
Bauindustrie (nur Hoch- und Tiefbau)	7,4	7,1	5,1	4,0	4,3	5,7	6,3	7,4	3,3
Industrie einschl. Hoch- und Tiefbau ohne Hoch- und Tiefbau	9,3 9,4	8,8 8,9	9,8 9,9	6,8 6,9	6,7 6,9	7,7 7,8	4,0 3,9	3,7 3,5	5,5 5,6
Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	7,9	7,8	7,3	7,9	7,7	7,8	7,0	6,4	7,1
Industrie, Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	8,9	8,5	8,3	7,3	7,0	8,0	4,9	4,3	6,4

Bruttojahresverdienste der Industriearbeiter nach Wirtschaftszweigen 1976 – 1978

Wirtschaftszweig	1976			1977			1978		
	ins- gesamt	männ- lich	weib- lich	ins- gesamt	männ- lich	weib- lich	ins- gesamt	männ- lich	weib- lich
	DM								
Industrie									
einschl. Hoch- und Tiefbau	24 319	26 021	17 105	25 975	27 755	18 301	27 379	29 217	19 544
ohne Hoch- und Tiefbau	24 661	26 798	17 105	26 392	28 641	18 301	27 814	30 144	19 544
Energiewirtschaft und Wasserversorgung	30 498	30 862	20 978	32 969	33 369	22 619	34 578	35 035	23 657
Elektrizitätserzeugung und -verteilung	30 982	31 344	21 832	34 072	34 466	24 070	35 936	36 376	24 722
Grundstoff- und Produktionsgüter- industrien	28 226	29 022	21 209	29 833	30 624	22 589	31 520	32 351	23 722
Industrie der Steine und Erden	25 906	26 003	19 455	26 778	26 889	19 515	29 321	29 428	21 887
Eisen- und Stahlindustrie 1)	25 650	26 005	17 460	27 290	27 648	18 653	28 259	28 623	19 381
Eisenschaffende Industrie	25 770	26 009	15 829	26 934	27 178	16 275	28 287	28 514	16 725
Eisen-, Stahl- und Tempergießerei	26 577	26 768	19 189	28 680	28 866	21 050	29 390	29 588	20 874
Ziehereien und Kaltwalzwerke	22 552	23 416	17 304	24 535	25 426	18 604	25 237	26 101	19 712
NE-Metallerzeugung	27 150	27 331	19 337	28 541	28 804	19 930	30 421	30 777	20 654
(einschl. NE-Metallgießerei)	24 849	25 074	19 997	25 899	26 364	19 892	27 879	28 550	20 595
Chemische Industrie	30 449	31 950	21 955	32 217	33 652	23 453	33 894	35 356	24 640
Sägewerke und holzbearbeitende Industrie	23 888	24 354	13 623	25 159	25 662	14 938	26 711	27 194	16 750
Säge- und Hobelwerke, Holz- imprägnieranstalten, Furnierwerke	21 635	22 160	12 829	23 091	23 649	14 683	24 394	24 901	16 507
Holzschliff-, zellstoff-, papier- und pappezeugende Industrie	25 963	26 687	18 284	27 474	28 256	19 407	29 482	30 309	20 657
Gummi- und asbestverarbeitende Industrie	25 788	26 515	20 325	27 194	27 978	21 716	28 408	29 271	22 353
Investitionsgüterindustrien	24 532	25 945	18 025	26 483	28 039	19 550	27 699	29 329	20 779
Stahl- und Leichtmetallbau	26 972	27 095	18 063	27 974	28 058	21 414	30 456	30 539	22 261
Maschinenbau 2)	25 223	25 826	17 272	27 515	28 099	19 855	28 639	29 233	21 241
Straßenfahrzeugbau	27 278	28 092	20 913	29 412	30 289	22 357	30 530	31 427	23 186
Elektrotechnische Industrie 3)	20 056	22 980	17 301	21 610	25 050	18 791	22 800	26 616	19 997
Feinmechanische und optische sowie Uhrenindustrie	23 547	25 928	18 346	25 453	27 748	20 390	26 386	28 715	21 406
EBM-Warenindustrie, Stahlverformung	22 725	24 150	17 284	24 491	26 072	18 238	25 659	27 156	19 723
Verbrauchsgüterindustrien	20 441	23 975	15 556	21 951	25 792	16 463	23 396	27 300	17 793
Feinkeramische Industrie	23 117	25 082	19 498	24 378	26 263	20 612	25 900	27 980	21 854
Glasindustrie	26 286	27 430	18 604	28 578	29 728	20 214	29 987	31 177	21 195
Holzverarbeitende Industrie	22 325	23 471	17 834	24 503	25 749	19 594	25 894	27 177	20 719
Musikinstrumenten-, Sportgeräte-, Spiel- und Schmuckwarenindustrie	18 800	22 002	13 199	20 025	22 889	14 430	20 510	23 509	15 090
Papier- und pappeverarbeitende Industrie	20 650	23 808	15 831	21 803	24 792	17 106	23 511	26 985	18 150
Druckerei- und Vervielfältigungs- industrie	26 526	28 721	18 233	28 729	31 103	19 721	30 003	32 538	21 154
Kunststoffverarbeitende Industrie	23 539	25 081	16 024	24 384	26 153	16 166	25 952	27 886	17 034
Ledererzeugende Industrie	17 003	18 502	14 141	18 223	19 792	15 369	19 747	21 072	16 751
Lederverarbeitende Industrie	15 428	18 758	13 673	16 264	19 501	14 515	17 255	20 995	15 372
Schuhindustrie	16 166	18 884	14 665	17 219	20 284	15 520	18 680	21 871	16 942
Textilindustrie	18 825	21 725	15 954	20 378	23 838	16 935	21 515	24 857	18 054
Spinnerei	19 817	22 465	16 701	21 577	24 498	17 932	22 256	24 610	19 072
Weberei	18 728	20 571	15 693	20 842	22 990	17 527	22 189	24 525	18 447
Bekleidungsindustrie	14 882	21 001	14 341	15 196	24 278	14 461	16 924	25 039	16 177
Nahrungs- und Genußmittelindustrien	23 559	25 821	16 229	25 076	27 296	17 533	26 303	28 820	18 178
Obst- und gemüseverarbeitende Industrie	19 333	22 672	13 089	22 214	25 124	15 221	21 746	25 772	14 533
Brauerei und Mälzerei	26 079	26 246	20 916	27 924	28 102	22 629	29 914	30 076	24 018
Tabakverarbeitende Industrie	22 029	25 166	18 453	24 179	27 301	20 396	25 347	28 943	21 292
Bauindustrie 4)	22 113	22 113	-	23 294	23 294	-	24 610	24 610	-

1) Eisen- und Stahlerzeugung (einschl. -halbzeugwerke); Eisen-, Stahl- und Tempergießerei; Ziehereien und Kaltwalzwerke. -

2) Ohne Herstellung von Büromaschinen sowie von Geräten und Einrichtungen für die automatische Datenverarbeitung. -

3) Ohne Herstellung von Geräten und Einrichtungen für die automatische Datenverarbeitung. - 4) Einschl. Handwerk.

Wirtschaftsbereich	Arbeiter				Angestellte			
	Brutto- jahres- verdienste (einschl. einmalige Zahlungen)	Brutto- jahres- verdienste (ohne einmalige Zahlungen) 1)	einmalige Zahlungen		Brutto- jahres- verdienste (einschl. einmalige Zahlungen)	Brutto- jahres- verdienste (ohne einmalige Zahlungen) 1)	einmalige Zahlungen	
			ins- gesamt	Anteil am Brutto- jahres- verdienst			ins- gesamt	Anteil am Brutto- jahres- verdienst
		DM		%		DM		%
Industrie (ohne Bauindustrie)	27 814	25 324	2 490	9,0	38 604	34 440	4 164	10,8
Energiewirtschaft und Wasser- versorgung	34 578	31 044	3 534	10,2	38 999	35 232	3 767	9,7
Grundstoff- und Produktions- güterindustrien	31 520	28 600	2 920	9,3	41 977	37 728	4 249	10,1
Investitionsgüterindustrien	27 699	25 064	2 635	9,5	37 514	33 192	4 322	11,5
Verbrauchsgüterindustrien	23 396	21 684	1 712	7,3	33 398	30 036	3 362	10,1
Nahrungs- und Genußmittel- industrien	26 303	24 336	1 967	7,5	34 721	30 984	3 737	10,8
Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	·	·	·	·	27 186	23 856	3 330	12,2

1) Hochgerechnete Jahresergebnisse der vierteljährlichen Verdiensterhebung.

Erneut wurden in den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien die höchsten Jahresverdienste gezahlt. Männliche Angestellte kamen auf 45 000 DM und weibliche auf 32 700 DM. In der Aufgliederung nach Wirtschaftszweigen steht die chemische Industrie an der Spitze; dort verdienten Männer 46 300 DM und Frauen 34 300 DM. Danach folgt der Straßenfahrzeugbau mit 45 000 DM bzw. 30 000 DM. Die lederverarbeitende Industrie zahlte die niedrigsten durchschnittlichen Jahresgehälter, und zwar 30 600 DM für männliche Angestellte und 19 500 DM für weibliche.

Der prozentuale Verdienstzuwachs der Angestellten im Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe lag in den beiden letzten Jahren zwar etwas über dem der Industriearbeitern, der absolute Betrag blieb jedoch mit 27 200 DM um 29% unter dem für Industriearbeitern ermittelten. Im einzelnen hatten die Jahresverdienste recht unterschiedliche Höhe. So beliefen sie sich im Versicherungsgewerbe auf 37 400 DM für Männer und 28 400 DM für Frauen, Kredit- und sonstige Finanzierungsinstitute zahlten 37 000 DM bzw. 27 600 DM. Dagegen kamen im Großhandel männliche Angestellte nur auf 31 600 DM und weibliche Angestellte auf 20 000 DM und im Einzelhandel waren es 32 000 DM bzw. 18 600 DM.

Weibliche Angestellte verdienen weniger als Industriearbeiter

Die Bruttojahresverdienste der weiblichen Industriearbeitern erhöhten sich 1978 um 5,5% auf 27 900 DM. Die im Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe beschäftigten weiblichen Angestellten kamen auf 21 500 DM (+ 7,1%). Beide Gruppen müssen sich mit geringeren Verdiensten zufrieden geben als die männlichen Industriearbeiter (29 200 DM). Eine Industriearbeitin verdiente im vergangenen Jahr ein Drittel weniger als ihr männlicher Kollege, im

Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe sogar über ein Drittel weniger.

Einmalige Zahlungen bei Angestellten höher als bei Arbeitern

Rückschlüsse auf die Höhe der einmaligen Zahlungen können durch einen Vergleich der Bruttojahresverdienste mit den hochgerechneten Ergebnissen aus der vierteljährlichen Verdiensterhebung gezogen werden. Allerdings sind in der Bruttojahresverdiensterhebung diejenigen Arbeitnehmer, die während des Berichtszeitraumes eingestellt wurden oder ausschieden, nicht erfaßt.

Bei den Angestellten im Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe kommt den einmaligen Zahlungen mit einem Anteil von 12% (1978) an den Bruttojahresverdiensten eine größere Bedeutung zu als bei den Industriearbeitern. Vorwiegend die bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe beschäftigten Angestellten erhalten in vielen Fällen jährliche einmalige Zahlungen in Höhe von etwa zwei Monatsgehältern. Bei den Industriearbeitern erreichte 1978 die Quote der einmaligen Zahlungen an den Bruttojahresverdiensten 11%, was etwa 1,5 Monatsgehältern entspricht. In den einzelnen Wirtschaftsbereichen schwankte der Anteil zwischen 9 und 11%. Für Industriearbeiter wurden einmalige Zahlungen von etwas über einem Monatsverdienst ermittelt, die denen im öffentlichen Dienst entsprechen.

Die Industriearbeiter erhielten anteilmäßig um so mehr einmalige Zahlungen, je höher ihre Durchschnittsverdienste ausfielen. So mußten sich die relativ wenig verdienenden Arbeiter der Ernährungs- und Genußmittelindustrie mit einem Anteil der einmaligen Zahlungen von 7,5% begnügen, in den Verbrauchsgüterindustrien sogar mit nur 7,3%.

Diplom-Volkswirt A. Wachweger

Verbrauch und Preise von Grundnahrungsmitteln 1950 bis 1978

Angaben über die Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte werden in der amtlichen Statistik durch zwei primärstatistische Erhebungen gewonnen, durch die Einkommens- und Verbrauchsstichproben und die laufenden Wirtschaftsrechnungen. Rechtsgrundlage beider Erhebungen ist das Gesetz über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte vom 11. Januar 1961 (BGBl. I S. 18). Die Einkommens- und Verbrauchsstichproben finden in Abständen von drei bis fünf Jahren statt. Die laufenden monatlichen Wirtschaftsrechnungen, deren Ergebnisse aus methodischen Gründen lediglich für einige größere Bundesländer sowie das Bundesgebiet gewonnen und veröffentlicht werden, liefern dagegen kontinuierliche Zeitreihen für drei Haushaltstypen, von denen der Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen des Haushaltvorstandes als der bedeutendste angesehen werden kann. Die folgende Untersuchung beschränkt sich deshalb auf die Ergebnisse der Erhebung der Wirtschaftsrechnungen für Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen, das im Jahre 1978 zwischen 2 000 und 3 000 DM lag.

Die laufenden Wirtschaftsrechnungen können keine Ergebnisse liefern, die etwas über die Gesamtheit aller Haushalte oder den deutschen Durchschnittshaushalt aussagen. Die Aussagekraft der Ergebnisse, die aus den laufenden Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte gewonnen werden, ist schon deshalb eingeschränkt, weil sich die Erhebung in der Bundesrepublik auf insgesamt höchstens 1 000 Haushalte in jedem Monat erstreckt. Die Statistik der laufenden Wirtschaftsrechnungen kann aber bei sachgerechter Auswertung dem Wirtschafts- und Sozialpolitiker Material von erheblicher Bedeutung liefern, das keine andere Erhebung in dieser oder ähnlicher Form zu bieten vermag. So können beispielsweise Strukturveränderungen im privaten Verbrauch ermittelt und daraus Rück-

schlüsse auf das Konsumverhalten wichtiger Bevölkerungsgruppen gezogen werden.

Anteil der Ausgaben für Nahrungsmittel deutlich zurückgegangen

Gliedert man die Ausgaben für den privaten Verbrauch nach Verwendungszwecken, so stehen die Ausgaben für Nahrungsmittel an erster Stelle. Im Jahre 1950 gab ein Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalt für Nahrungsmittel im Durchschnitt 133 DM monatlich aus. Das waren 45% der gesamten Aufwendungen für die Lebenshaltung, welche sich damals auf ganze 297 DM beliefen. Seitdem haben sich mit wachsendem Einkommen die Anteile der Ausgaben für Nahrungsmittel deutlich verringert. Im Jahre 1978 entfielen zwar 535 DM auf Käufe für Nahrungsmittel, die Quote an den gesamten Ausgaben für die Lebenshaltung belief sich jedoch nur noch auf 25%. Dieser starke Rückgang des Anteils der Nahrungsmittelausgaben entspricht einer langfristigen Tendenz und kennzeichnet die stetige Verbesserung unseres Lebenshaltungsniveaus. Die geringe Einkommensabhängigkeit des Grundbedarfs an Nahrungsmitteln hat zur Folge, daß bei zunehmender realer Kaufkraft mehr an Einkommensanteilen für anderweitige Verwendung zur Verfügung steht.

Die aufgezeigte Entwicklung verlief noch deutlicher beim Vier-Personen-Haushalt von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen, der im Jahre 1978 über ein monatliches Haushaltsbruttoeinkommen zwischen 3 800 und 5 100 DM verfügte. Für diese Haushalte beliefen sich die monatlichen Ausgaben für Nahrungsmittel einschließlich fertiger Mahlzeiten und Verzehr in Gaststätten und Kantinen auf durchschnittlich 658 DM, was nur noch knapp ein Fünftel der gesamten Aufwendungen für die Lebenshaltung ausmacht.

Durchschnittliche monatliche Ausgaben für den privaten Verbrauch eines 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalts mit mittlerem Einkommen 1950 – 1978

Art der Ausgabe	1950		1960		1970		1978		Veränderung 1978 zu 1950
	DM	%	DM	%	DM	%	DM	%	
Nahrungsmittel	132,54	44,7	237,98	36,8	326,62	30,0	535,24	24,9	303,8
Genußmittel	16,48	5,5	41,93	6,5	58,15	5,3	92,95	4,3	464,0
Wohnungsmieten u.ä.	32,45	10,9	67,86	10,5	168,45	15,5	339,19	15,8	945,3
Güter für die Haushaltungsführung	13,28	4,5	50,70	7,9	98,11	9,0	197,34	9,2	1 386,0
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	15,46	5,2	28,63	4,4	50,82	4,7	108,27	5,0	600,3
Kleidung, Schuhe	38,81	13,1	84,22	13,0	118,11	10,8	197,10	9,2	407,9
Güter für Körper- und Gesundheitspflege	12,21	4,1	30,86	4,8	39,18	3,6	65,46	3,0	436,1
Güter für Bildungs- und Unterhaltungszwecke	20,62	7,0	53,94	8,3	79,45	7,3	182,79	8,5	786,5
Güter für Verkehrszwecke und Nachrichtenübermittlung	6,18	2,1	29,91	4,6	118,13	10,8	330,70	15,4	5 251,1
Persönliche Ausstattungs- und sonstige Güter	8,61	2,9	20,44	3,2	32,15	3,0	101,26	4,7	1 076,1
Ausgaben für den privaten Verbrauch	296,64	100,0	646,47	100,0	1 089,17	100,0	2 150,30	100,0	624,9

Durchschnittlicher monatlicher Verbrauch an Nahrungsmitteln eines 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalts mit mittlerem Einkommen 1950 – 1978

Ware	1950	1960	1970	1978	Veränderung
					1978 zu 1950
	kg				
Fleisch und Fleischwaren	7,3	11,5	13,2	16,0	119,2
Brot	23,2	17,0	11,3	9,8	- 57,8
Backwaren	5,8	6,6	6,2	6,8	17,2
Mehl, Nährmittel	9,4	6,4	4,2	4,7	- 50,0
Kartoffeln	41,7	29,4	15,8	10,8	- 74,1
Kartoffelerzeugnisse	-	-	0,3	0,6	-
Nahrungsmittel insgesamt	87,4	70,9	51,0	48,7	-

Anteil der Ausgaben für Fleisch und Fleischwaren am Nahrungsmittelaufwand auf 28% gestiegen

Im Jahre 1950 wurde für Fleisch und Fleischwaren ein Durchschnittsbetrag von monatlich 27 DM ausgegeben. Das waren rund 9% des Aufwands für die gesamte Lebenshaltung eines Haushalts und 21% der Ausgaben für Ernährung. Bis 1978 hat sich mit einem Betrag von 149 DM die Ausgabensumme hierfür mehr als verfünfacht. Das Haushaltsnettoeinkommen stieg allerdings in noch stärkerem Maße, und zwar beinahe um das Neunfache. Die von 1950 bis 1978 eingetretene Strukturveränderung im Nahrungsmittelbedarf und die beträchtliche Erhöhung der Nettoeinkommen führten dazu, daß der Anteil der Ausgaben für Fleisch und Fleischwaren an dem Aufwand für die gesamte Lebenshaltung auf 7% zurückging, während die Quote am Aufwand für Ernährung auf 28% anstieg. Die übrigen Grundnahrungsmittel haben dagegen von 1950 bis 1978 an Bedeutung eingebüßt. So stiegen zwar die Ausgaben für Brot und Backwaren von 18 DM auf 54 DM, ihr Anteil an den für Nahrungsmittel insgesamt aufgewendeten Beträgen ging jedoch von 14 auf 10% zurück. Noch stärker an Bedeutung für die tägliche Ernährung verloren trotz teilweise beachtlich gestiegener Preise Mehl und Nährmittel (3,2%) sowie Kartoffeln (0,8%), die 1950 noch 6,4 bzw. 3,6% der für Nahrungsmittel insgesamt ausgegebenen Beträge beansprucht hatten.

Verbrauch an Kartoffeln ganz erheblich eingeschränkt

Der monatliche Verzehr von Fleisch- und Fleischwaren erhöhte sich im Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalt von 7,3 kg im Jahre 1950 auf 16 kg im Jahre 1978. Der Verbrauch an übrigen Grundnahrungsmitteln erfuhr dagegen im untersuchten Zeitraum teilweise deutliche Einschränkungen. Wurden im Jahre 1950 monatlich 23 kg Brot verzehrt, so waren es 1978 nur noch 9,8 kg. Bei Mehl und Nährmitteln sank der Verbrauch von 9,4 kg auf 4,7 kg und bei Kartoffeln von 42 kg auf nur noch 11 kg.

Verzehr von Geflügel am kräftigsten gestiegen

Von den einzelnen Fleisch- und Wurstwaren erhöhte sich seit 1950 der Verzehr von Rindfleisch um knapp ein Viertel, während er beim billigeren Schweinefleisch um mehr als das Dreifache zunahm. Eine erhebliche Konsumsteigerung konnte auch für Wurst und Wurstwaren ermittelt werden, die sich auf + 134% belief. Am kräftigsten stieg der Verbrauch an Geflügel, vorwiegend bedingt durch das preiswerte Angebot an Brathähnchen. Ein Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalt kaufte 1950 im Monat durchschnittlich 120 g Geflügel, 1978 hingegen 1,6 kg.

Der Verzehr von Schwarz- und Mischbrot wurde seit 1950 um mehr als die Hälfte eingeschränkt, während er sich bei Weißbrot, Weizenkleingebäck, Feingebäck und Dauerbackwaren stark erhöhte. Die Käufe von Backwaren nahmen von 5,8 kg auf 6,8 kg zu. Die Ausgaben für Brot- und Backwaren verteilten sich 1978 zu knapp zwei Fünftel auf Schwarz- und Mischbrot, während mehr als drei Fünftel auf Weißbrot, Weizenkleingebäck, Feingebäck und Dauerbackwaren entfielen.

Unter den Grundnahrungsmitteln verzeichneten die eingekauften Kartoffelmengen zwar den stärksten Rückgang, andererseits stiegen die Mengen an koch-, brat- und genußfertigen Kartoffelerzeugnissen bis zum Jahre 1978 auf monatlich 584 g. Zu diesen Verarbeitungsprodukten zählen Kartoffelchips und -sticks, Pommes frites, Kartoffelkonserven, Kartoffelbreipulver, Kartoffelkloßmehl, Kartoffelsalat und dergleichen. Analog zu der aufgezeigten Entwicklung veränderter Verzehr gewohnheiten, oder auch aus betriebswirtschaftli-

Durchschnittliche monatliche Ausgaben für Nahrungsmittel eines 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalts mit mittlerem Einkommen 1950 – 1978

Ware	1950		1960		1970		1978		Veränderung
	DM	%	DM	%	DM	%	DM	%	1978 zu 1950
Fleisch und Fleischwaren	27,25	20,6	63,52	26,7	92,48	28,3	149,04	27,8	446,9
Brot	11,36	8,6	14,55	6,1	15,35	4,7	20,90	3,9	84,0
Backwaren	6,47	4,9	14,93	6,3	20,43	6,3	33,06	6,2	411,0
Mehl, Nährmittel	8,54	6,4	10,71	4,5	11,08	3,4	17,06	3,2	99,8
Kartoffeln	4,78	3,6	5,71	2,4	4,99	1,5	4,16	0,8	- 13,0
Kartoffelerzeugnisse	-	-	-	-	1,31	0,4	2,63	0,5	-
Übrige Nahrungsmittel	74,14	55,9	128,56	54,0	180,98	55,4	308,39	57,6	316,0
Nahrungsmittel insgesamt	132,54	100,0	237,98	100,0	326,62	100,0	535,24	100,0	303,8

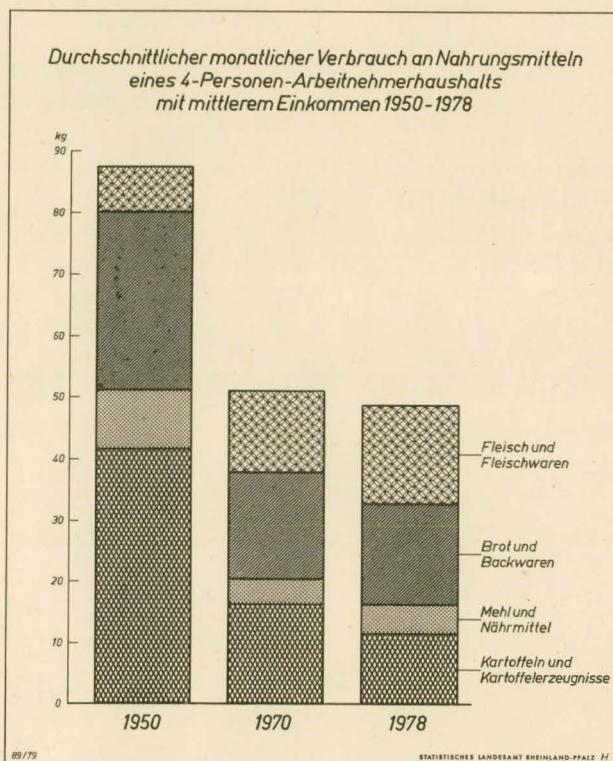
chen Gründen vollzog sich in der Landwirtschaft eine Reduzierung der Anbauflächen für Winterroggen und Kartoffeln, während der Anbau von Winterweizen ausgeweitet wurde.

Überdurchschnittliche Preissteigerungen bei einzelnen Grundnahrungsmitteln

Preisbeeinflussende Wirkungen gehen gerade bei Nahrungsmitteln in starkem Maße von den Verbrauchsgewohnheiten der privaten Haushalte aus, wie umgekehrt Preisentwicklungen zu Änderungen im Kaufverhalten der Verbraucher führen können. Für die Entwicklung der Verbraucherpreise für Grundnahrungsmittel im Zeitraum von 1950 bis 1978 ist kennzeichnend, daß hier, verglichen mit der Veränderung des gesamten Preisindex der Lebenshaltung, meist überdurchschnittliche Steigerungsraten ermittelt wurden. Der Preisindex der Lebenshaltung von Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen erhöhte sich von 1950 bis 1978 von 64,5 um 131% auf 148,9. Die Ausgabenentwicklung der von der Gewichtung her bedeutendsten Bedarfsgruppe Ernährung zeigt im gleichen Zeitraum einen etwa gleich hohen Anstieg (+ 125%). Demgegenüber verteuerte sich ortsübliches Roggenbrot um mehr als das Fünffache und Weißbrot um das Vierfache. So kostete 1978 ein kg ortsübliches Roggenbrot 2,33 DM und ein kg Weißbrot 2,78 DM. Eine höhere Steigerungsrate wurde in der Gruppe der Nahrungsmittel nur noch beim Seefisch (Kabeljau) festgestellt; dieser zog innerhalb von 28 Jahren um mehr als das Siebenfache auf 9,10 DM je kg im Preis an. Rindfleisch zum Braten verteuerte sich auf mehr als das Vierfache, Schweinekotelett, das in erheblich größeren Mengen auf den Markt kommt, jedoch nur auf mehr als das Doppelte. Ein Kilogramm Rindfleisch zum

Verbraucherpreise ausgewählter Grundnahrungsmittel 1950 – 1978

Ware	Mengen-einheit	Meßzahlen			Verän-derung 1978 zu 1950	Nachrichtlich: Preise 1978
		1960	1970	1978		
		1950 = 100				
Rindfleisch zum Braten	1 kg	166	285	422	322	14,93
Schweinefleisch, Kotelett	1 kg	149	187	249	149	11,30
Brathähnchen	1 kg	110	72	92	- 8	4,62
Seefisch (Kabeljau)	1 kg	225	420	819	719	9,10
Deutsche Eier	10 Stück	100	91	117	17	2,50
Roggenbrot	1 kg	182	298	521	421	2,33
Weißbrot	1 kg	163	268	445	345	2,78
Weizenmehl	1 kg	160	168	197	97	1,19
Kartoffeln, abgepackt	2,5 kg	184	363	337	237	1,46



Braten kostete 1978 durchschnittlich 14,93 DM und ein kg Schweinekotelett 11,30 DM.

Bei den einzelnen Wurstsorten ist seit 1950 eine geringere Preiserhöhung eingetreten als bei den meisten Fleischsorten. Dies dürfte vorwiegend darauf zurückzuführen sein, daß zur Wurstbereitung vielfach überwiegend Schweinefleisch verwendet wird, das infolge des gestiegenen Angebots an schlachtreifen Schweinen im Preis weniger stark ansteigt. Im vergangenen Jahr entwickelten sich die Verbraucherpreise für Schweinefleisch infolge der besonders reichlichen Produktion schlachtreifer Schweine sogar rückläufig. So brauchte zu Weihnachten 1978 für einen Schweinebraten ein um 2,8% geringerer Betrag aufgewendet werden, als ein Jahr zuvor und Schweinekotelett war um 4,2% billiger. Von den gängigen Wurstsorten verteuerte sich Jagdwurst seit 1950 mit + 184% am stärksten; ein Kilogramm kostete Ende des vergangenen Jahres 13,24 DM.

Unter den sonstigen Nahrungsmitteln verzeichneten nur Brathähnchen eine Preisreduzierung, und zwar um 8%; der Kilopreis belief sich 1978 auf 4,62 DM. Für Eier ergab sich innerhalb von 28 Jahren nur ein sehr geringer Preisanstieg von 17% auf 0,25 DM pro Stück. Eine erhebliche Verteuerung erfuhrten Kartoffeln, zu 2,5 kg abgepackt, die von 0,43 DM im Jahre 1950 um 240% auf 1,46 DM im Jahre 1978 im Preis anstiegen.

Diplom-Volkswirt A. Wachweger

Zum weiteren Ausbau des Landesinformationssystems

Einrichtung einer Unternehmens- und Betriebsdatei für den Bereich des Bergbaus und verarbeitenden Gewerbes

Programmplanung

Beim Aufbau des Landesinformationssystems wurde die Einrichtung von Dateien mit aggregierten Angaben an den Anfang gestellt, da das Informationsangebot dadurch relativ schnell ganz erheblich verbessert werden konnte, während die Installation von Dateien mit Einzelangaben für Personen und Haushalte, Gebäude und Wohnungen, Unternehmen und deren örtliche und fachliche Einheiten usw. wegen des zum Teil sehr großen Volumens der einzuspeichernden Daten nur sukzessive erfolgen kann, so daß die Vorteile, die ein Informationssystem bietet, zunächst nur enger begrenzten Kreisen von Interessenten zugute kommen. Der Ausbau dieser Dateien zu einem alle Bereiche abdeckenden System kann in jedem Fall nur als eine langfristige Aufgabe betrachtet werden.

Bei der Auswahl der Aggregate wurde den für räumliche Bezugseinheiten aggregierten Angaben der Vorrang gegeben, da eine auf räumlichen Bezugseinheiten basierende Datei insofern ein besonders weitgefächertes Informationsangebot präsentieren kann, als nahezu alle statistischen Erhebungen eine Erfassung und Kennzeichnung der Angaben nach Verwaltungsbezirken vorsehen. Von den in Betracht zu ziehenden räumlichen Bezugseinheiten ist die Gemeinde als kleinster Baustein eines Informationssystems am günstigsten zu beurteilen:

- (1) Ein Informationssystem, in das Angaben für die einzelnen Gemeinden eines Landes eingespeichert werden, ist in der Lage, auch für detailliertere regionale Strukturanalysen alle gewünschten Angaben bereitzustellen.
- (2) Eine Gemeindedatenbank kann ohne weiteres nicht nur Ergebnisse für alle übergeordneten Verwaltungsbezirke (Verbandsgemeinden, Kreise, Regierungsbezirke), sondern auch für alle anderen Gebietskategorien oder für beliebig abgrenzbare Räume zusammenstellen.
- (3) Die in einer Gemeindedatei gespeicherten Angaben können automatisch auf neue Gebietsstände umgestellt werden, da bei einer territorialen Verwaltungsreform nur selten Teile aus Gemeinden ausgegliedert werden und diese Gemeindeteile in aller Regel derart klein sind, daß ihre Ausgliederung die Vergleichbarkeit der Angaben für die betroffenen Gemeinden kaum stört.

Die Gemeindedatei kann zwar als das Kernstück des Landesinformationssystems betrachtet werden; sie bedarf jedoch der Ergänzung um eine Datei für kurzfristige Verlaufsanalysen, denn der eigentliche Nachteil der Gemeindedatei ist darin zu sehen, daß die Ergebnisse aus den verschiedenen statistischen Erhebungen und aus den sonstigen Materialquellen in dieser tiefen regionalen Gliederung erst relativ spät anfallen, während die wichtigsten Eckdaten für das Land bereits zu einem sehr viel früheren Zeitpunkt

zur Verfügung stehen. Die Gemeindedatei ist daher insgesamt weniger darauf ausgerichtet, sehr schnell bevölkerungs-, wirtschafts- und finanzstatistische Informationen für Analysen zu liefern, bei denen es primär um die aktuelle Entwicklung auf Landesebene geht und für die deshalb keine regional differenzierten Ergebnisse herangezogen werden müssen. Um für diese Zwecke geeignetes Zahlenmaterial zur Verfügung zu stellen, wurde zusätzlich eine Datei für kurzfristige Verlaufsanalysen eingerichtet.

Nachdem mit der Gemeindedatei und der Datei für kurzfristige Verlaufsanalysen gewissermaßen der Grundstock für das Informationssystem gelegt worden war - die für ganz spezielle Bedürfnisse der Landesregierung eingerichtete Datei über die öffentlichen Finanzierungshilfen kann hier außer Betracht bleiben -, konnte daran gedacht werden, die Dateien mit aggregierten Angaben durch Dateien mit Einzelangaben zu ergänzen. Ein unmittelbares landespolitisches Interesse besteht dabei zunächst vor allem an Dateien für Körperschaften des öffentlichen Bereichs, insbesondere des Bildungs- und Gesundheitswesens. Der Informationsbedarf der Landesregierung ist hier durch ständig neue und wechselnde Fragestellungen gekennzeichnet, an die die relativ starren Programme der amtlichen Statistik nur mit hohen Kosten, gleichwohl aber nicht schnell genug, angepaßt werden können. Durch die Installierung einer Schuldatei und später einer Krankenhausdatei soll eine größere Flexibilität erreicht werden.

Ausgangssituation

Besonders günstig sind die Ausgangsbedingungen und das Kosten-Nutzen-Verhältnis weiterhin für die Einrichtung einer Unternehmens- und Betriebsdatei für den Bereich des Bergbaus und des verarbeitenden Gewerbes zu beurteilen:

- (1) Die Mehrzahl der statistischen Erhebungen in diesem Bereich wendet sich nur an Unternehmen und Betriebe (örtliche Einheiten) mit 20 und mehr Beschäftigten, wobei lediglich in bestimmten ausgewählten Wirtschaftszweigen auf Grund ganz besonderer Bedingungen die Erfassungsgrenze tiefer festgesetzt wurde. Dadurch beschränkt sich die Gesamtzahl der in diesen Erhebungsbereich einzubeziehenden Einheiten in Rheinland-Pfalz auf rund 3 000. Bei den restlichen Erhebungen handelt es sich - abgesehen von einer Totalerhebung, die für alle Unternehmen und Betriebe einige wenige Eckdaten erfaßt - um Stichprobenerhebungen.
- (2) Dagegen ist der Katalog der bei den Unternehmen und Betrieben des Bergbaus und verarbeitenden Gewerbes erfragten Tatbestände außergewöhnlich umfangreich. Von den Unternehmen und Betrieben sind bis zu 16 unterschiedliche Erhebungsbogen auszufüllen, ohne Berücksichtigung der Fachstatistiken, die sich auf ganz spezielle Branchen beschränken.

Merkmalskatalog einer Unternehmens- und Betriebsdatei für den Bereich des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes
(Gesamtübersicht)

Erfassungsbereich Abschnitt des Merkmalskatalogs	Karten- art	Erfassungsbereich Abschnitt des Merkmalskatalogs	Karten- art
A. Unternehmen/Betriebe		(4) Auftragsbestand	38
(1) Ordnungsangaben	01	(5) Vierteljährliche Verdiensterhebung	
(2) Anschriften und Berichtspflichten	02-08	a) Angestellte	40
(3) Investitionen		b) Arbeiter	41
a) Anlageinvestitionen	10	(6) Erhebung über die Arbeitskosten	
b) Vorratsinvestitionen	11	a) Arbeitnehmer und Arbeitszeiten	45
c) Investitionen für den Umweltschutz, Gebühren und Beiträge für den Umweltschutz	12-16	b) Arbeitskosten	46-55
B. Unternehmen		(7) Wasseraufkommen und Wassernutzung	
(1) Beschäftigung, Umsatz, Auftragsbestand	20	a) Wasseraufkommen	60-61
(2) Kostenstruktur		b) Wassernutzung im Betrieb	
a) Bezugsdaten über die Beschäftigten	21	ba) Einfache Nutzung	62
b) Erträge	22	bb) Mehrfachnutzung	63
c) Rohstoffe und sonstige fremdbezogene Vorprodukte, Hilfs- und Betriebs- stoffe, Handelsware	23	bc) Kreislaufnutzung	64
d) Kosten (ohne Materialverbrauch und Einsatz von Handelsware)	24-25	c) Ableitung von ungenutztem Wasser	65
e) Umsatzsteuer, Subventionen, Einfuhr- zölle und Verbrauchsteuern für eingeführte Güter	26	(8) Abwasserbeseitigung	
(3) Material- und Wareneingänge	27	a) Abgeleitetes Abwasser	70-75
C. Betriebe		b) Ohne Behandlung in ein Oberflächen- gewässer und in den Untergrund abgeleitetes Abwasser	76
(1) Monatsbericht		c) Abwasserbehandlung	77-78
a) Beschäftigte, Umsatz, Auftragseingänge	30	d) Behandlung und Beseitigung des Schlamms aus betriebseigenen Abwasserbehandlungsanlagen	79
b) Geleistete Arbeiterstunden, Löhne und Gehälter	31	(9) Abfallbeseitigung	
c) Heizöl- und Kohleversorgung	32	a) Abgefahrene/abgegebene Abfälle	80
d) Strom- und Gasversorgung	33	b) Betriebseigene Abfallbeseitigungs- anlagen	
(2) Monatlicher Produktions-Eilbericht	36	ba) Deponien	81-86
(3) Vierteljährliche Produktionserhebung	37	bb) Abfallverbrennungsanlagen/ Feuerungsanlagen	87-88
		bc) Neutralisations- und Entgiftungs- anlagen	89-90
		bd) Emulsions-Trennanlagen	91-92
		be) Schlammb-Entwässerungsanlagen	93-94
		bf) Sonstige Behandlungsanlagen	95-96

(3) Für die Unternehmen und Betriebe des Bergbaus und verarbeitenden Gewerbes wurde im Rahmen der Reform der Statistiken im produzierenden Gewerbe ein einheitliches Kennnummernsystem eingeführt, nachdem die Datenerfassung bei nahezu allen statistischen Erhebungen in diesem Wirtschaftsbereich erfolgt, so daß hier damit eine der Grundvoraussetzungen für die Einrichtung einer Datei mit Einzelangaben gegeben ist. Noch nicht möglich ist allerdings die Einbeziehung von Angaben aus Verwaltungsdateien die, wie im Fall der Steuerstatistiken, bereits für statistische Zwecke ausgewertet werden, da die Unternehmen und Betriebe in diesen Verwaltungsdateien noch unter anderen Kennnummern geführt werden.

Zielsetzung

Mit der Einrichtung einer Unternehmens- und Betriebsdatei für den Bereich des Bergbaus und verarbeitenden Gewerbes würde das Informationsangebot in einem ganz außerordentlichen Umfang verbessert und erweitert werden, da dadurch die Voraussetzungen dafür geschaffen würden, daß die erfaßten Merkmale beliebig kombiniert werden könnten, so daß die Ergebnisse ad hoc in jeder gewünschten Form nachgewiesen werden können und die Möglichkeiten der Auskunftserteilung nur noch durch die Notwendigkeit der Geheimhaltung von Einzelangaben und den Umfang des Erhebungsprogramms begrenzt werden. Hinzu kommt, daß das gesamte System der Datenerfassung und -nachweisung auf eine völlig neue Grundlage

gestellt werden könnte. Die dadurch mögliche Rationalisierung der bisherigen Erhebungs- und Aufbereitungsverfahren würde den zusätzlichen Aufwand für die Einrichtung und den laufenden Betrieb der Unternehmens- und Betriebsdatei weitgehend auffangen. Insgesamt gesehen würde damit für diesen wichtigen Bereich der amtlichen Statistik die Bereitstellung der statistischen Ergebnisse in einem ganz erheblichen Maße verbessert, beschleunigt und verbilligt werden.

Wegfall der statistischen Aufbereitung alten Stils - neue Form der Informationsdarbietung und -weiterleitung

Die Aufbereitung der erfaßten Einzelangaben nach einem bundeseinheitlichen Programm kann entfallen. Die von den Unternehmen und Betrieben gemeldeten Angaben werden nach kurzer Überprüfung in der Fachabteilung unmittelbar in die Datei eingespeichert und stehen dann, nachdem sie die Plausibilitätskontrollen durchlaufen haben, zum Abruf bereit. Das Statistische Bundesamt kann diese Einzelangaben nach einem Terminplan, der aufgrund der Informationsbedürfnisse der Ressorts des Bundes und der übrigen an den Bundesergebnissen interessierten Stellen festgelegt wurde, jederzeit anfordern. Mittelfristig dürfte es sicherlich zweckmäßig sein, diese Angaben auf dem Weg der Datenfernübertragung zu übermitteln. Die Angaben der Unternehmen und Betriebe, die bis zu einem bestimmten Termin noch nicht eingespeichert werden konnten, werden bei Bedarf durch ein vom Informationssystem angebotenes Verfahren eingeschätzt. Das Statistische Bundesamt ist natürlich in keiner Weise an diesen Terminplan gebunden, sondern kann, wenn die jeweilige Situation dies erfordert, die gewünschten Angaben schon zu einem früheren Zeitpunkt abrufen, wobei natürlich in Kauf genommen werden muß, daß der Anteil der Unternehmen und Betriebe, für die Angaben fehlen oder eingeschätzt werden mußten, größer ist.

Der Nachweis der Ergebnisse ist nicht an ein starres Aufbereitungsprogramm gebunden. Die gewünschten Angaben können vielmehr durch ein flexibles Abrufprogramm in einer auf die jeweilige Problemstellung hin ausgerichteten Form ausgegeben werden. Die Nachteile, die sich bisher daraus ergaben, daß die mit einem relativ großen Aufwand erstellten Maschinenprogramme nur schwer an einen aufgrund neuer Gegebenheiten geänderten Informationsbedarf angepaßt werden können, gehören damit der Vergangenheit an. Für Veröffentlichungen oder für die Unterrichtung über typische Entwicklungsverläufe werden Standardprogramme entwickelt und angeboten, die jedoch jederzeit geändert oder abgewandelt werden können. Die vielfach sehr umfangreichen und - was die Programmierung anbelangt - kostspieligen Nachschlagaprogramme, die bisher notwendig waren, um Ergebnisse für den allgemeinen Auskundtdienst vorzuhalten, sind künftig überflüssig.

Variabilität der Erhebungsprogramme

In der gleichen Richtung liegt die wesentlich erleichterte Möglichkeit, den Katalog der erfaßten Merkmale zu ergänzen, da die Merkmale ja nicht mehr in ein festes Aufbereitungsprogramm eingebunden sind, dessen Änderung zum Teil erhebliche Kosten verursacht, so daß auch jede Erweiterung des Erhebungskatalogs aufgrund der sich daraus für die Aufbereitung ergebenden Konsequenzen sehr erschwert wird.

Neue Ansatzpunkte für verbesserte Abstimm- und Schätzverfahren

Durch die Zusammenfassung aller für ein Unternehmen oder einen Betrieb erhobenen Angaben in einer Datei werden natürlich die Voraussetzungen für eine Abstimmung dieser Angaben ganz wesentlich verbessert. Die Abstimmung selbst erfolgt durch eine Ausgestaltung der bestehenden Plausibilitätskontrollen. Wesentlich erleichtert wird auch die Einschätzung derjenigen Angaben, die bei einem Abruf noch nicht verfügbar sind, weil die Meldungen der betreffenden Unternehmen und Betriebe noch ausstehen oder weil die Angaben noch nicht eingespeichert sind oder alle Plausibilitätskontrollen durchlaufen haben. Das Schätzverfahren kann ohne weiteres so konzipiert werden, daß es nicht nur die Entwicklung der Unternehmen und Betriebe der gleichen Branche, der gleichen Größenklasse und des gleichen Produktionsprogramms, für die jeweils bereits verwertbare Ergebnisse vorliegen, berücksichtigt, sondern auch die Entwicklungsunterschiede zwischen dem betreffenden Unternehmen oder Betrieb und der Gruppe der vergleichbaren Unternehmen und Betriebe in der Vergangenheit in Rechnung stellt.

Neuordnung des Berichtswesens

Da die einzelnen statistischen Erhebungen im Bereich des Bergbaus und verarbeitenden Gewerbes mit der Einführung einer Unternehmens- und Betriebsdatei in einem einheitlichen Erfassungssystem aufgehen, sollte auch das Berichtswesen entsprechend neu geordnet werden. Die Erhebungsbogen sind heute zum Teil noch sehr unterschiedlich gestaltet und vielfach so angelegt, als ob es sich um voneinander unabhängige Statistiken handelte, während sie sich für die Unternehmen und Betriebe selbst schon jetzt als Meldepflichten innerhalb des statistischen Berichtswesens darstellen. Die Erhebungsbogen sollten daher zu echten Erfassungsbelegen umgestaltet und dabei in allen Einzelheiten aufeinander abgestimmt werden. Diese Vereinheitlichung und Straffung des Berichtswesens würde nicht nur die Ausfüllung der Belege in den Unternehmen und Betrieben erleichtern, sondern auch die Ablauforganisation für die Verarbeitung in den Statistischen Landesämtern vereinfachen.

Dr. K. Nold

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1977		1978			1979		
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit									
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 645	3 634	3 634	3 634	3 630
Natürliche Bevölkerungsbewegung									
* Eheschließungen 1)	Anzahl	1 977	1 801	2 674	2 153	2 142	1 744 ^P	2 652 ^P	2 569 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,5	5,9	8,7	7,2	6,9	5,8 ^P	8,6 ^P	8,6 ^P
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	2 844	2 862	3 075	2 936	3 076	2 858 ^P	3 076 ^P	2 916 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,4	9,5	10,0	9,8	10,0	9,6 ^P	10,0 ^P	9,8 ^P
* Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 495	3 669	3 609	3 376	3 613	3 710 ^P	3 656 ^P	3 350 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,5	12,1	11,7	11,3	11,7	12,4 ^P	11,9 ^P	11,2
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene 3)	Anzahl	45	50	67	34	59	29 ^P
* je 1 000 Lebendgeborene 4)	Anzahl	15,8	17,7	22,1	11,7	19,2	10,4 ^P
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 651	- 807	- 534	- 440	- 537	- 852 ^P	- 580 ^P	- 434 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 2,1	- 2,7	- 1,7	- 1,5	- 1,7	- 2,9 ^P	- 1,9 ^P	- 1,5 ^P
* - 0,7 ^P									
Wanderungen									
über die Landesgrenze									
* Zugezogene	Anzahl	7 480	7 491	6 357	7 337	8 182	7 565	6 562	...
Ausländer	Anzahl	1 830	1 869	1 524	1 760	1 956	1 724	1 923	...
Erwerbspersonen	Anzahl	3 930	3 916	3 332	3 697	4 062	4 109	3 568	...
* Fortgezogene	Anzahl	7 677	7 384	5 970	6 852	8 109	6 672	6 076	...
Ausländer	Anzahl	1 924	1 702	1 414	1 785	1 908	1 284	1 325	...
Erwerbspersonen	Anzahl	4 279	4 128	3 526	3 966	4 399	3 886	3 500	...
* Wanderungssaldo	Anzahl	- 197	107	387	485	73	893	486	...
Ausländer	Anzahl	- 94	167	110	- 25	48	440	598	...
Erwerbspersonen	Anzahl	- 349	- 212	- 194	- 269	- 337	223	68	...
* innerhalb des Landes Umgezogene 5)	Anzahl	10 535	10 445	9 213	10 293	11 287	9 935	9 677	...
Arbeitsmarkt									
* Arbeitslose	Anzahl	58 989	55 749	49 436	46 580	50 798	45 803	39 977	39 319
* Männer	Anzahl	30 182	27 299	23 058	21 048	22 925	20 879	17 304	16 502
Ausgewählte Berufsgruppen									
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	1 033	1 183	477	472	516	570	485	437
Bauberufe	Anzahl	3 335	2 636	1 967	1 495	1 493	1 653	1 161	1 024
Industrielle u. handwerkl. Berufe	Anzahl	20 748	19 818	18 021	16 555	17 100	16 507	14 425	13 673
Arbeitslosenquote	%	4,6	4,3	3,8	3,6	3,9	3,5	3,1	3,0
Offene Stellen	Anzahl	11 131	12 232	12 556	14 092	13 476	16 427	16 776	18 313
Männer	Anzahl	6 921	7 691	7 777	8 916	8 330	10 606	10 865	11 952
Ausgewählte Berufsgruppen									
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	449	463	427	515	501	721	666	729
Bauberufe	Anzahl	826	989	1 042	1 140	1 206	1 727	1 605	1 635
Industrielle u. handwerkl. Berufe	Anzahl	4 294	4 722	4 771	5 599	5 352	6 304	6 590	7 644
Kurzarbeiter	Anzahl	7 738	6 984	8 727	6 079	3 804	5 205	3 721	3 083
Männer	Anzahl	5 394	5 075	6 135	4 048	2 470	3 221	2 081	1 915
1 043									
Landwirtschaft									
Viehbestand									
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	672	682	.	701	.	.	.	698
* Milchkühe	1 000	237	238	.	238	.	.	.	234
* Schweine	1 000	699	729	.	.	.	737	.	.
Mastschweine	1 000	233	254	.	.	.	242	.	.
Zuchtsauen	1 000	79	81	.	.	.	82	.	.
Trächtige Zuchtsauen	1 000	53	52	.	.	.	51	.	.
Schlachtungen von Inlandtieren									
* Rinder	Anzahl	15 055	15 357	14 698	13 678	13 003	15 099	15 738	12 961
* Kälber	Anzahl	605	486	575	499	421	520	421	308
* Schweine	Anzahl	96 209	105 305	104 918	101 474	105 291	113 350	112 410	103 958
* Hausschlachtungen	Anzahl	14 026	14 164	11 009	8 322	7 972	12 591	11 072	6 532
Schlachtmengen 6)	t	12 196	13 177	13 043	12 456	12 453	13 952	13 970	12 451
* Rinder	t	4 370	4 529	4 420	4 125	3 868	4 578	4 715	3 909
* Kälber	t	58	48	58	47	40	45	37	28
* Schweine	t	7 705	8 521	8 499	8 219	8 476	9 249	9 139	8 452
4 155									
31									
Geflügel									
* Eingelegte Bruteier für Legehennenküken 7)	1 000	72	60	43	.	59	73	40	64
30									
Milch									
* Milcherzeugung	1 000 t	74	77	90	84	84	84	91	87
88									
* an Molkereien und Händler geliefert	%	91,7	93,2	94,2	94,1	94,3	94,5	95,0	94,4
95,1									
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,4	10,6	12,2	11,8	11,5	11,7	12,3	12,2
11,9									

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. - 7) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. -

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1977		1978			1979			
		Monatsdurchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
		Anzahl								
Produzierendes Gewerbe										
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾										
* Betriebe	Anzahl	2 914	2 893	2 888	2 887	2 893	2 881	2 875	2 887	2 898
* Beschäftigte	1 000	387	386	383	383	385	387	388	389	392
* Arbeiter 2)	1 000	276	274	271	272	274	275	275	276	279
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	40 805	39 906	37 947	41 283	37 624	38 989	41 650	39 039	36 518
Löhne und Gehälter	Mill. DM	883	931	928	961	906	919	991	1 023	990
* Löhne	Mill. DM	546	571	585	580	561	561	624	615	619
* Gehälter	Mill. DM	337	360	343	381	345	358	367	408	371
* Kohleverbrauch	1 000 (tSKE 3)	82	74	81	72	71	74	75	72	65
* Gasverbrauch 4)	Mill. cbm	107	119	95	112	109	138	119	122	141
* Heizölverbrauch	1 000 t	199	193	168	163	166	208	200	176	177
* leichtes Heizöl	1 000 t	30	30	25	23	21	30	25	21	18
* schweres Heizöl	1 000 t	169	163	143	140	145	178	175	155	159
* Stromverbrauch	Mill. kWh	923	941	899	933	938	1 007	1 052	1 005	1 023
* Stromerzeugung	Mill. kWh	272	258	239	234	237	252	282	254	252
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	4 733	4 810	4 630	5 008	4 670	5 339	5 558	5 555	5 402
* Auslandsumsätze	Mill. DM	1 374	1 355	1 399	1 385	1 291	1 553	1 617	1 578	1 552
Produktionsindex										
(von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Produzierendes Gewerbe insgesamt	1970 = 100	122	124	125	125	116	141	138	144	120 ^P
ohne Bauhauptgewerbe	1970 = 100	126	128	127	128	119	142	138	145	123 ^P
Verarbeitendes Gewerbe	1970 = 100	124	126	125	127	118	140	136	143	122
* Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1970 = 100	123	125	122	129	122	143	142	140	129
Herstellung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1970 = 100	95	97	110	115	110	110	123	133	121
Chemische Industrie	1970 = 100	126	129	122	128	121	146	140	135	126
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1970 = 100	131	130	134	129	116	137	131	156	119
Maschinenbau: Büromaschinen, ADV - Geräte und Einrichtungen	1970 = 100	135	139	137	137	119	133	132	163	118
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1970 = 100	116	117	112	112	109	128	123	128	105
Herstellung von Schuhen	1970 = 100	65	63	40	47	59	66	61	52	40
* Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1970 = 100	132	139	143	139	126	154	148	161	128
Bauhauptgewerbe	1970 = 100	102	98	113	111	96	133	134	140	99
Handwerk⁵⁾										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1970 = 100	97	100	.	98	.	.	.	99	.
* Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	VjD 1970 = 100	171	175	.	171	.	.	.	206	.
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	311	320	375	299	200	367	382	326	158
Strombezug 6)	Mill. kWh	1 723	1 848	1 720	1 691	1 532	1 990	1 996	1 697	1 859
Stromlieferungen ⁶⁾	Mill. kWh	657	688	721	638	476	827	868	675	606
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 338	1 460	1 356	1 336	1 245	1 512	1 493	1 332	1 400
* Gaserzeugung 4)	1 000 cbm	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,1	0,1	0,0	...
Gasbezug 4)	Mill. cbm	207	247	200	181	151	304	247	206	...
Gasverbrauch	Mill. cbm	195	233	191	176	146	288	237	199	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	69 864	70 664	70 045	70 839	71 433	72 040 ^P	72 515 ^P	73 413 ^P	73 894 ^P
Facharbeiter	Anzahl	39 661	39 639	39 470	40 723	40 644	39 311 ^P	39 509 ^P	39 681 ^P	40 002 ^P
Fachwerker und Werker	Anzahl	15 742	15 521	15 520	15 056	15 615	16 694 ^P	16 921 ^P	17 795 ^P	17 781 ^P
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 232	9 094	9 564	10 744	8 894	10 689 ^P	11 841 ^P	11 148 ^P	9 065 ^P
Privater Bau	1 000	5 855	5 674	6 135	6 419	5 418	6 273 ^P	6 885 ^P	6 511 ^P	5 582 ^P
* Wohnungsbau	1 000	3 911	3 834	4 067	4 469	3 632	4 364 ^P	4 850 ^P	4 560 ^P	3 638 ^P
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	97	84	74	108	117	73 ^P	97 ^P	99 ^P	90 ^P
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	1 847	1 756	1 994	1 842	1 669	1 836 ^P	1 938 ^P	1 852 ^P	1 854 ^P
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	3 377	3 420	3 429	3 425	3 476	4 416 ^P	4 956 ^P	4 637 ^P	3 483 ^P
Hochbau	1 000	776	696	642	857	703	885 ^P	903 ^P	943 ^P	681 ^P
Tiefbau	1 000	2 601	2 724	2 787	3 468	2 773	3 531 ^P	4 053 ^P	3 694 ^P	2 802 ^P
Straßenbau	1 000	1 429	1 459	1 449	1 769	1 479	2 118 ^P	2 429 ^P	2 198 ^P	1 545 ^P
Löhne und Gehälter	Mill. DM	137	145	152	166	154	164 ^P	189 ^P	184 ^P	173 ^P
* Löhne	Mill. DM	119	125	133	145	133	144 ^P	167 ^P	160 ^P	150 ^P
* Gehälter	Mill. DM	18	20	19	21	21	20 ^P	22 ^P	24 ^P	23 ^P
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	398	385	310	406	384	338 ^P	422 ^P	762 ^P	465 ^P

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerbl. Auszubildender. - 3) Eine Tonne Steinkohleeinheit (tSKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,46 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 4) Umgerechnet auf einen Heizwert von 8 400 kcal / Nm³. - 5) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 6) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen).

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1977		1978			1979			
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Baugenehmigungen										
• Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 176	1 456	1 433	1 922	1 726	1 407	1 788	.	.
• mit 1 Wohnung	Anzahl	931	1 138	1 140	1 522	1 352	1 085	1 373	.	.
• mit 2 Wohnungen	Anzahl	201	259	237	340	294	266	335	.	.
• mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	44	59	56	60	80	56	80	.	.
• Umbauter Raum	1 000 cbm	1 146	1 423	1 349	1 879	1 743	1 377	1 776	.	.
• Wohnfläche	1 000 qm	182	227	214	301	276	217	292	.	.
Wohnräume	Anzahl	8 445	10 675	10 020	14 206	12 832	10 045	13 628	.	.
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	237	308	296	407	378	325	422	.	.
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	3	9	2	65	3	3	5	.	.
Unternehmen	Anzahl	155	251	208	334	197	186	299	.	.
Private Haushalte	Anzahl	1 018	1 196	1 223	1 523	1 526	1 218	1 484	.	.
• Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	199	237	214	262	286	180	227	.	.
• Umbauter Raum	1 000 cbm	857	896	565	946	1 190	550	780	.	.
• Nutzfläche	1 000 qm	148	164	106	173	223	102	137	.	.
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	133	130	75	149	168	79	105	.	.
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	21	36	27	38	35	30	27	.	.
Unternehmen	Anzahl	173	194	177	214	246	91	157	.	.
Private Haushalte	Anzahl	5	7	10	10	5	59	43	.	.
• Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 920	2 361	2 177	3 226	2 884	2 066	3 057	.	.
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
• Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	1 394	1 362	1 307	1 441	1 242	1 492	1 586	1 506	...
Nach Warengruppen										
• Ernährungswirtschaft	Mill. DM	70	74	82	83	73	88	99	91	...
• Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	1 324	1 287	1 225	1 358	1 169	1 405	1 487	1 415	...
• Rohstoffe	Mill. DM	15	15	16	18	15	16	18	16	...
• Halbwaren	Mill. DM	76	71	76	73	68	91	111	114	...
• Fertigwaren	Mill. DM	1 233	1 202	1 134	1 267	1 086	1 298	1 358	1 284	...
• Vorerzeugnisse	Mill. DM	394	406	405	453	386	484	524	481	...
• Enderzeugnisse	Mill. DM	839	796	730	814	701	813	834	804	...
Nach ausgewählten Verbrauchsländern										
• EG - Länder	Mill. DM	621	610	571	680	570	723	812	744	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	101	104	107	105	92	121	136	130	...
Dänemark	Mill. DM	28	28	25	30	22	29	30	29	...
Frankreich	Mill. DM	197	188	169	226	182	207	230	216	...
Großbritannien	Mill. DM	81	84	69	93	81	104	131	115	...
Irland	Mill. DM	4	5	4	5	5	8	6	9	...
Italien	Mill. DM	97	98	99	104	89	130	138	119	...
Niederlande	Mill. DM	112	102	97	118	99	123	141	125	...
Österreich	Mill. DM	61	57	55	61	50	65	69	68	...
Schweiz	Mill. DM	55	58	59	66	53	66	74	69	...
USA und Kanada	Mill. DM	75	88	84	98	100	86	89	76	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	311	280	277	267	237	225	226	249	...
Ostblockländer	Mill. DM	72	77	75	69	63	96	90	84	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	834	868	878	905	884	1 091	1 147	1 106	...
Nach Warengruppen										
• Ernährungswirtschaft	Mill. DM	142	136	139	147	117	169	145	154	...
• Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	692	732	739	759	767	922	1 002	952	...
Aus ausgewählten Ländern										
EG - Länder	Mill. DM	446	484	473	516	474	573	622	596	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	115	116	102	124	111	144	166	161	...
Dänemark	Mill. DM	7	9	8	9	8	9	10	11	...
Frankreich	Mill. DM	124	129	126	143	119	158	166	157	...
Großbritannien	Mill. DM	21	25	24	23	25	25	32	25	...
Irland	Mill. DM	2	2	3	3	2	4	3	2	...
Italien	Mill. DM	75	91	89	97	91	102	103	99	...
Niederlande	Mill. DM	103	112	121	117	117	131	143	140	...
Österreich	Mill. DM	20	25	22	24	25	34	38	32	...
Schweiz	Mill. DM	15	17	14	18	16	21	21	26	...
USA und Kanada	Mill. DM	76	61	56	63	74	96	69	68	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	182	181	183	156	188	255	275	261	...
Ostblockländer	Mill. DM	20	22	21	29	22	21	35	39	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1977		1978			1979			
		Monatsdurchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Einzelhandel										
Beschäftigte	1970 = 100	105	107	106	105	105	105	105	105	105
* Umsatz in jeweiligen Preisen	1970 = 100	183	195	189	194	193	107	211	213	196
Waren verschiedener Art	1970 = 100	198	211	195	194	206	210	206	201	214
Nahrungs- und Genussmittel	1970 = 100	183	191	188	196	190	196	204	205	192
Textilwaren und Schuhe	1970 = 100	163	175	164	152	159	189	186	162	159
Metallwaren, Hausrat, Wohnbedarf	1970 = 100	192	202	202	210	202	212	234	233	191
Elektrotechnische, feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	1970 = 100	177	186	162	164	167	171	171	167	159
Fahrzeuge, Maschinen, Büro-einrichtungen	1970 = 100	180	198	210	232	205	247	240	295	194
Umsatz in Preisen von 1970	1970 = 100	129	134	130	133	132	138	140	141	128
Waren verschiedener Art	1970 = 100
Nahrungs- und Genussmittel	1970 = 100	130	135	131	137	133	137	141	142	132
Textilwaren und Schuhe	1970 = 100	111	113	107	99	103	119	116	101	99
Metallwaren, Hausrat, Wohnbedarf	1970 = 100	137	139	139	144	138	142	156	155	126
Elektrotechnische, feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	1970 = 100	136	140	123	124	126	125	125	122	115
Fahrzeuge, Maschinen, Büro-einrichtungen	1970 = 100	130	138	146	161	142	167	162	199	129
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1970 = 100	96	97	103	101	103	96	102	102	101
Teilbeschäftigte	1970 = 100	126	133	141	138	143	132	142	142	142
* Umsatz	1970 = 100	138	143	172	147	167	152	175	161	171
Beherbergungsgewerbe	1970 = 100	152	157	201	172	201	164	207	193	210
Gaststättengewerbe	1970 = 100	128	133	150	129	142	143	151	138	142
Fremdenverkehr in 288 Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	300	360	407	366	436	298	401	399	...
* Ausländer	1 000	62	69	79	84	150	50	68	87	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	1 121	1 335	1 402	1 389	1 937	1 098	1 399	1 558	...
* Ausländer	1 000	172	210	203	246	549	124	158	266	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Güterempfang	1 000 t	1 609	1 634	1 553	1 902	1 925	1 679	1 959	1 686	...
* Güterversand	1 000 t	1 308	1 423	1 368	1 834	1 629	1 626	1 821	1 615	...
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	13 560	14 468	15 790	17 429	14 214	19 455	17 958	16 209	13 212
Krafträder und Motorroller	Anzahl	352	558	959	873	616	1 379	1 165	989	815
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	12 197	12 795	13 758	15 239	12 547	16 678	15 491	13 953	11 309
* Lastkraftwagen	Anzahl	526	604	583	794	623	802	798	699	622
Zugmaschinen	Anzahl	409	417	405	401	327	466	366	444	344
Straßenverkehrsunfälle										
Anzahl	8 375	8 943	9 828	9 127	9 064	8 484	10 099	9 517
* Unfälle mit Personenschäden	Anzahl	1 948	1 940	2 192	2 280	2 192	1 763	2 326	2 369	...
Unfälle mit nur Sachschäden	Anzahl	6 427	7 003	7 636	6 847	6 872	6 721	7 773	7 148	...
Verunglückte Personen	Anzahl	2 752	2 739	3 137	3 200	3 174	2 461	3 252	3 302	...
* Getötete	Anzahl	79	80	91	84	92	64	68	97	...
Pkw-Insassen	Anzahl	43	42	52	45	46	28	32	51	...
Fußgänger	Anzahl	17	19	18	12	14	12	6	14	...
* Verletzte	Anzahl	2 673	2 659	3 046	3 116	3 082	2 397	3 184	3 205	...
Pkw-Insassen	Anzahl	1 601	1 589	1 792	1 604	1 764	1 360	1 718	1 639	...
Fußgänger	Anzahl	280	279	290	306	268	236	310	265	...
Schwerverletzte	Anzahl	858	853	950	994	1 054	820	1 016	1 036	...
Pkw-Insassen	Anzahl	453	452	488	454	550	392	507	497	...
Fußgänger	Anzahl	127	129	134	138	126	111	125	104	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1977		1978			1979				
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli		April	Mai	Juni	Juli	
Geld und Kredit											
Kredite und Einlagen 1) (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)											
* Kredite an Nichtbanken insgesamt 2)	Mill. DM	42 306	48 370	44 173	45 365	45 867	50 254	50 693	51 784	52 007	
* darunter: Kredite an inländische Nichtbanken 2)	Mill. DM	41 587	47 559	43 456	44 634	45 129	49 389	49 808	50 865	51 118	
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	33 759	38 898	35 406	36 649	36 939	40 354	40 781	41 581	41 795	
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	7 828	8 661	8 050	7 984	8 190	9 035	9 027	9 284	9 323	
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	8 778	9 380	9 018	9 399	9 240	9 610	9 580	10 315	10 103	
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	8 525	9 171	8 816	9 147	9 038	9 403	9 380	10 010	9 846	
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	253	208	202	252	203	207	199	304	257	
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	4 540	5 860	4 672	5 201	5 385	6 155	6 228	6 186	6 256	
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	3 938	4 924	4 131	4 665	4 717	5 145	5 213	5 167	5 193	
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	602	936	542	536	667	1 010	1 015	1 018	1 063	
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	28 270	32 319	29 766	30 034	30 504	33 623	34 001	34 365	34 759	
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	21 296	24 803	22 460	22 838	23 184	25 806	26 188	26 403	26 756	
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	6 974	7 516	7 307	7 196	7 320	7 817	7 813	7 962	8 003	
* Einlagen von Nichtbanken 3)	Mill. DM	37 882	42 302	39 375	39 565	39 931	43 074	43 731	43 494	43 240	
* Sichteinlagen	Mill. DM	5 842	6 972	6 266	6 179	6 368	7 072	6 888	6 914	7 031	
* von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	5 359	6 449	5 685	5 646	5 929	6 517	6 264	6 429	6 533	
* von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	484	523	582	533	439	555	625	486	499	
Termingeschäfte	Mill. DM	8 159	9 752	9 150	9 309	9 458	10 111	10 954	10 797	10 563	
von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	6 855	8 539	7 505	7 799	8 005	8 994	9 210	9 224	9 237	
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	1 304	1 213	1 646	1 510	1 453	1 117	1 745	1 574	1 326	
* Spareinlagen	Mill. DM	23 881	25 578	23 959	24 077	24 105	25 892	25 888	25 782	25 646	
* bei Sparkassen	Mill. DM	13 843	14 813	13 929	13 973	13 976	15 011	15 009	14 949	14 875	
* Gutschriften auf Sparkonten 4)	Mill. DM	1 167	1 174	936	1 062	1 239	1 021	1 018	943	1 214	
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	1 033	1 035	844	969	1 212	1 062	1 027	1 057	1 350	
Zahlungsschwierigkeiten											
* Konkurse 5)	Anzahl	37	38	40	28	36	49	26	28	40	
Angemeldete Forderungen	1 000 DM	12 677	17 487	11 084	5 313	7 060	11 795	3 982	5 313	7 674	
* Vergleichsverfahren	Anzahl				1	1			1	-	
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	971	882	994	888	890	837	854	808	945	
* Wechselsumme	1 000 DM	4 021	4 293	4 371	4 287	4 176	4 883	16 638	3 987	4 857	
Steuern											
Steueraufkommen nach Steuerarten											
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	872 606	932 837	789 233	1 091 679	732 757	590 505	885 947	1 208 670	838 526	
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	636 104	654 466	543 592	823 583	475 108	317 944	587 495	916 641	508 630	
* Lohnsteuer 6)	1 000 DM	390 134	395 172	429 962	284 852	323 984	257 806	471 524	311 982	380 870	
Einnahmen aus der Lohnsteuer-zerlegung	1 000 DM	61 986	63 884	178 629	-	-	-	188 326	-	-	
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	152 143	157 763	16 239	379 974	37 427	16 306	27 586	407 112	41 621	
* Nichtveranlagte Steuern v. Ertrag	1 000 DM	10 144	11 674	4 976	4 600	69 608	7 436	7 381	7 887	73 592	
* Körperschaftsteuer 6)	1 000 DM	83 683	89 857	92 415	154 157	44 089	36 396	81 004	189 660	12 547	
Einnahmen aus der Körperschaftssteuer-zerlegung	1 000 DM	16 670	22 887	81 018	-	-	-	57 186	-	-	
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	236 502	278 372	245 641	268 096	257 649	272 561	298 452	292 029	329 896	
* Umsatzsteuer	1 000 DM	164 183	201 841	177 913	180 817	185 891	185 194	191 477	190 981	238 994	
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	72 319	76 531	67 728	87 279	71 758	87 367	106 975	101 048	90 902	
* Bundessteuern	1 000 DM	100 213	116 109	91 414	101 983	102 774	122 621	136 548	133 041	133 452	
* Zölle	1 000 DM	8 976	7 624	6 539	9 495	6 803	9 056	10 486	10 625	7 551	
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	87 952	106 298	83 146	90 304	93 224	111 592	124 215	120 680	123 997	
* Landessteuern	1 000 DM	65 860	64 528	81 689	60 024	63 817	58 132	91 589	79 239	74 911	
* Vermögensteuer	1 000 DM	19 582	15 163	35 409	7 955	5 709	2 967	33 462	14 571	4 720	
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	30 413	32 048	29 257	35 146	39 057	35 040	43 813	48 413	51 299	
* Biersteuer	1 000 DM	6 563	6 348	6 404	7 158	7 424	5 600	6 268	7 295	6 893	
* Gemeindesteuern 7)	1 000 DM	439 899	449 367	.	450 741	.	.	.	496 262	.	
* Grundsteuer A	1 000 DM	7 377	7 701	.	9 311	.	.	.	9 301	.	
* Grundsteuer B	1 000 DM	63 714	67 943	.	75 695	.	.	.	76 017	.	
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	309 768	313 697	.	302 127	.	.	.	348 987	.	
* Lohnsummensteuer	1 000 DM	26 426	22 260	.	19 632	.	.	.	19 972	.	
Grunderwerbsteuer	1 000 DM	22 424	26 622	.	28 573	.	.	.	26 831	.	

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute ohne Landeszentralbank, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie die Postscheck- und Postsparkassenämter. - 2) Einschl. durchlaufender Kredite. - 3) Ohne durchlaufende Kredite. - 4) Einschl. Zinsgutschriften. - 5) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse. - 6) Nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. - 7) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1977		1978			1979			
		Monatsdurchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Steuerverteilung auf die Gebiets-körperschaften										
• Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	562 723	610 293	502 021	647 692	535 098	496 155	599 564	737 113	636 495
• Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	280 091	287 871	240 353	364 601	210 398	139 094	258 290	406 882	223 540
• Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	163 192	187 906	165 814	180 971	173 920	183 985	201 461	197 124	222 686
• Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	19 228	18 407	4 440	137	48 006	50 455	3 265	66	56 817
• Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	458 416	489 800	436 965	549 496	433 040	362 257	480 455	591 617	499 324
• Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	279 134	286 796	238 030	363 967	209 367	138 270	257 324	405 799	222 719
• Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	94 194	120 068	112 806	125 368	111 850	115 400	128 277	106 513	144 877
• Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	19 228	18 407	4 440	137	48 006	50 455	3 265	66	56 817
• Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	555 654	571 486	.	537 552	.	.	.	583 334	.
• Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) 1)	1 000 DM	197 767	203 584	.	196 327	.	.	.	227 135	.
• Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	227 756	232 232	.	192 611	.	.	.	208 924	.
Preise										
• Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet	1970 = 100	146,3	150,1	150,5	150,8	150,8	155,4	156,0	156,7	157,7
• Nahrungs- und Genussmittel	1970 = 100	143,7	145,2	146,8	147,3	147,5	147,7	148,8	148,4	148,9
• Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet, Bauleistungen am Bauwerk 2)	1970 = 100	150,7	159,7	158,6	.	.	.	172,0	.	.
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste	DM	465	489	.	.	496	518	.	.	.
• Männliche Arbeiter	DM	497	523	.	.	531	555	.	.	.
• Facharbeiter	DM	526	553	.	.	562	585	.	.	.
Angelernte Arbeiter	DM	478	501	.	.	508	535	.	.	.
Hilfsarbeiter	DM	407	425	.	.	430	451	.	.	.
• Weibliche Arbeiter	DM	326	346	.	.	350	365	.	.	.
• Hilfsarbeiter	DM	315	334	.	.	336	355	.	.	.
Bruttostundenverdienste	DM	11,01	11,59	.	.	11,73	12,29	.	.	.
• Männliche Arbeiter	DM	11,63	12,23	.	.	12,38	12,99	.	.	.
• Facharbeiter	DM	12,27	12,92	.	.	13,08	13,67	.	.	.
Angelernte Arbeiter	DM	11,18	11,73	.	.	11,86	12,54	.	.	.
Hilfsarbeiter	DM	9,56	10,02	.	.	10,11	10,58	.	.	.
• Weibliche Arbeiter	DM	8,18	8,69	.	.	8,76	9,18	.	.	.
• Hilfsarbeiter	DM	7,89	8,34	.	.	8,42	8,88	.	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	42,2	42,1	.	.	42,3	42,2	.	.	.
Männliche Arbeiter	Std.	42,7	42,6	.	.	42,9	42,7	.	.	.
Weibliche Arbeiter	Std.	39,8	39,8	.	.	39,9	39,8	.	.	.
Angestellte										
Bruttonatmonatsverdienste										
in Industrie und Handel zusammen	DM	2 333	2 475	.	.	2 489	2 601	.	.	.
Kaufmännische Angestellte	DM	2 078	2 210	.	.	2 220	2 333	.	.	.
männlich	DM	2 553	2 704	.	.	2 711	2 854	.	.	.
weiblich	DM	1 640	1 745	.	.	1 756	1 835	.	.	.
Technische Angestellte	DM	2 945	3 098	.	.	3 124	3 231	.	.	.
männlich	DM	3 019	3 173	.	.	3 199	3 306	.	.	.
weiblich	DM	1 999	2 132	.	.	2 148	2 248	.	.	.
in Industrie, Hoch- und Tiefbau	DM	2 719	2 871	.	.	2 893	3 017	.	.	.
Kaufmännische Angestellte	DM	2 440	2 584	.	.	2 598	2 739	.	.	.
männlich	DM	2 869	3 037	.	.	3 051	3 226	.	.	.
weiblich	DM	1 929	2 047	.	.	2 063	2 163	.	.	.
Technische Angestellte	DM	2 999	3 153	.	.	3 182	3 287	.	.	.
männlich	DM	3 063	3 218	.	.	3 246	3 353	.	.	.
weiblich	DM	2 107	2 243	.	.	2 261	2 345	.	.	.
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	1 856	1 988	.	.	1 995	2 091	.	.	.
Kaufmännische Angestellte	DM	1 842	1 974	.	.	1 980	2 075	.	.	.
männlich	DM	2 296	2 449	.	.	2 452	2 574	.	.	.
weiblich	DM	1 485	1 586	.	.	1 595	1 662	.	.	.

1) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. - 2) Ohne Baunebenleistungen.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1977		1978			1979			
		Monatsdurchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
		Anzahl								
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 400	61 327 ^P	61 319	61 314	61 310	61 317 ^P	...	40 260 ^P	37 276 ^P
Eheschließungen 1)	Anzahl	29 874	27 341 ^P	23 142 ^P	39 094 ^P	32 712 ^P	26 521 ^P	25 978 ^P	40 260 ^P	37 276 ^P
Lebendgeborene 2)	Anzahl	48 529	48 039 ^P	47 917 ^P	51 899 ^P	48 964 ^P	47 274 ^P	48 924 ^P	51 531 ^P	47 162 ^P
Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	58 744	60 268 ^P	57 334 ^P	61 508 ^P	56 225 ^P	63 981 ^P	60 580 ^P	60 541 ^P	55 047 ^P
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	- 10 215	- 12 229 ^P	- 9 417 ^P	- 9 609 ^P	- 7 261 ^P	- 16 707 ^P	- 11 656 ^P	- 9 010 ^P	- 7 885 ^P
Arbeitslose	1 000	1 030	993	1 000	913	877	958	875	775	763
Männer	1 000	518	489	495	439	410	482	409	344	334
Offene Stellen	1 000	231	246	257	255	280	302	313	331	355
Männer	1 000	141	154	157	156	174	195	201	214	230
Kurzarbeiter	1 000	231	191	298	235	231	170	122	92	65
Männer	1 000	181	149	231	184	191	117	80	56	38
Landwirtschaft										
Schweinebestand	1 000	21 386	22 641	23 197	23 247
Schlachtmenge 4)	1 000 t	331	349	341	359	338	372
Produzierendes Gewerbe 5)										
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (von Kalender-unregelmäßigkeiten bereinigt)										
Produzierendes Gewerbe insgesamt	1970 = 100	114	117	121	120	119	122	129	127	133
ohne Baugewerbe	1970 = 100	116	119	122	121	120	126	131	127	133
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	1970 = 100	114	116	119	119	118	122	128	125	131
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1970 = 100	112	117	123	121	122	125	133	131	135
Investitionsgüter Produzierendes Gewerbe	1970 = 100	115	116	117	118	121	122	127	124	133
Verbrauchsgüter Produzierendes Gewerbe	1970 = 100	114	115	122	116	113	121	125	121	129
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1970 = 100	118	122	124	130	119	119	131	128	134
Baugewerbe	1970 = 100	95	103	112	114	114	97	118	123	134
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe										
Beschäftigte	1 000	7 632	7 584	7 549	7 541	7 553	7 561	7 548	7 556	7 568
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	791	772	778	750	803	816	755	798	753
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	80 261	83 379	80 537	79 468	88 941	94 763	88 172	93 585	94 076
Auslandsumsatz	Mill. DM	18 966	20 018	18 654	18 661	22 230	23 376	20 718	22 561	22 461
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	27 943	29 451	28 529	26 841	25 652	34 351	30 217	29 565 ^P	...
Gaserzeugung 6)	Mill. cbm	3 507	3 590	3 798	3 571	3 347	4 401	3 946	3 656 ^P	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 168	1 190	1 184	1 194	1 218	1 193 ^P	1 210 ^P	1 221 ^P	1 232 ^P
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	143	141	155	152	171	142 ^P	152 ^P	171 ^P	160 ^P
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	7 156	6 499	4 786	5 158	6 705	4 967 ^P	5 718 ^P	6 932 ^P	...
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	17 018	17 114	19 443	21 375	24 105	•	•	•	•
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	16 015	16 149	18 416	20 156	22 806	•	•	•	•
Wohnfläche	1 000 qm	2 913	2 796	3 284	3 636	4 094	•	•	•	•
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	3 241	3 057	3 110	3 535	4 156	•	•	•	•
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	31 603	29 232	33 974	37 625	42 949	•	•	•	•
Handel										
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	22 794	23 714	23 925	22 483	25 621	28 027	25 949	26 996	25 778
EG-Länder	Mill. DM	10 225	10 864	10 949	10 518	11 756	13 679	12 759	13 410	12 254
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	1 783	1 961	2 005	1 898	1 985	2 410	2 377	2 356	2 164
Dänemark	Mill. DM	502	527	512	481	551	617	570	599	559
Frankreich	Mill. DM	2 804	2 907	2 870	2 786	3 335	3 548	3 409	3 420	3 192
Großbritannien	Mill. DM	1 218	1 403	1 472	1 461	1 458	1 955	1 708	2 034	1 794
Irland	Mill. DM	65	84	72	79	95	128	112	114	107
Italien	Mill. DM	1 561	1 619	1 562	1 585	1 812	2 182	1 962	2 168	2 010
Niederlande	Mill. DM	2 293	2 363	2 455	2 228	2 520	2 839	2 621	2 724	2 428
Österreich	Mill. DM	1 212	1 218	1 302	1 106	1 298	1 459	1 265	1 354	1 287
Schweiz	Mill. DM	1 048	1 201	1 304	1 099	1 296	1 434	1 294	1 411	1 298
USA und Kanada	Mill. DM	1 614	1 857	1 798	1 596	2 188	1 948	2 203	1 903	2 042
Entwicklungsänder	Mill. DM	3 899	3 956	3 937	3 813	4 154	3 915	3 317	3 550	3 700
Ostblockländer	Mill. DM	1 392	1 470	1 521	1 437	1 698	1 735	1 536	1 698	1 493

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien und Geflügel; ohne Gewebeausschlächtungen. - 5) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke. - 6) Umgerechnet auf einen Heizwert von 8 400 kcal /Nm3.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1977		1978			1979			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	19 592	20 320	20 674	19 443	21 655	24 634	22 621	24 992	24 050
EG-Länder	Mill. DM	9 444	9 981	10 356	9 650	10 925	12 701	11 146	12 520	11 765
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	1 630	1 711	1 791	1 588	1 953	2 223	1 885	2 073	2 063
Dänemark	Mill. DM	296	334	372	322	323	432	340	379	339
Frankreich	Mill. DM	2 275	2 357	2 534	2 218	2 649	3 093	2 806	3 061	2 663
Großbritannien	Mill. DM	871	1 005	945	1 055	1 015	1 327	1 191	1 444	1 447
Irland	Mill. DM	76	80	77	75	87	105	85	107	112
Italien	Mill. DM	1 727	1 931	1 916	1 839	2 191	2 293	1 981	2 186	2 209
Niederlande	Mill. DM	2 568	2 562	2 721	2 553	2 706	3 229	2 859	3 271	2 932
Österreich	Mill. DM	508	593	587	529	640	716	644	711	661
Schweiz	Mill. DM	656	790	816	683	877	919	807	958	942
USA und Kanada	Mill. DM	1 614	1 617	1 616	1 456	1 801	1 989	1 828	2 015	1 796
Entwicklungsänder	Mill. DM	4 002	3 641	3 603	3 654	3 594	4 018	4 170	4 439	4 430
Ostblockländer	Mill. DM	945	1 044	975	881	1 044	1 022	1 073	1 190	1 402
Einzelhandel										
Umsatz	1970 = 100	170,7	180,7	177,2	176,8	179,3	197,7	189,2	193,3	187,5 ^P
Gastgewerbe										
Umsatz	1970 = 100	146,7	151,5	147,7	168,5	155,1	148,3	158,6 ^P	178,1 ^P	...
Geld und Kredit										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken ¹⁾	Mrd. DM	1 087	1 212	1 101	1 111	1 127	1 230	1 239	1 252	1 272 ^P
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	839	929	847	856	868	943	951	961	979 ^P
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	248	283	254	255	259	287	288	291	293 ^P
Einlagen von Nichtbanken ²⁾	Mrd. DM	820	902	813	821	825	895	897	905	913 ^P
Spareinlagen	Mrd. DM	437	466	437	439	440	473	473	472	471 ^P
Steuern										
Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	18 160	19 555	14 030	13 625	24 548	24 346	15 514	14 267	27 717 ^P
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	12 208	12 719	6 993	7 124	18 814	18 789	7 650	7 124	21 076 ^P
Lohnsteuer	Mill. DM	7 564	7 668	5 826	6 134	7 266	5 960	6 232	6 498	8 041 ^P
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	2 959	3 119	728	506	7 337	8 017	610	332	7 850 ^P
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	5 224	6 106	5 509	5 993	5 725	5 507	6 259	6 560	6 629 ^P
Umsatzsteuer	Mill. DM	3 280	3 886	3 223	3 805	3 514	3 083	3 577	3 985	3 901 ^P
Bundessteuern	Mill. DM	3 398	3 578	3 311	3 509	3 571	3 428	3 721	3 754	3 346 ^P
Zölle	Mill. DM	312	306	320	295	306	349	336	330	358 ^P
Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	2 901	3 084	2 794	3 039	3 091	2 875	3 197	3 241	2 807 ^P
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ³⁾	1970 = 100	152,0	151,6	152,3	152,9	152,4	155,3	156,1	156,9 ^P	157,7 ^P
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ³⁾	1970 = 100	142,3	137,0	136,7	136,1	134,3	139,6	139,3	137,6 ^P	137,8 ^P
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte ³⁾	1970 = 100	144,5	146,3	145,8	146,3	146,4	150,9	151,8	152,5	153,3
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1970 = 100	148,7	157,4	•	156,4	•	•	•	169,5	•
Bauleistungen am Bauwerk ⁴⁾	1970 = 100	150,7	159,7	•	158,6	•	•	•	172,0	•
Preisindex für den Straßenbau	1970 = 100	131,4	139,5	•	138,0	•	•	•	152,5	•
Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1970 = 100	146,3	150,1	150,1	150,5	150,8	154,6	155,4	156,0	156,7
Nahrungs- und Genussmittel	1970 = 100	143,7	145,2	146,6	146,8	147,3	146,9	147,7	148,8	148,4
Kleidung und Schuhe	1970 = 100	147,3	154,1	153,2	153,7	153,8	158,4	159,2	159,8	160,1
Wohnungsmiete	1970 = 100	144,7	149,0	148,3	148,7	148,9	151,9	152,3	152,7	153,0
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1970 = 100	178,4	183,6	181,8	181,9	181,6	213,8	214,9	216,1	228,0
Übriges für die Haushaltsführung	1970 = 100	140,2	145,4	145,5	145,3	145,8	148,8	149,3	149,7	150,1
Waren und Dienstleistungen für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1970 = 100	153,6	158,7	157,9	159,5	160,0	162,6	164,4	164,9	166,4
Körper- und Gesundheitspflege	1970 = 100	154,4	160,7	159,5	160,0	160,4	165,5	166,2	166,7	167,1
Bildung und Unterhaltung	1970 = 100	139,3	142,6	142,2	142,4	142,5	147,8	148,0	148,2	148,3
Personliche Ausstattung, Sonstiges	1970 = 100	139,7	143,7	142,6	142,8	142,8	149,1	149,3	149,4	149,7

1) Kredite der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. - 2) Einlagen bei der Deutschen Bundesbank und den Kreditinstituten. - 3) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). - 4) Ohne Baunebenleistungen.

5,5% mehr Fremdenübernachtungen

In den rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrsbetrieben wurden von Januar bis Juni 1979 nahezu 1,8 Mill. Gäste mit 6,6 Mill. Übernachtungen gezählt. Im Vergleich zum ersten Halbjahr 1978 waren es 1,9% mehr Gäste und 5,5% mehr Übernachtungen. Unter den Gästen befanden sich fast 290 000 Ausländer, deren Zahl allerdings um 4% zurückging (Übernachtungen — 4,7%). Die rückläufige Entwicklung des Ausländer-tourismus ist nicht auf unser Land beschränkt und dürfte maßgeblich auf den steigenden D-Mark-Kurs zurückzuführen sein.

Alle Fremdenverkehrsgebiete konnten wachsende Übernachtungszahlen verzeichnen. Die höchsten Steigerungen meldeten die Gebiete Pfalz (+ 9,6%), Mosel/Saar (+ 8,3%) und Eifel/Ahr (+ 6,1%), die zusammen annähernd drei Fünftel der Fremdenübernachtungen auf sich vereinigten. Das bei Ausländern besonders beliebte Rheintal hatte einen Anteil von 12% aller Übernachtungen; hier betrug die Zuwachsrate 2,4%.

Überdurchschnittliche Zunahmen der Übernachtungen registrierten Pensionen und Fremdenheime (+ 6,1%), Heilstätten und Sanatorien (+ 6,4%), Privatquartiere (+ 8,4%) sowie Erholungs- und Ferienheime (+ 12%). 15% mehr Übernachtungen zeigen die steigende Beliebtheit von Ferienhäusern, die jetzt zu 7% an allen Fremdenübernachtungen beteiligt sind. 1975 waren es erst 3% gewesen. pe

Im ersten Halbjahr 1979 wurden im öffentlichen Straßenpersonenverkehr 1,7% mehr Wagenkilometer zurückgelegt

Die 568 rheinland-pfälzischen Unternehmen des Straßenpersonenverkehrs mit ihren 4 750 Fahrzeugen leisteten von Januar bis Juni 1979 fast 90 Mill. Wagen-kilometer, wovon rund die Hälfte auf den Linienverkehr entfiel. Im Vergleich zum ersten Halbjahr 1978 wurden 1,7% mehr Wagenkilometer zurückgelegt.

Im ersten Halbjahr 1979 wurden 178 Mill. Personen befördert, das sind 3,3 Mill. Personen oder 1,8% weniger als in den ersten sechs Monaten des Vorjahrs. Der Rückgang der Beförderungsleistung resultiert in erster Linie aus der Entwicklung des allgemeinen Linienverkehrs auf den annähernd vier Fünftel aller Fahrgäste entfallen. Hier nahm die Zahl der Fahrgäste um 1,8 Mill. oder 1,3% ab. Unter den Sonderformen des Linienverkehrs hatte der freigestellte Schülerverkehr einen Rückgang um 1 Mill. oder 3,5% zu verzeichnen. Auch im Gelegenheitsverkehr wurden 6,1% weniger Fahrgäste befördert.

Aus dem Fahrkartenverkauf wurden Einnahmen von 150 Mill. DM erzielt (+ 4,7%). Nahezu ein Drittel dieser Einnahmen entfiel auf die kommunalen, gemischt-wirtschaftlichen und privaten Unternehmen. Die Kraft-omnibusse der Deutschen Bundesbahn und Bundes-post waren zu 23 bzw. 13% am Erlös beteiligt. gz

kurz + aktuell

Geschäft mit Gebrauchtwagen erreichte neuen Höchststand

Rekordhöhe erreichten im ersten Halbjahr 1979 die Besitzumschreibungen von Kraftfahrzeugen in Rheinland-Pfalz. Mit insgesamt 181 078 Fahrzeugen, die als Gebrauchtwagen an einen anderen Besitzer übergingen, wurde das Ergebnis des ersten Halbjahres 1978 um 10 642 Einheiten oder 6,2% übertroffen. 164 224 Personenkraftwagen und Kombis machten mehr als 90% aller Besitzumschreibungen aus. Außerdem wechselten 7 383 Krafträder und Kleinkrafträder, 5 112 Lastkraftwagen, 3 661 Zugmaschinen, 444 Sonderkraftfahrzeuge und 254 Busse ihren Halter.

Im Vergleich zum ersten Halbjahr 1978 waren die Besitzumschreibungen von Sonderkraftfahrzeugen (+ 19%), Krafträder (+ 12%) und Lastkraftwagen (+ 11%) überdurchschnittlich hoch. 6% mehr gebrauchte Personenkraftwagen und Kombis gingen auf einen neuen Halter über. Dagegen war bei Omnibusen mit — 19% ein beträchtlicher Rückgang zu verzeichnen.

Im Bundesgebiet wechselten im ersten Halbjahr 1979 insgesamt 3 021 127 Gebrauchtwagen den Besitzer. Das Resultat des ersten Halbjahres 1978 wurde um 4,9% übertroffen. Darunter befanden sich 2 765 110 Personenkraftwagen und Kombis (+ 4,5%). gz

Kraftfahrzeugbestand nahm um mehr als 6% zu

Am 1. Juli 1979 waren in Rheinland-Pfalz 1 655 843 Kraftfahrzeuge für den Straßenverkehr zugelassen. Das sind 97 911 oder 6,3% mehr als am 1. Juli 1978. Der Bestand an Personenkraftwagen und Kombis nahm mit + 6,8% überdurchschnittlich zu, was insbesondere auf die günstige Entwicklung bei den Mittelklassewagen von 1 500 bis 1 999 ccm Hubraum zurückzuführen ist. Deren Zahl wuchs um 46 499 oder 9,1%. Der Bestand an Fahrzeugen mit Motoren ab 2 000 ccm Hubraum stieg relativ noch wesentlich stärker (+ 22%). In der Hubraumklasse von 1 000 bis 1 499 ccm erhöhte sich der Fahrzeugbestand um 2,8% auf 555 973.

Die Zahl der Motorräder hat sich um 17% auf 30 726 vergrößert. Kleinkrafträder (12 410) wurden dagegen um 8% weniger zugelassen. Eine sehr ausgeprägte Bestandserweiterung war bei Sonderkraftfahrzeugen (+ 10%) festzustellen. Die Zugänge bei Lastkraftwagen beliefen sich auf + 5,4%, bei Bussen auf + 4,4% und bei Zugmaschinen auf + 1%. Auch die Zahl der Kraftfahrzeuganhänger (+ 9%), darunter Wohnanhänger (+ 8%), zeigte ein stärkeres Wachstum. Anfang Juli 1979 waren 74 168 Kraftfahrzeuganhänger zugelassen, unter denen sich 22 507 Wohnanhänger befanden.

Im Bundesgebiet belief sich am 1. Juli 1979 der Bestand an zulassungspflichtigen Kraftfahrzeugen auf 26,3 Millionen. Das sind 6% mehr als ein Jahr zuvor. gz

Handwerkerlöhne um 4,6% gestiegen

Die durchschnittlichen Bruttostundenlöhne der männlichen Arbeiter in neun ausgewählten Handwerkszweigen in Rheinland-Pfalz erhöhten sich von November 1978 bis Mai 1979 um 4,6% auf 11,49 DM. Die Bruttowochenverdienste stiegen im gleichen Zeitraum um 4% auf 489 DM. Vollgesellen hatten eine durchschnittliche Verdienststeigerung um 4,8%, Junggesellen um 1,1% und die übrigen Arbeiter um 5,6%.

Den höchsten Bruttostundenverdienst erreichten im Mai 1979 mit 12,41 DM die Vollgesellen im Malerhandwerk, den niedrigsten mit 10,67 DM die Bäckergesellen. Mit 544 DM wurden für die Vollgesellen im Tischlerhandwerk die höchsten Bruttowochenverdienste ermittelt, die niedrigsten mit 475 DM im Bäckerhandwerk. ze

Doppelt so viel Heizöl verladen

In den rheinland-pfälzischen Häfen, Lösch- und Landestellen wurden im ersten Halbjahr 1979 von 19 872 Schiffen insgesamt 17,9 Mill. t Güter umgeschlagen, das sind 0,8% mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Drei Viertel der umgeschlagenen Güter waren Steine und Erden (49%) sowie Mineralölerzeugnisse. (25%).

Im Vergleich zum ersten Halbjahr 1978 stieg der Umschlag an Mineralölerzeugnissen um fast 14% auf 4,5 Mill. t. Bemerkenswert erscheint, daß die Menge des verladenen Heizöls um 101% zunahm, während der Empfang um 12% zurückging. Allein in Speyer erhöhte sich im ersten Halbjahr 1979 der Heizölkumschlag um 188% auf 1,4 Mill. t.

Die Häfen des Oberrheins erreichten die mit Abstand höchste Umschlagsmenge (8,2 Mill. t) und die ausgeprägteste Zunahme (+ 16%). Auch die Moselhäfen und die Häfen am Mittelrhein von Bingen bis Worms konnten ihr Umschlagsergebnis verbessern. Indessen mußten die Häfen von der nördlichen Landesgrenze bis Bingen einen Rückgang ihres Umschlages um 17% auf 5,4 Mill. t registrieren.

Im grenzüberschreitenden Verkehr wurden 16% Güter weniger verladen und 5,3% weniger entladen. Dagegen nahm im Verkehr mit anderen Bundesländern der Versand um 18% und der Empfang um 11% zu. gz

Pensionspreise 1979 um nahezu 5% gestiegen

Auch bei den Dienstleistungen im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe kam es im Zeitraum August 1978 bis Juli 1979 in Rheinland-Pfalz zu weiteren Preissteigerungen, die sich im Durchschnitt aller in die Ermittlungen einbezogenen Leistungen auf 4,5% beliefen (Vorjahr + 5%). Bei den einzelnen Leistungen und insbesondere auch unter den verschiedenen Betriebskategorien zeigten sich allerdings teilweise merkliche Abweichungen vom Mittelwert.

Der Übernachtungspreis erhöhte sich um durchschnittlich 4,5%, wobei gute Hotels diesen Wert jedoch beachtlich (bis + 8%) überschritten. Dagegen betrug der Aufschlag bei Pensionen und Fremdenheimen 2 bis 3%. Einbett-Zimmer verteuerten sich stärker als Zweibett-Zimmer. Die Vollpensionssätze stiegen im Mittel um 4,9%. Gute Hotels und Pensionen bzw. Fremdenheime erhöhten ihre Preise bis zu 7%, einfache Hotels um 2 bis 3%.

Die gängigen Speisen wurden seit 1978 um durchschnittlich 5% teurer, Schweinekotelett um 3,7%, Rumpsteak um 5,5%. Die höchsten Aufschläge hatten hier mittlere Hotels und einfache Gaststätten.

Am geringsten ist der Preisaufschlag bei Getränken ausgefallen. Die Steigerungsrate lag hier im Durchschnitt bei + 3,7%. Mit 6,5% erhöhte sich der Preis für Bier am stärksten, gefolgt von Ausschankwein und Apfelsaft (über + 4%). Bohnenkaffee wurde wie im Vorjahr um 2% teurer. wf

Zunehmende Verteuerung bei Nahrungsmitteln

Der bereits seit Juni wachsende Anstieg der Verbraucherpreise setzte sich im August verstärkt fort. Betroffen waren insbesondere Nahrungsmittel, Bekleidung und Schuhe. Lediglich Gemüse und Obst wurden im Vergleich zum Vormonat billiger. Obst sogar bis zu 41%, Kartoffeln um 20%.

Bei einem Preisvergleich mit August 1978 verteuerten sich Rindfleisch und Wurstwaren um etwa 2%, während der Preis für Schweinefleisch bis zu 3% zurückging. Bei Frischfleisch und Fischkonserven betrug die Steigerungsrate durchschnittlich 2%, bei Brot- und Backwaren 7%. Der Kartoffelpreis lag um 25% über dem des Vorjahrs. Bei Textilwaren wurde der Vorjahrespreis um durchschnittlich 5% überschritten, bei Schuhen und Möbeln um 7 bis 9%. Die Benzinpreise erhöhten sich innerhalb Jahresfrist zwischen 15 und 20%. Heizöl war mehr als doppelt so teuer wie vor einem Jahr. Die Preise für Handwerkerleistungen stiegen bis zu 8%. wf

Kleinere Schweinebestände

Bei der repräsentativen Zählung Anfang August 1979 wurde in Rheinland-Pfalz ein Schweinebestand von etwas mehr als 723 000 Tieren ermittelt. Das sind 2,4% weniger als ein Jahr zuvor. Gleichzeitig verminderte sich die Zahl der Halter um fast 6 000 auf rund 33 400 (– 15%), so daß sich der Durchschnittsbestand je Betrieb nunmehr auf etwa 22 Tiere beläuft.

Der Rückgang des Gesamtbestandes resultiert hauptsächlich aus Einschränkungen bei den Jungschweinen (– 11%) und Ferkeln (– 2,1%). Dagegen wurden 3,8% mehr Mastschweine gezählt. Die Gesamtzahl der Zuchtsauen blieb fast unverändert, jedoch gab es an trächtigen Tieren 1,7% weniger als vor Jahresfrist. da

kurz + aktuell

Mehr Schlachtungen

Im ersten Halbjahr 1979 wurden in Rheinland-Pfalz 90 700 Rinder, 2 600 Kälber, 660 700 Schweine sowie 11 000 Schafe inländischer Herkunft geschlachtet. Verglichen mit dem entsprechenden Vorjahreszeitraum nahm die Zahl der Schlachtungen bei Rindern um 2,1%, bei Schweinen um 8,7% und bei Schafen um 8,3% zu, während sie sich bei Kälbern um 19,7% verringerte. Die gesamte Schlachtmenge erhöhte sich um 6,7% auf 81 400 t.

Eingeführt und geschlachtet wurden in dieser Zeit 6 053 Rinder, 9 873 Schweine und 158 Pferde. Die hieraus gewonnene Schlachtmenge betrug 2 506 t. da

Milchproduktion weiter ansteigend

Im ersten Halbjahr 1979 wurden in Rheinland-Pfalz 485 000 t Milch erzeugt, das sind 2,5% mehr als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Die durchschnittliche Milchleistung je Kuh und Tag stieg um 0,4 auf 12,2 kg. Vom Gesamtaufkommen gingen 94% an Molkereien. da

Verzögerung der Getreideernte

Nach einem späten Wachstumsbeginn im Frühjahr entwickelte sich das Getreide in den meisten Gebieten sehr vorteilhaft. Wegen der ungünstigen Witterung konnten jedoch in den ersten drei Augustwochen nur noch an einzelnen Tagen Erntearbeiten erledigt werden. Bis zu diesem Zeitpunkt war die Ernte nur in Teilen von Rheinhessen und der Vorderpfalz sowie in günstigen Tallagen größtenteils eingebracht. In den übrigen Gebieten stand das Getreide bis auf Wintergerste noch weitgehend oder gar vollständig auf den Feldern.

Nach vorläufigen Ergebnissen errechnet sich für Rheinland-Pfalz ein voraussichtlicher Hektarertrag für alle Getreidearten von 42,9 dt. Dieser liegt nur geringfügig unter dem bisherigen Höchstertrag vom letzten Jahr, der sich auf 43,1 dt je Hektar belaufen hatte. Das Ergebnis im mehrjährigen Durchschnitt wird um 15% übertroffen. Vor allem für die Sommergerste kann mit 39,5 dt eine gegenüber 1978 wesentlich höhere Flächenleistung erwartet werden, während bei allen übrigen Getreidearten die Hektarerträge etwas unter den Ergebnissen von 1978 bleiben dürften.

Die Gesamtgetreideernte wird sich auf etwa 1,5 Mill. t belaufen. Wegen methodischer Änderungen bei der Bodennutzungshaupterhebung ist das Ergebnis mit dem vorjährigen nur bedingt vergleichbar. Bezogen auf den gleichen Erhebungsbereich ergibt sich gegenüber dem Vorjahr eine geringfügige Abnahme. Das günstige Ergebnis darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß durch die lange Regenperiode in einigen Gebieten erhebliche Qualitätseinbußen entstanden sind. Auch müssen für die Trocknung des Getreides vielfach höhere Ausgaben als sonst aufgewendet werden. tg

Verbrauch an Fleisch und Fleischwaren seit 1950 mehr als verdoppelt

Im Jahre 1950 gab ein Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen für Nahrungsmittel im Durchschnitt monatlich 133 DM aus. Das waren 45% der gesamten Aufwendungen für die Lebenshaltung. Bis 1978 erhöhte sich der Betrag auf 535 DM, während die Quote auf 25% sank. Die langfristige Tendenz ist gekennzeichnet von einer stetigen Verbesserung des Lebenshaltungsniveaus der Haushalte. Für Fleisch und Fleischwaren gab ein Haushalt im Jahre 1950 monatlich im Durchschnitt 27 DM aus, das waren 21% der gesamten Ausgaben für Ernährung. Bis 1978 hat sich mit einem Betrag von 149 DM die Ausgabensumme hier mehr als verfünfacht.

Die eingetretene Strukturänderung im Nahrungsmittelbedarf und die beträchtliche Erhöhung der Nettoeinkommen führten dazu, daß der Anteil der Ausgaben für Fleisch und Fleischwaren an dem Aufwand für die gesamte Lebenshaltung auf 7% zurückging, während die Quote am Aufwand für Ernährung auf 28% anstieg. Die übrigen Grundnahrungsmittel haben dagegen von 1950 bis 1978 an Bedeutung eingebüßt. So stiegen zwar die Ausgaben für Brot und Backwaren von 18 DM auf 54 DM, ihr Anteil an den für Nahrungsmittel aufgewendeten Beträgen ging jedoch von 14 auf 10% zurück. Noch stärker an Bedeutung verloren Mehl und Nährmittel (3,2%) sowie Kartoffeln (0,8%), die 1950 noch 6,4 bzw. 3,6% der für Nahrungsmittel ausgegebenen Beträge beansprucht hatten.

Für die Entwicklung der Verbraucherpreise für Grundnahrungsmittel ist kennzeichnend, daß - verglichen mit der Veränderung des gesamten Preisindex der Lebenshaltung - meist überdurchschnittliche Steigerungsraten ermittelt wurden. Ortsübliches Roggenbrot verteuerte sich von 1950 bis 1978 um mehr als das Fünffache und Weißbrot um das Vierfache. Von den einzelnen Fleischsorten stieg Rindfleisch zum Braten im Preis um mehr als das Vierfache, während beim Schweinekotelett die Verteuerung nur etwas mehr als das Doppelte ausmachte. Einen kräftigen Preisanstieg erfuhrn Kartoffeln, zu 2,5 kg abgepackt, und zwar von 0,43 DM um 240% auf 1,46 DM. wr

Mehr über dieses Thema auf Seite 223

Themen der folgenden Hefte

Terminaleinsatz in den staatlichen und kommunalen Krankenhäusern von Rheinland-Pfalz
Entwicklung der Anlageinvestitionen seit 1970
Finanzielle Bedeutung des Wegfalls der Lohnsummensteuer
Regionale Schülerprognose
Außenhandel mit OPEC-Ländern
Verbraucherpreisniveau in Mainz und Pirmasens 1978

Zeichenerklärungen

- | | |
|--|------------------------|
| — = nichts vorhanden | Ø = Durchschnitt |
| 0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die
Hälfte der kleinsten in der betreffenden
Tabelle gewählten Stelleneinheit | p = vorläufige Angabe |
| . = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht
möglich | r = berichtigte Angabe |
| ... = Angabe fällt später an | s = geschätzte Angabe |
| () = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist | |

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.